

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementpreis pro Monat einschließlich Bringerlohn 70 Pfg., bei Selbstabholung in der Expedition oder den Filialen 60 Pfg.; mit der illustrierten Wochenbeilage Neue Welt einschließlich Bringerlohn 80 Pfg., bei Selbstabholung 70 Pfg. — Durch die Post bezogen vierteljährlich 2.10 Mk., für 1 Monat 70 Pfg. (Bestellgeld vierteljährlich 42 Pfg., monatlich 14 Pfg.).

Redaktion: Tauchaer Straße 19/21, Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig. Telefon: 13698. Sprechstunde: Wochentags 6—7 Uhr abends (außer Sonnabend).

Inserate kosten die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 25 Pfg., bei Plagvorschlag 30 Pfg. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Preis für das Belegen von Prospekten ist 3.50 Mk. pro Tausend für die Gesamtauflage, bei Teilaufgabe 4 Mk. — Der Betrag ist im voraus zu entrichten. Schluß der Annahme von Inseraten für die fällige Nummer früh 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag, Expedition und Inseraten-Annahme: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21, Hofgebäude. Telefon: 3721.

Tageskalender.

Bei einem Zusammenstoß zweier Straßenbahnwagen gestern abend in Leipzig verunglückten 16 Personen, davon eine tödlich.

Das preussische Herrenhaus bestätigte in nochmaliger Abstimmung seine früheren Beschlüsse zur Wahlrechtsfrage.

Die Leitung der neuen Verhandlungen im Baugewerbe hat das Reichsamt des Innern dem Oberregierungsrat Dr. Wiebelsfeldt übertragen.

Das bisherige Ergebnis der belgischen Wahlen ergibt eine knappe Majorität der rechten und ein starkes Anwachsen der oppositionellen Stimmen.

Der Ausfall der dänischen Wahlen zwingt das bisherige radikale Ministerium zum Rücktritt.

Die Wirkung der Einfuhrscheine.

Leipzig, 23. Mai.

Die politischen Kämpfe im Reichstage und die Wahlrechtsvorlage haben die Aufmerksamkeit von den wirtschaftlichen Fragen etwas abgelenkt und daraus erklärt es sich wohl, daß die Denkschrift über die Wirkung der Einfuhrscheine für ausgeführtes Getreide, die dem Reichstage am 19. März zugegangen ist, nur wenig Beachtung in der Presse gefunden, zumal diese Denkschrift auch in den Reichstagsverhandlungen gar nicht erwähnt wurde. Und doch verdient das Schriftstück volle Aufmerksamkeit, nicht nur wegen des Gegenstands selbst, sondern auch deshalb, weil es so recht ein Beispiel Bethmann-Hollweg'scher Regierungskunst ist. Der brave Theobald liebt es nämlich, sich um die Fragen herumzudrücken, über alle möglichen und unmöglichen Dinge zu reden, nur nicht darüber, worauf es ankommt. Nach diesem Rezept haben seine Geheimräte auch diese Denkschrift ausgearbeitet. Aber diese Kunst gerät daneben, denn schließlich bringt die Denkschrift in ihrem Zahlenmaterial doch nur Beweise für die Schädlichkeit des Systems der Einfuhrscheine.

Das Wesen der Einfuhrscheine besteht in folgendem: Der Exporteur, der Getreide aus Deutschland nach dem Auslande führt, erhält von der Zollbehörde der Grenzstation einen Schein über den Betrag des Zolls, der auf diesem Getreide lastet; also für die Tonne Weizen z. B. 55 Mk., für die Tonne Roggen 50 Mk. Mit diesem Schein kann sodann an der gleichen oder einer andern Zollstelle der fällige Zoll für eingeführte Ware bezahlt werden, und zwar Zoll für Getreide, Kaffee und Petroleum. Wenn also in Danzig 100 Tonnen Roggen ausgeführt sind, so wird ein Schein über 5000 Mk. ausgestellt, der bei der Zahlung des Zolls für den in Hamburg eingeführten Kaffee in Zahlung gegeben werden kann.

Die Denkschrift erzählt ein Langes und Breites über die Geschichte dieses Systems. Der langen Rede kurzer Sinn ist: ursprünglich waren die Händler einiger Ostseepflege daran interessiert, während später die Agrarier dafür sorgten, daß dieses System zu einer richtigen Ausfuhrprämie führte.

Wie wirkt nun dieses System? Von sozialdemokratischen und freihändlerischen Kritikern wird ihm folgendes nachgesagt: 1. Die Ausfuhrscheine bewirken, daß der Getreidezoll in voller Höhe zur Geltung kommt; 2. daß selbst in Jahren reicher Ernte in Deutschland der Getreidepreis künstlich hochgehalten wird; 3. daß die deutschen Märkte regelmäßig von den Vorräten an Getreide entblößt werden; 4. daß die Einnahmen des Reichs aus den Zöllen für Getreide vermindert werden. Aufgabe der Denkschrift wäre es gewesen, auf diese Einwände einzugehen, aber sie widerlegt nicht einen einzigen.

Herr Bethmann stellte bei der Beratung der sozialdemokratischen Interpellation die Behauptung auf, die Zölle seien dazu da, den Preis des Getreides um den Zollbetrag über dem Weltmarktpreis zu halten, und wenn dieses Ziel durch die Einfuhrscheine erreicht werde, sei alles in Ordnung. Diese Behauptung wird in der Denkschrift wiederholt. Sie wird aber dadurch um nichts besser. Seit der Wendung zum Schutz Zoll unter Bismarck wurde von den Schutzzöllnern immer wieder versichert, es läme einzig darauf an, ein Sinken der Getreidepreise auf ein Niveau zu verhindern, bei dem die Landwirtschaft unrentabel werde. Ja vielfach wurde gerade von agrarischer Seite versichert, die Zölle erhöhen den Preis des Getreides überhaupt nicht, das Ausland trage den Zoll und was der Sophisterei mehr waren. Wenn es jetzt in der Denkschrift klipp und klar heißt: „Eine Steigerung der Getreidepreise um den vollen Zoll zum Weltmarktpreis widerspricht der Absicht des Gesetzes nicht (S. 18), so ist das eine Ungeheuerlichkeit, denn wir haben zurzeit mit dem Steigen des Getreidepreises auf dem Weltmarkt zu rechnen. Im Jahresfünft 1895 bis 1899 hatte Chicago, einer der wichtigsten Stapelplätze für amerikanisches Getreide, einen durchschnittlichen Preis für Weizen von 112 Mk., pro 1000 Kilogramm, dagegen im Jahresfünft 1905 bis 1909 von 145 Mk. Der Zoll wirkt also jetzt nicht in der Richtung, um das „Unglück“ des niedrigen Weltmarktpreises abzuwenden, sondern dahin, den hohen Preis in Deutschland noch über den hohen Weltmarktpreis zu erhöhen. Und in der Tat: im Jahr 1894 bezeichnete Graf Kanitz einen Weizenpreis von 215 Mk. und einen Roggenpreis von 165 Mk. als das Ziel agrarischer Wünsche, und diese Forderung bezeichnete Wilhelm II. als Brotwucher, während wir seit zwei Jahren Weizenpreise von über 230 Mk. und Roggenpreise von über 180 Mk. haben, und das bei ungewöhnlich reichen inländischen Ernten!

Daß die Einfuhrscheine in der Tat die Wirkung haben, den Inlandspreis um den vollen Zollbetrag über den Weltmarktpreis zu erhöhen, ist einleuchtend. Solange der Preis in Deutschland nicht um den vollen Zoll über dem Weltmarktpreis steht, wird Getreide ausgeführt,

weil dann der Exporteur bei der Ausfuhr den vollen Zoll in Form des Einfuhrscheins ausbezahlt bekommt. Seit 1906 beträgt der Weizen Zoll 55 Mk. pro Tonne, und der Preis in Berlin war im Jahre 1906 um 46 Mk. höher als der in London, im Jahre 1907 um 62 Mk., im Jahre 1908 um 61 Mk., im Jahre 1909 um 61 Mk.

Auch die Tatsache, daß unter dem Einfluß der Einfuhrscheine bei reichen Ernten in Deutschland die Preise anormal hoch bleiben, ist erwiesen und kann von der Regierung nicht abgestritten werden. Die nachstehenden Zahlen sprechen eben eine gar zu deutliche Sprache. Stellt man die Ernterträge des Roggens (pro Hektar in Doppelzentnern) dem Preise für Roggen in Berlin (pro Tonne in Mark) gegenüber, so ergibt sich folgendes:

Jahr	Ertrag	Preis	Jahr	Ertrag	Preis
1895	13,2	120	1902	15,4	144
1896	14,3	119	1903	16,5	152
1897	13,7	130	1904	16,5	135
1898	15,2	140	1905	15,6	152
1899	14,8	140	1906	15,8	166
1900	14,4	143	1907	16,1	198
1901	14,0	140	1908	17,5	186

In den Jahren der schlechten Ernten, um 1895 herum, war der Preis um 38 Prozent niedriger als im Jahre der Rekorderte von 1908! Die überaus reichen Erntejahre 1907 und 1908 brachten die höchsten Preise! Das sind geradezu ungeheuerliche Zustände. Die Erklärung aber liegt auf der Hand: es betrug die Ausfuhr von Roggen in Tonnen im Jahre:

1905	rund 320 000	1908	rund 594 000
1906	„ 220 000	1909	„ 654 000
1907	„ 232 000		

Die Exportprämie gestattet den Händlern und den Agrariern, die reiche Ernte auszuführen, einen künstlichen Mangel am Markte zu erzeugen und so die Preise in die Höhe zu schrauben.

Auf den Umstand, daß durch diese künstliche Förderung der Ausfuhr der deutsche Markt zeitweise vollständig von Getreide entblößt wird, geht die Denkschrift nicht mit einem Worte ein. Es wäre um so mehr geboten, diesen Punkt zu berücksichtigen, als ja im Falle eines Kriegs der Mangel an Brotgetreide zu einer großen Gefahr werden muß. Denn selbst angenommen, die Zufuhr über die neutralen belgischen und holländischen Häfen bliebe frei (was durchaus noch nicht sicher ist bei einem Seetrage), so würden jedenfalls die Händler es in der Hand haben, die Preise zu diktieren, es würden Hungersnotpreise eintreten, unter denen die Bevölkerung aufs allererschwerste zu leiden hätte.

Schließlich der Einfluß der Einfuhrscheine auf die Reichsfinanzen. Die Denkschrift argumentiert so: Die Ausfuhr von Getreide ist im Grunde genommen nur ein Austausch, denn wenn Getreide ausgeführt wird, muß auch solches wieder eingeführt werden, um den Bedarf zu decken; solange das geschieht, tritt eine Schädigung der Finanzen nicht ein; es sind z. B. 1000 Tonnen Weizen ausgeführt, die Zollbehörden haben dafür Einfuhrscheine im Betrage von 55 000 Mk. ausgegeben, und diese sind zur

Seuiletton.

Der Octopus.

Eine Geschichte aus Kalifornien von Frank Norris. Einglg berechnete Uebersetzung von Eugen v. Tempst. Nachdruck verboten.

„Lyman, antworte mir, ja oder nein. Hast du die Bonneviller Fracht herabgesetzt?“

„Das war nicht so schnell zu machen. Gib uns Zeit. Wir —“

„Ja oder nein! Bei Gott, wagst du meine Worte zu verdrehen? Ja oder nein, hast du die Bonneviller Fracht herabgesetzt?“

„Nein.“

„Und antworte mir,“ schrie Harran, sich weit über den Tisch beugend, „antworte mir! Bist du von der Bahn dafür bezahlt worden, daß du die San Joaquin-Frachten nicht angerührt hast?“

Lyman, bleicher als je, brüllte wütend seinen Bruder an.

„Wage nicht noch einmal diese Frage an mich zu richten!“

„Nein, das will ich gar nicht,“ schrie Harran. „Denn ich sage dir in dein Schurkengesicht, daß du bezahlt worden bist.“

Sofort brach der Lärm von neuem los. Die Handbesitzer hatten sich allmählich um den Tisch herum gedrängt; der Governor allein war auf seinem Platz geblieben. Die erbitterten Männer umstanden Lyman in

einer dichten Gruppe, drängten ihn an die Wand und schrien von allen Seiten mit drohenden Gebärden in sein Gesicht. Die Wahrheit, in diesem Falle das stumme Eingeständnis einer Lüge, die Gewißheit, daß Lyman ihr Vertrauen schmachvoll getäuscht hatte und sein ihnen gegebenes Versprechen gebrochen hatte, stand für jeden unumstößlich fest.

„Bei Gott! Männer sind schon für weniger als das erschossen worden,“ schrie Osterman. „Verkauft haben Sie uns, und wenn Sie sich unterziehen, mir mit Ihrem Dago-Gesicht* je wieder unter die Augen zu kommen, so jetzt Ohrfeigen!“

„Rühren Sie mich nicht an,“ rief Lyman, in dem die verzweifelte Wut der in die Enge getriebenen Ratte aufklammerte. „Keine Gewalttätigkeiten! Gehen Sie nicht zu weit!“

„Was hat man dir gezahlt? Was hat man dir gezahlt?“ schrie Harran.

„Ja, ja, was war Ihr Preis?“ brüllten die andern. Sie waren außer sich vor Wut und bedrohten ihn, Verwünschungen ausstößend, mit den geballten Fäusten.

„Sie wissen, daß die Kommission in gutem Glauben gehandelt hat,“ zerkerte Lyman. „Sie wissen, daß alles nach Recht und Billigkeit zugegangen ist.“

„Lügner,“ schrie Annixter, „Lügner, bestochener Schuft! Gefault und bezahlt bist du worden!“ Sein Arm schien bei diesen Worten förmlich aus der Schulter zu fliegen. Der mit voller Kraft geführte Schlag traf Lyman mitten ins Gesicht und ließ ihn rückwärts nach der Wand taumeln. Dabei stolperte er über seine Reise-

* Dago, vermutlich aus Diego korrumpiert. Verächtliche Bezeichnung für Spanier, Portugiesen und Mexikaner. Hier als Anspielung auf die dunkle Hautfarbe Lyman's gebraucht.

tasche und fiel mit dem Rücken gegen die geschlossene Tür. Magnus sprang auf. Sein Sohn war geschlagen worden. Einen Augenblick empörte sich in ihm das Gefühl des Vaters — aber einen Augenblick nur; dann erstarb es in seinem Herzen auf immer. Er hielt die sich auf seine Lippen drängenden Worte zurück und ließ den zur Abwehr erhobenen Arm sinken. Nein, er hatte nur einen Sohn. Diese erbärmliche, taumelnde Kreatur mit den feinen Kleidern, dem fahlen Gesicht und den blutigen Lippen gehörte ihm nicht länger an. Ein Schlag ins Gesicht konnte diesen Menschen nicht mehr entehren, als er sich selbst schon entehrt hatte.

Der alte Gethings aber sprang dazwischen und zog Annixter zurück.

„Halt! Das geht nicht. Nicht vor seinem Vater.“

„Ich bin nicht der Vater dieses Menschen, meine Herren,“ rief Magnus. „Von nun an habe ich nur einen Sohn. Und Sie, Herr, verlassen Sie mein Haus!“

Lyman, das Taschentuch vor den Lippen und der in Unordnung geratenen modischen Kravatte, raffte Hut und Ueberrock zusammen und riß die Tür auf. Er zitterte vor Wut, und seine hervorstehenden Augen waren blutunterlaufen.

„Rowdys,“ rief er, auf der Schwelle stehend, „Rowdys, Gefindel! Ihr könnt eure schmutzigen Geschäfte jetzt selbst besorgen. Ich bin fertig mit euch. Wie kommt ihr auf einmal dazu, von Ehre zu reden? Was tut ihr auf einmal so offen und ehrlich? In Sacramento vor den Wahlen habt ihr es nicht so genau damit genommen. Wie wurde denn die Kommission gewählt? Ein bestochener Schuft bin ich? Ist das denn schämlicher, als selber Bestechung zu üben? Fragt Magnus Derrick, wie er darüber denkt. Fragt ihn nur, wieviel er den demokratischen Claqueführern gezahlt hat, damit sie die Wähler rumkriegen.“

Begleichung der Zölle verwandt worden; da aber wieder 1000 Tonnen fremden Weizens eingeführt werden müssen, für die 55 000 Mk. Zoll zu zahlen sind, so bleibt das Resultat unverändert. Aber die Denkschrift muß dann doch zugeben, daß Verluste entstehen, wenn von einer bestimmten Gattung Getreide mehr ausgeführt als eingeführt wird, und daß dies bereits bei Roggen in den letzten Jahren und bei Hafer in den Jahren 1907 und 1908 geschehen ist. In der Tat, es übersteigt die Einfuhr die Ausfuhr:

bei Roggen im Jahre 1908 um 247 737 Tonnen
" Hafer " " 1909 " 380 090 "
" " " 1907 " 20 120 "
" " " 1908 " 192 931 "

Die Verluste, die daraus der Reichskasse entstanden sind, beziffern sich auf 41 993 900 Mk.

Die Denkschrift hält das für unbedenklich; es seien Ausnahmejahre. Indessen steht die Sache doch anders. Je mehr der Handel lernt, die Konjunktur auszunützen, die in dieser Ausfuhrprämie liegt, um so mehr wird ausgeführt. Dazu kommt, daß speziell bei Hafer die Dinge sich komplizieren: man führt Hafer aus und bekommt die Ausfuhrprämie von 50 Mk. pro Tonne, dagegen führt man andre Futterstoffe ein, die entweder zollfrei sind (Kleie) oder mit niedrigerem Zoll belastet sind (Futtergerste — 13 Mk. Zoll pro Tonne, Mais 30 Mk.). Je länger dieses System der Ausfuhrprämien besteht, desto mehr wird das Uebel eintreten.

Alles in der Denkschrift niedergelegte Material beweist gerade das Gegenteil von dem, was Herr Weismann-Hollweg bezweckt: die Einfuhrschneide bedeuten eine Ausfuhrprämie für die Agrarier, eine neue Liebesgabe, sie verteuern das Getreide und damit das Brot, und schädigen außerdem die Steuerzahler. Freilich, daß der Kanzler von Schnapsbrosen Gnaden an diesem System nicht rütteln will, steht fest. Die Regierung muß dazu gezwungen werden. Diesen Zwang auszuüben, haben die Wähler in der Hand: der kommende Reichstag muß eine Mehrheit haben, die den Brotwucherern den Text geigt.

Sozialpolitik mit Bankrotklausel.

Wenn das Zentrum im Interesse reicher Leute ein Verbrechen an der Arbeiterklasse verüben will, dann sucht es für seine Agitatoren in das Gesetz eine Bestimmung hineinzubringen, die diese mit einiger Dreistigkeit als Sozialpolitik bezeichnen können. Angehlich wollte das Zentrum mit der Annahme des Wuchertarifs nicht nur den großen Grundbesitzern die Taschen füllen, sondern auch Mittel für die Witwen- und Waisenerziehung schaffen. Als sich aber zum großen Kerger der Zentrumsleute in der Zolltarifkommission eine Mehrheit für den Antrag Trimborn fand, da mußte das Zentrum wahren, und derselbe Trimborn, der in der Kommission so warm für die Witwen- und Waisenerziehung eintrat, änderte dann seinen Antrag so ab, daß der Bankrott des in Aussicht gestellten Fonds besiegelt war, bevor noch der Wuchertarif Gesetz wurde.

Dasselbe Schauspiel wiederholte sich bei der Tabaksteuer. Die Tabakarbeiter wußten, daß die Annahme einer Steuer, die eine Reihe von Millionen in die Reichskasse bringt, zehntausende Tabakarbeiter dem Hunger ausliefern würde. Steigende Steuererträge bringen ein Sinken des Verbrauchs. Diese einfache Tatsache ist so allgemein bekannt, daß die Regierung sie früher, wie zur Zeit in dem Monopolantrag von 1882 und in dem Fabriksteuerantrag ganz offen zugegeben und in Rechnung gestellt hat. In der Anlage 8 zur Begründung der Tabaksteuerentwurf vom 21. November 1888 wird der Rückgang des Konsums durch eine Steuer, die 45 Millionen Mark bringt, wird, bei Zigarren und Zigaretten auf ein Sechstel und bei Rauch- und Schnupftabak auf ein Zwölftel geschätzt.

Weil ein solcher Rückgang unausbleiblich ist, beantragten unsere Genossen bei jeder neuen Steuer die Entschädigung der betroffenen Arbeiter. Als bei der Beratung der letzten sogenannten Finanzreform die Tabaksteuer zur Erörterung kam, wiederholten unsere Genossen ihre alte Taktik und stellten einen Antrag, den sie der Monopolverlage von 1882 entnahmen. Kaum war der Antrag verteidigt, da kamen ähnlich lautende Anträge vom Zentrum und von fast allen Abgeordneten anderer Parteien, die Kreise mit großer Tabakindustrie vertraten. Der Zentrumsantrag (Antrag Giesberts) wurde angenommen. Er hatte folgenden Wortlaut:

Aus den Einnahmen auf Grund dieses Gesetzes sind den Landesregierungen, je nach dem festgesetzten Bedürfnis, entsprechende Beträge zu überweisen, aus welchen denjenigen Hausgewerbetreibenden und Arbeitern, welche innerhalb des ersten Jahres nach Inkrafttreten dieses Gesetzes vorübergehend oder für längere Zeit arbeitslos werden, ohne anderweit eine entsprechende Beschäftigung zu finden, oder welche wegen notwendig gewordenen Berufswechsels geschädigt werden, Unterstützungen gewährt werden.

Die näheren Vorschriften über Umfang und Bedingungen der Zuwendungen erläßt der Bundesrat, jedoch mit der

Er ging und warf schallend die Tür ins Schloß.

Auch Presley ging hinaus. Der ganze Vorgang eckte ihn an; er fühlte sich unendlich niedergeschlagen und abgespannt und wollte allein sein. Das Speisezimmer und die aufgeregten lärmenden Männer hinter sich lassend, trat er hinaus auf die Veranda. Von Lyman war nirgends etwas zu sehen. Presley war allein. Nach der von den Lampen erhitzten Luft, nach dem Lärmen und Toben da drinnen tat ihm die Kühle der Nacht und ihre Stille wohl, die wie himmlischer Segen von den Sternen herabfloß. Er trat an den Rand der Veranda und blickte hinaus gen Süden.

Und dort, Weile auf Weile, von Horizont zu Horizont breitete sich vor ihm die schon hoch emporgeschossene Saat, ein im Licht des Mondes und der Sterne bleichgrün schimmernder und bewegter Ozean. Unaufhaltsam wuchs dort unter dem Dome der Nacht macht- und kraftvoll der Weizen, das Mark der Rösler, der Lebensspender der Welt. Vor diesem Anblick schien Presley die Szene in dem Zimmer, das er eben verlassen hatte, zu kläglicher Bedeutungslosigkeit einzuschumpfen. Ah, gewiß, der Weizen — seinetwegen raufen sich ja die Randschleifer, die Bahn, der feile Verräter und alle die andern, die sich hüben und drüben zu kleinsten Verschwörungen zusammengenommen hatten. Als ob Menschenkraft diese riesige Macht beeinflussen könnte! Was waren diese hüben und doch so wichtigen Balgereien, dieses fieberhafte nutzlose Hasten der Sterblichen, dieses nur Augenblicke währende Schwärmen des menschlichen Insektes im Vergleich zu dem ungeheuren, majestätischen, ruhevollen Ozean des Weizens? Die Menschen, Kikiputaner, Mücken im Sonnenschein, umschwärmten sich einander in ihren kleinsten Kämpfen. Sie wurden geboren, lebten ihren kurzen Tag, starben und wurden vergessen, während der Weizen, eingehüllt in die tiefe Ruhe des Nirwana, stetig wuchs unter dem Dome der Nacht, allein mit den Sternen und mit Gott.

(Wortl. folgt.)

Möglichkeit, daß die Unterstützung im Falle eingetretener Arbeitslosigkeit nicht weniger als drei Viertel des entgangenen Arbeitsverdienstes betragen darf.

Diese Bestimmung hätte ausgereicht, für das erste Jahr die bitterste Not zu befeitigen. Das Zentrum wollte aber gar nicht die Hilfe bringen. Sein Ziel war, dem Reich eine große Mehreinnahme zu verschaffen. Die lokale Durchführung dieser Bestimmung hätte zur Folge haben können, daß der größte Teil der Mehreinnahmen zur Unterstützung verbraucht worden wäre. Die rund 200 000 in Deutschland beschäftigten Tabakarbeiter hätten eine Einnahme aus Arbeitslohn von 120 Millionen Mark haben. Geht die Produktion um ein Sechstel zurück, und sollen drei Viertel des entgangenen Lohnes ersetzt werden, dann wäre hierzu jährlich eine Summe von 15 Millionen Mark erforderlich gewesen. Solche Summen wollte das Zentrum den Arbeitern nicht bewilligen, und darum brachten die Sozialpolitiker des Zentrums am 9. Juli den zweiten Antrag Giesberts ein, durch den die Unterstützungssumme auf vier Millionen Mark und die Zeitdauer der Unterstützung auf zwei Jahre beschränkt. Dieser Antrag wurde dann von dem schwarz-blauen Block angenommen.

Nunmehr stand die Sache so, daß nach Absatz I höchstens 4 Millionen verausgabt werden sollten, nach Absatz II sollen aber mindestens 3/4 des entgangenen Verdienstes ersetzt werden. Der Widerspruch wäre nicht vorhanden, wenn nur ein Lohnverlust von höchstens 5 1/2 Millionen Mark entstanden wäre. Kein Kenner der Verhältnisse und auch die Regierung hat aber daran geglaubt, daß es so billig abgehen werde. Die Regierung ist durch den zweiten Antrag Giesberts in eine schwierige Lage gekommen. Hält sie den ersten Absatz für bindend und gibt höchstens 4 Millionen Mark aus, dann verliert sie gegen den zweiten Absatz, der verlangt, daß sie 3/4 des Lohnverlustes ersetzen soll. Hält sie sich jedoch an den zweiten Absatz, dann erfolgt eine Uebererschreitung der Summe.

Um mit dem Gelde auszukommen, hat die Regierung schon recht gewagte Auslegungen gleich beim Beginn der Unterstützung angewandt. Sie erklärte, daß Zigarrenarbeiter keine Tabakarbeiter seien, und deshalb keinen Anspruch haben. Arbeiter, die wegen Krankheit entlassen waren und noch ihrer Genesung keine Arbeit mehr finden konnten, erhielten keine Unterstützung, weil hier ein Entlassungsgrund aus § 123 der Gewerbeordnung vorlag. Arbeiter, die ihrer Dienstpflicht beim Militär genügt und nach ihrer Entlassung ihr Gewerbe aufgeben mußten, waren nach Ansicht der Regierung nicht Tabakarbeiter, sondern früher einmal Zigarrenarbeiter gewesen. So wurden die künstlichsten Auslegungen ausgeföhrt, und doch sind in 8 Monaten mehr als 4 Millionen Mark zur Unterstützung verbraucht worden. Der Reichstag hat aber durch den Etat den zweiten Absatz des Artikels II abgeändert, indem er statt 4 Millionen 4 750 000 Mk. bewilligt hat. Zu den mehrbewilligten 750 000 Mk. ist im Etat folgende Erläuterung gegeben:

Zur Gewährung von Beihilfen an Hausgewerbetreibende und Arbeiter des Tabakgewerbes, die wegen Änderung des Tabaksteuergesetzes vom 15. Juli 1900 arbeitslos geworden sind. Eine Zahlung aus diesem Titel darf erst erfolgen, nachdem der in Artikel II a des Gesetzes wegen Änderung des Tabaksteuergesetzes vom 15. Juli 1900 vorgesehene Gesamtbetrag von 4 Millionen Mark aufgebraucht ist.

Der Berichterstatter Erzberger führte hierzu noch erläuternd aus:

Es wurde nun die Befürchtung in der Kommission laut, ob diese Summe nun auch für alle Fälle ausreichen würde. Daraufhin hat der Herr Reichstagssekretär in der Kommission erklärt: Für den Fall, daß dieser Betrag nicht ausreichen sollte, wolle er die beruhigende Versicherung abgeben, daß er sich für ermächtigt halten werde, Notständen unter den Tabakarbeitern mit den erforderlichen Mitteln abzuwehren. Daraufhin hat die Kommission einstimmig diesem Antrag zugestimmt.

Zu erwähnen ist noch, daß in den Erläuterungen zu den Kommissionsbeschlüssen im ersten Satz die Worte standen: „In Fällen besonderer Hilfsbedürftigkeit“. Diese Worte wurden von W o l f e n b u r g bekämpft, der verlangte, daß die Unterstützung gezahlt werden soll, sobald die Schädigung durch das Tabaksteuergesetz nachgewiesen wird. Darauf beantragte Giesbert, die Worte „in Fällen besonderer Hilfsbedürftigkeit“ durch die Worte „in Fällen besonderer Hilfsbedürftigkeit“ vom 15. Juli 1900 arbeitslos geworden sind“ zu ersetzen. Dieser Antrag wurde angenommen. Damit hatte der Reichstag zu erkennen gegeben, daß er die Fortzahlung der nach Art. II a gewährten Unterstützung auch dann wolle, wenn die vier Millionen Mark verausgabt sind.

Die jetzt veröffentlichten Zahlen werden in vielen Kreisen einige Verblüffung hervorgerufen haben. Am 17. Januar bei Besprechung der Interpellation über die Unterstützung der Tabakarbeiter glaubte der Staatssekretär W e r m u t h, daß die schlimmste Zeit überwunden sei, weil schon ein Steigen der Einfuhr an Rohmaterial Zeugnis für den beginnenden Aufschwung abgab. Nun zeigt sich, daß die erforderliche Unterstützungssumme von 887 000 Mk. im Dezember 1900 auf 761 000 Mk. im April d. J. gestiegen ist. Dem Fernstehenden mag das sonderbar erscheinen, und doch findet sich eine ganz natürliche Erklärung.

Sicher hat jeder Zigarrenarbeiter und jeder Fabrikant gewußt, daß durch das Steuergesetz tausende Existenzen vernichtet werden. Aber jeder Fabrikant hat gehofft und geglaubt, nicht er, sondern der andre werde zuerst erliegen. So sucht jeder nach Kräften fortzuarbeiten in der Hoffnung, sich halten zu können. Er arbeitet fort, bis er vom Geschick ereilt und zu Boden geworfen wird. Der Konsum kann schon im ganzen Reich steigen, und doch wird es Gegenden geben, wo die Krise sich weiter verfährt.

Vielleicht ist es einleuchtend, daß der Konsument Zoll und Wertsteuer an einer Stelle und den eigentlichen Wert der Zigarre an einer andern Stelle zu bezahlen hat, dann würde der Konsumrückgang sich gleichmäßig auf das ganze Reich verteilen und die Krise in verhältnismäßig kurzer Zeit überwunden sein. Jetzt liegt die Sache für die Arbeiter aber schlimmer, denn ihr Lohn wird mit als Auszahlungsfaktor in den Streik gezogen. Das möge folgendes Beispiel zeigen: Ein Tausend Zigarren, für das der Rohmaterialist 10 Mk. und 6.80 Mk. Zoll kostete, kostet jetzt 10 Mk. Rohmaterialpreis, 6.50 Mk. Zoll und 4 Mk. Wertsteuer. Die Kosten für Tabak sind also von 16.80 Mark auf 20.80 Mk. erhöht. Wenn sonst zu den Unkosten von 10 Mk. für Tabak noch 12 Mk. Arbeitslohn, 5 Mk. für Verpackung und 3.40 Mk. Generalunkosten kamen, dann konnte die Zigarre dort, wo man keine großen Kleinverkaufsstellen hat, für 5 Pf. das Stück verkauft werden. Da der Käufer nur dann zwei Zigarren kauft, wenn er sie für ein Rezipientenstück erhält, so entsteht der Streit, wer soll die 4 Mk. erhöhten Kosten tragen? Findet der Detaillist einen Fabrikanten, der statt 12 Mk. nur 8 Mk. Arbeitslohn zahlt, und der in der Lage ist, dieselben Zigarren für 88 Mk. zu liefern, wofür sein bisheriger Fabrikant 42 Mk. haben muß, dann folgt der Kleinverkäufer dem Drängen seiner Kunden und kauft bei dem neuen Fabrikanten. In der Folgezeit ist nun der Ausgleich geschaffen. Im Zollamt erklärt man nicht, ob der Tabak, der bisher in Weiskalen für 12 Mk. Arbeitslohn zu Zigarren verarbeitet wurde, nun in Baden für 8 Mk. Arbeitslohn verarbeitet wird. Aber in Weiskalen sind die Arbeiter arbeitslos und der Fabrikant geht auch zugrunde. Erst dann, wenn der Fabrikant, der höheren Lohn zahlte, vor der Tatsache steht, seine bisherigen Kunden verloren zu haben, entschließt er sich, seine Fabrik zu schließen. Dieser Kampf wird eine Reihe von Jahren toben, bis ein Zustand der Ruhe eintritt. So ist es in den achtziger Jahren gegangen und ähnlich wird es jetzt gehen.

Nun fragt sich, wie soll es mit der Unterstützung werden? Sicher ist, daß das Zentrum die Bankrotklausel in den ur-

prünglich vernünftigen Artikel II a hineingebracht hat. Erzberger begründete diesen Streich am 14. Dezember 1900 mit folgenden Worten: „Wenn wir den Sozialdemokraten das Bestmögliche gemacht hätten, an den Beschlüssen zweiter Lesung festzuhalten, so wäre eben keine Mehrheit für das ganze Gesetz zustande gekommen. Meine politischen Freunde wollten aber das Zustandekommen des Gesetzes, um die ganze Finanzreform zu führen.“ Regierung und Reichstag haben aber mit den abgegebenen Zusicherungen bei der Begründung der Nachforderung von 750 000 Mk. den Glauben erweckt, daß in der bisherigen Weise fortgesetzt werden solle. Die Regierung hatte zwar den Vorbehalt gemacht, daß nur in Fällen besonderer Hilfsbedürftigkeit weiter gezahlt werden solle, diese Klausel hat der Reichstag aber gestrichelt und damit zu erkennen gegeben, daß er die Unterstützung in allen Fällen verlangt, wo Arbeitslosigkeit durch die erhöhte Tabaksteuer eintritt.

Gewiß ist die Situation für die Regierung nicht ganz einfach. Aber sie trägt doch sonst den Verhältnissen Rechnung. Nach § 15 des Sozialtarifgesetzes sollte am 1. Januar 1910 die Witwen- und Waisenerziehung in Kraft treten. Da aber durch die Beschlüsse der Agrarier und auf Antrag Trimborn die Mittel fehlten, so wurde den Verhältnissen Rechnung getragen und das Gesetz geändert — das Wie kommt hier nicht in Betracht. Artikel II a des Tabaksteuergesetzes hat aber für die jetzige Situation zwei sich widersprechende Bestimmungen. Er verpflichtet die Regierung, den infolge des Gesetzes arbeitslos gewordenen Hausgewerbetreibenden und Arbeitern drei Viertel des entgangenen Lohns auszus zahlen. Alle vor dem 15. August d. J. arbeitslos gewordenen Tabakarbeiter haben einen Rechtsanspruch auf Unterstützung, sobald sie nachweisen können, daß die Arbeitslosigkeit infolge des Tabaksteuergesetzes eingetreten ist. Die Befolgung dieser Bestimmung hat einen Verstoß gegen die Viermillionenklausel zur Folge, die Bindung an die Viermillionenklausel verliert aber gegen ihren übrigen Inhalt. Da der Reichstag zu erkennen gegeben hat, daß er höhere Summen bewilligen will, und der Staatssekretär sich schon im voraus Indemnität für Ueberschreitungen gesichert hat, so muß darauf gedrungen werden, daß auch ferner die Unterstützung fortgezahlt wird.

Gewerkschaftsbewegung.

Die Arbeiterverhältnisse in Australien.

Die Neue Zeit bringt eine Schilderung australischer Arbeiterverhältnisse, die einem Briefe des alten englischen Genossen und Gewerkschafters Ben Tillet entnommen sind. Da auch in Deutschland vielfach Arbeiter zur Auswanderung nach Australien gesucht werden, wünscht die Neue Zeit den Warnungen Ben Tillet die weiteste Verbreitung durch die Parteipresse. Der Artikel lautet:

Den Vorkursen gegenüber, die die australische Regierung allüberall in Europa erschallen läßt, um Proletarier zur Auswanderung nach Australien zu bewegen, ist es bringend notwendig, auf die wahren Zustände hinzuweisen, die in diesem Weltteil herrschen. Man mag für den kapitalistischen Einwand der Australier das Land bedeuten, wo Milch und Honig fließt, so ist es doch für den Arbeiter und Bauern dort nicht um ein Haar besser als in jedem andern unter kapitalistischer Herrschaft stehenden Lande. Dieselbe Lohnsklaverei wie überall! Die Arbeitszeit ist nur in einigen Berufen etwas kürzer, weil die Intensität der Arbeit eine ungesunde und daher sehr anstrengend ist: elende Wohnungsverhältnisse, sehr hohe Mietpreise, alle Lebensmittel und Gebrauchsgüter ein Drittel, wenn nicht doppelt so teuer als in Europa, die Reise sehr kostspielig. Hier flüchtet der ganze Bevölkerung sind in den Großstädten Sydney, Melbourne, Adelaide, Brisbane, zusammengesetzt; die alle abgesehen von den Großstädten, Oberhaupt, an, sich

Wissenschaftler, Agenten im Verstand mit Regierungsbeamten haben sich der Spekulation mit Grund und Boden bemächtigt und die Preise hochgetrieben; der Staat plündert nun im Verein mit den privaten Bodenwucherern alle die armen Opfer, die leichtgläubig ihr letztes Scherlein zum Ankauf von Land hergaben.

Abgesehen von ganz wenigen günstigen Orten ist es für den Arbeiter unmöglich, zu heiraten, denn die Lebensbedingungen sind durchaus ungeeignet, Kinder zu erziehen. Bei der Schafzucht, Landbestellung und Bergarbeit werden diese als lästige Hindernisse empfunden. Eine kürzlich in der Londoner Times veröffentlichte selbstkritische Kontroverse der australischen Regierung und verschiedener Auswanderungskommissionen mit dem australischen Korrespondenten dieser Zeitung, der auf die Schmach hingewies, daß jungen Einwanderern das Debiten und Kinderheiraten direkt untersagt oder doch unendlich gemacht wird, beweist, wie recht jener mit seinen Behauptungen hatte und in wie hohem Grade unangenehm es den offiziellen Behörden war, daß er in dieses Wespenneist stach. Denn Regierungsbeamte, Konsularbeamte, Schiffszugangsgesellschaften, private Agenten im Verein mit Arbeitsvermittlungsbüros stecken alle unter einer Decke und bieten alles auf, um die nötigen „Hände“ herbeizuschaffen. Jedes nach Europa heimkehrende Schiff hat 20, 30, ja 50 Prozent entlassener, mißvergnügter und oft gänzlich ruinierter Ausländer und Auswanderer an Bord. Eine riesige Arbeitslosenarmee in jeder Stadt erschwert das Fortkommen der Einwanderer. So vermochten die Unternehmer die streikenden Kohlenarbeiter in Sydney binnen wenigen Tagen durch eine gleiche Anzahl von Streikbrechern zu ersetzen. Nur die Schafzucht sind einigermaßen organisiert; die Goldgräber besitzen keine nennenswerte Organisation und sind infolgedessen sehr niedrig entlohnt. Die Löhne in Australien sind nur 10 bis 20 Prozent höher als in England. Dagegen stellt sich der Lebensunterhalt um 25 bis 50 Prozent höher, die Eisenbahnfahrten kosten 25 Prozent mehr und bieten vergleichsweise kaum die Hälfte an Komfort wie in England.

Die Landarbeiter müssen außergewöhnlich schwer arbeiten und sind stets nur Saisonarbeiter.

Die Schafzucht sind Wanderarbeiter, die ein nomadisches Dasein führen; ihre Bezahlung schwankt zwischen 25 und 20 Schilling pro 100 Schafe. Die Kohlenarbeiter sind etwas höher bezahlt als in England bei bedeutend teurerer Lebensweise.

Die Goldgräber arbeiten nach dem sogenannten „Tributssystem“, das heißt es ist ihnen ein bestimmter Anteil an ihren Funden garantiert, und darin besteht die ganze Bezahlung für ihre Arbeit. Sie müssen sich den bestehenden Bestimmungen fügen, die bestimmte Arbeitszeit einhalten, und arbeiten daher oft monatelang nur zum Nutzen des Unternehmers und ohne jeden Lohn. Maschinenarbeiter, Schreiner, Mechaniker, Bauarbeiter sind fast alle nicht sesshafte Wanderarbeiter, von denen 5 bis 25 Prozent ständig arbeitslos oder nur die halbe Zeit beschäftigt sind. Transport- und Bergarbeiter sind schlecht bezahlte Gelegenheitsarbeiter; bei dauernder Beschäftigung sind die Löhne niedrig. In Schneiderei, Drechslerei und Holzbearbeitung machen die Chinesen den Weissen ernsthafte Konkurrenz, und da ihre Lebenshaltung in jeder Hinsicht eine unglücklich niedrigere ist, so können die Weissen nicht gegen sie aufkommen. Ebenso steht es in der Kunst- und Gemälgereiererei. Das Schicksal steht in Waage, und die „Siedesgericht“, die sich aufsetzen haben, um zwischen Arbeitern und Schlichtern zu intervenieren, bedeuten nichts als einen Krebsgeschaden für die Organisationen. Sie setzen sich aus Philanthropen und allen möglichen Sorten von Sozialreformern und Ethikern zusammen, sind vor dem Gesetz nicht verantwortlich und haben nur das eine Bestreben, allen Konflikten die Spitze abzubraden und alle Streitigkeiten in dem Sinne beizulegen, daß sie nicht für möglichste niedrige Löhne eintreten.

Die Zahl der Geburten ist niedrig, die der Kindersterblichkeit hoch. Verheiratete Männer und Frauen und ganze Familien, die aus den Großstädten vertrieben werden, können in den ländlichen Gebieten keine Arbeit finden. Und doch ziehen die Einwanderungsagenten immer neues Menschenmaterial herbei, um die bestehenden Pöbne noch herabzubilden und anzuputzen der Kapitalistenklasse eine möglichst große Reservearmee zu schaffen. Es sind denn auch schon eine ganze Reihe von Millionen entstanden, besonders in der Warenhausbranche, die ihre Handlungsgehilfen noch schlechter entlohnen, als dies in England geschieht. Die Kapitalistenklasse hat sich auch bereits aller großen Einrichtungen bemächtigt, die den Handel und Wandel des Landes beeinflussen. Ihr gehören Grund und Boden, alle Verkehrsmittel, der Bergbau, die Viehzucht und die Fleischversorgung und sämtliche Fabriken.

Wenn die Einwanderer das nötige Reisegeld hätten, so würden sicherlich 90 Prozent von ihnen nach einigen Monaten in die alte Heimat zurückkehren. Jeder neue Schub von Einwanderern dient nur dazu, auf Kosten ihrer eignen Gesundheit das Land zu verbessern und durch Elend und Armut den Mehrwert der Kapitalisten zu vergrößern.

Fabrikinspektion und Unfallversicherung existieren in Australien nicht; Menschenleben sind dort buchstäblich wertlos. Bei Streiks wird gegen die Arbeiter auf das schonungsloseste vorgegangen; die Polizei schlägt die Leute kurzhand nieder, auch wenn sie ganz friedlich auftreten.

Die Gewerkschaften wenden sich unaufhörlich gegen die Einwanderung; sie bemühen sich auch, Armengesetze oder staatliche Unterstützung der Notleidenden zu erreichen.

Australien ist also das Land der Monopole, des Schwitzsystems, des Elends; seine Ausbeuterklasse kann sich lächelnd an die Seite jeder andern stellen. Der Volksmund nennt jene zahllosen, einsamen, trostlosen, weltverlassenen Orte der Ausbeutung mit ironischem Scherz „The never, never land“, was sich etwa mit „Rehrniederland“ am besten wiedergeben läßt.

Leipzig und Umgebung.

Der Lohnstarif der Wütcher.

In einer außerordentlichen Mitgliederversammlung nahmen die Leipziger organisierten Wütcher die Antworten der Unternehmer auf den eingereichten Lohnstarif entgegen. Soweit Betriebe in Betracht kommen, so verhielten waren auch die Antworten; einige Unternehmer hatten eine Antwort für überflüssig gehalten. Die Firma Sachsewälder u. Gottfried (Zuckerrefinerie, Wütcherstraße) aber hat den Vogel abgeschossen. Nach Empfang des Starifs hatte diese Firma nicht eiligeres zu tun, als denselben sofort wieder ohne jeden Kommentar zurückzusenden. Der Geschäftsführer Heine und Herr Sachsewälder nahmen sich die Frage kommenden Arbeiter vor und fragten, wie sie sich „erkreuzten könnten und ihrem „Arbeitgeber“ den zu zahlenden Lohn vorzuschreiben? Entweder treten Sie aus dem Verbande aus oder Sie werden entlassen“. Und die zwei dort beschäftigten Wütcher erklärten ihren Austritt aus dem Verbande. Welches sind schon ältere Kollegen, aber brauchten sie sich deswegen das Koalitionsrecht nehmen zu lassen? Jedenfalls wird sich die Einwohnerschaft Leipzigs sehr dafür interessieren, daß die Firma Sachsewälder u. Gottfried ihren Arbeitern das Koalitionsrecht verweigert. Die Antwort der Leipziger Wütcherinnung lautete in allen Punkten ablehnend. Geschäftsführer Fabian erhielt den Auftrag, mit einer Kommission nochmals mündlich mit den Unternehmern zu verhandeln. Am 21. Mai ersuchte die Lohnkommission Bericht. Wenn auch nicht alle Wünsche erfüllt werden konnten, so sind doch nennenswerte Zugeständnisse gemacht worden. Wo die Unternehmer sich zu keinem Zugeständnis bequemen wollen, da ist es auch zum großen Teil die Schuld der dort beschäftigten Kollegen selbst. In der Chemischen Fabrik von Dr. Krause (Wütcher Straße) wurde die Kommission überhaupt nicht vorgelassen. Herr Görnandt in Wahren drohte, wegen der in seinem Betriebe bestehenden Mißstände, an die Zensurbehörde zu gehen, mit dem Nachh. Fr. Krause keine Wütchergesellen mehr, die Maschinen erleiden dieselben und das andre besorgen die bei ihm beschäftigten Kinder. In der Union in Wahren stellte sich der Direktor auf den Standpunkt, daß der mit dem Brauereiarbeiterverband abgeschlossene Tarif auch für die Wütcher Gültigkeit hat, trotz der Abwehr des Brauereiarbeiters. Schließlich zeigte er doch Entgegenkommen und soll der Kollege in kurzer Zeit den höchsten Lohn bekommen. Mit der Annahme wird sich die Kommission noch auseinandersetzen müssen, doch wird auch hier ein Einvernehmen erzielt werden. In den Wütchereien liegt es nun, dafür zu sorgen, daß die von den Unternehmern gemachten Zugeständnisse auch zur Durchführung gelangen. Den Ueberschuß (28.11 Mark) vom Wintervergütigen überwies die Kommission einstimmig den Brauereiarbeitern. Auch wurde darauf hingewiesen, daß auf die Sammelkassen wöchentlich nicht unter 20 Pf. zu zahlen sind.

Verband der Wütcher Deutschlands, Zahlstelle Leipzig.

Der Streik der Kürschner bei der Firma Belmonte.

Am 20. Mai beschäftigten sich die Kürschner mit dem Streik bei der Firma Max Belmonte, Wisamspezialgeschäft, Nikolaistraße. Dort sind am 18. Mai 28 Kürschner und 9 Maschinenwärterinnen in den Ausstand getreten. Obwohl Herr Belmonte selbst den neuen Tarif und Arbeitsvertrag mit ausgefertigt hatte, so zeigte er nach dem Abschlusse desselben den bekannten Verrennungspunkt. Er sandte den Arbeitsvertrag und Tarif wohl mit seiner Unterschrift zurück, hatte aber verschiedene Streichungen vorgenommen. Damit noch nicht genug, sandte Herr Belmonte, der dem Unternehmerverband nicht angehört, mit noch drei andern Herren an alle Unternehmer in Leipzig sowie an den Arbeitgeberverband ein Rundschreiben, in dem verlangt wurde, daß Kürschner, die im Streik stehen, anderweitig nicht zu beschäftigen seien. Dieser fromme Wunsch wurde vollständig abgelehnt. Mittwoch, den 11. Mai, beauftragte nun der Werkführer Mayerhofer die Maschinenwärterinnen, die auf Abford eingestellt sind, im Keller 80 Zentner Wisamsfelle auszusuchen. Dies ist eine unangenehme Arbeit, die von den Näherinnen verweigert wurde. Dafür wurden sie beschimpft und mit allerhand Modensarten traktiert. Eine Näherin, die „Kuschlerin“ wurde sofort entlassen. Man beschuldigte sie der Unehrlichkeit, ließ sie von einem Markthelfer, so lange sie noch im Betriebe war, bewachen usw. Die Arbeiter beschloffen darauf einstimmig, daß die Vertrauensmänner nochmals mit Herrn Belmonte Rücksprache nehmen, um eine Einigung herbeizuführen, im andern Falle sollte sofort die Kündigung eingereicht werden. Da eine Verhandlung durch den Werkführer Mayerhofer unmöglich wurde, wurde kündigt und am 18. Mai die Arbeit eingestellt. Die Firma hat bisher wenig Glück damit gehabt, Arbeitswillige heranzuziehen. Eine außerordentliche Versammlung hat folgende Forderungen einstimmig anerkannt: 1. Die Wiedereinstellung aller Arbeiter und Arbeiterinnen, soweit sie noch am Plage sind. 2. Entlassung der Arbeitswilligen. 3. Regelung der neben der Abfordarbeit geleisteten Stunden. 4. Die Entlassung des Werkführers Mayerhofer. 5. Die Entlassung der Ausgeberin Frau Kühne. 6. Das Zahlen von 1.50 Mk. für Abnutzung der Maschinen in Wegfall zu bringen. 7. Volle Anerkennung des Tarifs.

Den Streikenden wurde außer der vom Verband zu zahlenden Unterstützung ein Zuschlag aus der Lotteriekasse von wöchentlich 8 Mk. bewilligt.

Deutscher Kürschnerverband (Zahlstelle Leipzig).

Achtung, Glaser und Tischler!

Die organisierten Glaser, Rahmenmacher und Biannglaser in Chemnitz und Umgegend sind seit dem 18. Mai ausgesperrt. Zugang ist fernzulegen.

Die Verwaltung der Zahlstelle Leipzig.

Zum Streik der Sattler und Porzellaner.

In Orlitz erschienen fast in jeder Woche Stellenangebote Leipziger Lederverfabrikanten im Orlitzer Anzeiger.

Das letzte Inserat spricht von garantirt dauernder Arbeit bei höchstem Lohn. Offerten an Haasenstein u. Vogler usw.

Die Sattler in Orlitz halten es für notwendig, festzustellen, daß sie unter den gegenwärtigen Verhältnissen darauf verzichten, den Forderungen der Leipziger Fabrikanten Folge zu leisten.

Buchbinder! Bei der am Sonnabend, den 21. Mai, stattgefundenen Wahl der Delegierten zum Verbandstage in Erfurt wurden 1274 Stimmzettel abgegeben. Davon waren 9 ungültig. Gewählt wurden die Kollegen Zinke mit 1017 Stimmen, Wibel 804, Waltherr 771, Krenpler 713, die Kollegin Verta Thiel 681, Desche 676, Otto Schröder 676, Deh 597, Seifert 551, Bergmann 540 und Thahheim mit 538 Stimmen.

Der Streik bei Stoll u. Wächner, Metallwarenfabrik in Leipzig-Plagwitz, ist abgebrochen worden. Die Zahl der Arbeitswilligen war zu groß geworden, so daß sich keine 1/2 Mehrheit der Arbeitswilligen für die Fortführung des Streiks fand. Deutscher Metallarbeiterverband, Filiale Leipzig.

Deutsches Reich.

Der Kampf der Hamburger Holzarbeiter um den Arbeitsnachweis.

In Hamburg dauern die Differenzen in der Arbeitsnachweisfrage an. Der Arbeitsnachweis der Tischlerinnung ist durch die Sperre des Holzarbeiterverbandes vollständig lahm gelegt, während vom Nachweis des Holzarbeiterverbandes täglich 50 bis 100 Arbeitskräfte vermittelt werden. Das Schmerzmittel natürlich den Arbeitgeberverband der Holzindustriellen für Hamburg und Umgegend gewaltig. Darum hat er ein Schreiben an die Verwaltung des Holzarbeiterverbandes gerichtet, worin er mittelst, daß seine Mitglieder den Arbeitsnachweis der Hamburger Tischlerinnung benutzen und ersucht den Holzarbeiterverband, die Sperre scheinungstun aufzuheben, widrigenfalls er den Holzarbeiterverband wegen Vertragsbruchs veranlaßt machen würde. Nun hindert ja die Holzindustrie niemand, den Arbeitsnachweis der Innung weiter zu benutzen und wenn sie dann dort keine Arbeiter erhalten, werden sie den Weg zum Verbandsarbeitsnachweis bald finden. Uebrigens ist es merkwürdig, daß man die Sperre des Arbeitsnachweises jetzt mit einemmal als Vertragsbruch ansieht. Als im Vorjahre die Innung und der Arbeitgeberverband beschlossen hatten, den Arbeitsnachweis des Holzarbeiterverbandes, an den die Arbeiter gewöhnt sind, nicht mehr zu benutzen, interpellierten die Vertreter desselben dieserhalb in der Schlichtungskommission. Die Vertreter der Unternehmer erklärten damals, daß dieses mit dem Vertrage nichts zu tun hätte, weil darin nichts über den Nachweis gesagt werde. Dieses hat man sogar schriftlich wiederholt. Jetzt, wo die Arbeiter sich denselben Beschluß der Innung gegenüber erlauben, ist es „Vertragsbruch“. Ja, ja, wenn zwei dasselbe tun... Das wird aber den Holzarbeiterverband nicht hindern, die Sperre mit aller Kraft durchzuführen, bis der Arbeitsnachweis auf paritätischer Grundlage erreicht ist.

Die deutschen Berufscollegen werden gebeten, von Vorstehendem Notiz zu nehmen. Arbeitslose sind in Hamburg genügend vorhanden.

Lohnbewegungen im Holzgewerbe.

Trotz der Bauarbeiterbewegung, die die Lohnbewegung insbesondere der Bauhilfsarbeiter beeinflusst, sind in den letzten Tagen wieder eine größere Anzahl Lohnbewegungen im Holzgewerbe glänzend beendet worden. In einer ganzen Reihe Fälle ist es jedoch zum Streik gekommen.

In Speyer haben die Arbeiter Forderungen eingereicht. Die eingeleiteten Verhandlungen verliefen resultatlos, so daß die Schreiner und Maschinenarbeiter gezwungen waren, die Kündigung einzureichen.

Auf der Insel Borkum sind die Tischler ausgesperrt, weil sie sich weigerten, die Arbeiten der ausgesperrten Zimmerer fertigzustellen. Man bemüht sich nun, für die ausgesperrten Erntekräfte heranzuziehen, was verhindert werden muß.

In Landsberg a. d. Warthe sind die Tischler in eine Lohnbewegung eingetreten. Sie verlangen Erhöhung der recht niedrigen Löhne und Verkürzung der Arbeitszeit.

In Tegernsee, Egern, Kottau und Wiessee (Bayern) stellten die Schreiner und Maschinenarbeiter Forderungen, die aber von den Unternehmern in brüderlicher Form abgelehnt wurden. Die Arbeit wurde deshalb eingestellt.

Zugang nach allen obengenannten Orten ist streng fernzulegen!

In Koburg erreichten die Tischler der Firma Hoffmeister und Graßer die Lohngarantie bei Akkordarbeit, 28 Mk. Abschlag pro Woche und Erhöhung des Montagegeldes auf 2.50 Mk. pro Tag.

In Heilbronn ist die Lohnbewegung der Wagner erfolgreich beendet. Durch das geschlossene Vorgehen derselben wurde in den Karosseriefabriken erreicht eine Verkürzung der Arbeitszeit von 60 auf 57 Stunden die Woche und eine Lohnerrhöhung von pro Stunde 5 Pf.

Gelbe Verleumder.

In den Schuldverleumdungen von Nürnberg vegetiert auch, von der Allgegenwart ignoriert, wenn nicht verachtet, eine kleine, im Verschwinden begriffene Unternehmergruppe, der gelbe Unterstüßungsverein. Wie es bei diesen gelben Brüdern überall üblich ist, besteht auch hier die Hauptaufgabe dieser Leute, neben dem Arbeitsvertrag, in der Verleumdung der frei organisierten Arbeiter. Da man die gelben Väterchen meistens unbeachtet ließ, wurden sie allzu übermütig, und so mußte einmal einer von ihnen etwas schärfer angefaßt werden. Der Werkzeugaube und gelbe Führer Pauli hatte über das Mitglied des Metallarbeiterverbandes Heinrich Zwosta die verlogene Behauptung verbreitet, Zwosta, der verheiratet ist, habe mit einer sozialdemokratischen Vertrauensperson, einer Arbeiterin in den Schuldverleumdungen, die Ehe gebrochen. Der gelbe Lügner wurde vom Nürnberger Schöffengericht zu 10 Tagen Gefängnis verurteilt.

In der mechanischen Baumwollspinnerei und Weberel in Wankath haben am 20. d. M. 234 Weber die Arbeit eingestellt, weil die Direktion den Arbeitern das Koalitionsrecht freitrag machte und 24 Personen wegen ihrer Verbandszugehörigkeit mahrgelste.

Die Brauereiarbeiter in Oldenburg stehen seit Anfang April mit den Brauereien wegen Erneuerung des abgelaufenen Tarifvertrages in Unterhandlung, ohne daß dabei ein für die Arbeiter annehmbares Resultat erzielt werden konnte. In der Beyerbrauerei haben die Arbeiter nunmehr die Arbeit eingestellt.

Ausland.

Glasarbeiterstreik in Frankreich.

Einen erbitterten Kampf führen die Glasarbeiter in Savre (Frankreich) um die Einführung der Arbeitslosenunterstützung. Der Ausstand ist allgemein, doch versuchen die Unternehmer, mit Hilfe von Agenten Arbeitswillige von außerhalb heranzuziehen.

Strahnenbahnerstreik in Konstantinopel.

Auch in der Türkei spielen sich die Klassenkämpfe zu und machen sich in Arbeitskämpfen Luft. So haben jetzt die Strahnenbahner in Konstantinopel die Arbeit eingestellt. Die Strahnenbahngesellschaft konnte aber mit Hilfe von Streikbrechern teilweise den Dienst wieder aufnehmen. Als die Streikenden versuchten, an verschiedenen Stellen den Fahrdienst zu behindern, schritt nach westeuropäischem Muster Kavallerie mit blanker Waffe ein und zerstreute die Streikenden.

Die Aussperrung im Baugewerbe.

Das Reichsamt des Innern hat sich, wie schon gemeldet, entschlossen, zwischen den kämpfenden Parteien neue Verhandlungen anzubahnen. Der Termin der Verhandlungen soll heute festgelegt werden; die Leitung ist wiederum dem Oberregierungsrat Dr. Wiebels, der bereits die Verhandlungen am 8. April leitete, übertragen worden. Damals scheiterten die Einigungsbestrebungen an der ungläublichen Halsstarrigkeit der Unternehmer, die die ganze Verhandlung nur zum Schein mitmachten, sie zur Komödie degradierten. Wie weit diesmal bei den Unternehmern das ehrliche Bestreben vorhanden ist, die Verhandlungen zu einem gedehlichen Ende zu führen, läßt sich noch nicht sagen. Urteilt man nach den beiden Scharfmacherorganen, der Post und der Deutschen Arbeiterzeitung, so ist freilich eher alles andre als eine Einigung zu erwarten. Denn diese beiden Organe tun ihr möglichstes, um die aussperrungswütige Richtung im Bauunternehmerlager zu stärken, sie zur endgültigen Niederknüppelung der Bauarbeiter aufzufächeln. Die Arbeitgeberzeitung prophezeit schon, daß „der endliche Sieg dem Unternehmertum gehören wird“. Von einem Nachgeben könne keine Rede sein. So schließt sie sich auch der Auffassung der Münchner Bauunternehmer an, daß eine „offizielle Einmischung der Regierung“ abzulehnen sei, denn der Arbeitgeberverband halte die Frage des Ausgleichs zwischen den beiden Parteien für eine „private Angelegenheit“. Und „nur auf Grund neuer Vorschläge von Seiten der Arbeitnehmer könnten von Seiten der Arbeitgeber neue Beschlüsse herbeigeführt und in neue Verhandlungen eingetreten werden“. Das bedeutet die Ablehnung jeder Einigungsverhandlung. Nehmen aber die auf dem Boden der Arbeitgeberzeitung stehenden Scharfmacher des Baugewerbes dennoch an den neuen Verhandlungen teil, so ist es nicht unwahrscheinlich, daß sie auch diese Verhandlungen wieder zu einer Komödie degradieren.

Auch die Post, Stumms seligen Gedankens ehrenwertes Organ, schürt mit einem Eifer das Feuer. In einem Artikel: „Keine Sentimentalitäten! fahrt sie zunächst die „sozialpolitischen Allerweltswermittler“ gar grimmig an, die der Entwicklung der Aussperrung im Baugewerbe nicht zusehen könnten, ohne „alltäglich ihr Sprüchlein aufzusagen“, womit sie nach Meinung der Post nur der Sozialdemokratie die Geschäfte besorgen. Dann bekommen die Kölnische Zeitung und die Kölnische Volkszeitung, die sich „immer mehr in der Rolle der Flaumacher gefallen“, ihr Teil ab. Namentlich die nationalliberale Kölnische Zeitung hat es ihr angetan, weil diese geschrieen hatte, daß die Industrie unter der Aussperrung leide, und daß der Zeitpunkt gekommen sei, wo dieser „unheilvolle Zustand gebieterisch fordere, Mittel und Wege zu Vermittlungen und Verhandlungen für eine Beilegung des Kampfes zu suchen“. Das entspreche ja „der molluskenhaften Sozialpolitik der Waffer- und Stresemann“, und „wenn man sich nach solchen Sozialpolitikern richten wollte, dann wäre den Unternehmern, nicht nur im Baugewerbe, das Fell schon längst über die Ohren gezogen worden“. Und wütend geistert sie:

Die Sozialdemokratie hat die Sache der Bauarbeiter, die ja seit Jahrzehnten die höchsten Löhne und die besten Arbeitsverhältnisse gewesen sind, zu ihren gemacht. Damit ist der ganze Kampf zu einem Klassenkampf geworden, und mit Recht warnt das offizielle Organ der konservativen Partei das Bürgerturn, in diesem Kampfe auf die Seite der Sozialdemokratie zu treten.

Das ist natürlich dem Bürgertum bisher nicht eingefallen und wird ihm auch nicht in den Sinn kommen. Wo es sich für die Aussperrten erklärte, da nur aus wohlverstandenen eignen Interesse. Die Interessen aber namentlich des Kleinbürgertums sind der Post herzlich gleichgültig. Wo gehauen wird, fallen Späne, meint sie:

Es mag sein, daß der eine oder andre kleine Gewerbetreibende zeitweise mit einem Ausfall von Einnahmen zu rechnen hat. Solche Ausfälle werden aber später durch andre Aufträge zum Teil wieder eingeholt werden. Die Zahl dieser kleinen Gewerbetreibenden, die so aus der Hand in den Mund leben, daß sie nicht einmal einige Monate aus eigenen Mitteln leben können, ist nicht so groß, wie sie dargestellt wird. Und wenn sie so groß wäre, so könnte doch in Betracht der weit höheren Werte, die sonst auf dem Spiele stehen, nicht auf sie Rücksicht genommen werden.

Das ist sicher ein erfreuliches Bekenntnis der Scharfmacher. Um ihr Ziel zu erreichen, marschieren sie rücksichtslos über die Existenzen kleiner Gewerbetreibender, und wehe denen die jetzt nicht die Stange der Scharfmacher halten. Die Regierung aber, die jetzt neue Verhandlungen anbahnt, wird ungeweiht aufgefördert, ihre Friedensbestrebungen einzustellen.

Dat die Aussperrung fünf Wochen durchgehalten werden können, so wird sie noch 5 Wochen und noch länger durchgehalten werden müssen. Es würde sich furchtbar rächen, wenn der Arbeitgeberverband sich in diesem Stadium des Kampfes auf sozialpolitische Sentimentalitäten einlassen wollte. Und gerade die kleinen Handwerker und Gewerbetreibenden, die da glauben, sie könnten unabhängig vom Arbeitgeberbunde ihren Privatfrieden mit der Arbeiterinnenschaft machen, würden bei einem späteren Kampfe, der noch weit erbitterter geflöhrt werden würde, ganz anders unter die Näher kommen als bei dem jetzigen, relativ milde verlaufenden Lohnkriege.

Es steht ja zu erwarten, daß die Regierung diesen Scharfmachereien kein Gehör schenkt. Werden aber die Macher im Unternehmerrlager ihnen folgen, so mögen sie auch die Verantwortung tragen. Die deutsche und die internationale Arbeiterschaft werden dann den Herren eins ausspielen, daß sie es noch bereuen werden, solch heißes Eisen angefaßt zu haben.

Die Bauunternehmer in Gladbeck.

die wiederholt versucht haben, Frieden zu schließen und die deshalb mit der Verbandsleitung in Essen so scharf zusammengegeraten waren, daß sie kürzlich eine Unternehmerversammlung unter Protest verließen, haben Freitag auf der ganzen Linie die Arbeit wieder aufnehmen lassen. Material ist in reichlichem Maße vorhanden.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil:

Hermann Müller in Leipzig.

Verantwortlich für den Inseratenteil:

Friedrich Müller in Borsdorf-Leipzig.

Druck und Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

Diese Nummer umfaßt 14 Seiten.

Politische Uebersicht.

Die dänischen Wahlen.

Aus Kopenhagen schreibt man uns vom 21. Mai: Die gestrigen Wahlen zum Folkething haben die auf sie gesetzten Erwartungen nach keiner Seite hin erfüllt; weder die linken noch die rechten Parteien sind mit dem Resultat zufrieden. Durch die auf Grund der Ziffern der letzten Wahlen aufgestellten Berechnungen, die eine Mehrheit für die radikale Regierung als leicht möglich erscheinen ließen, ist durch die Wirklichkeit ein dicker Strich gemacht worden. Das Ministerium Zahle hat keine Parlamentsmehrheit erhalten, die beiden Parteien, Radikale und Sozialdemokratie, die es stützen, haben auch nicht ein einziges Mandat gewonnen, beide sind in ihrer früheren Stärke aus den Wahlen hervorgegangen. Damit ist freilich die Hoffnung der Liberalen und Konservativen zusammengebrochen, die Linke zu schwächen, zu welchem Zweck sie ein Bündnis miteinander eingegangen waren. Die Konservativen verlieren 8 Mandate an die Liberalen. Das ist die einzige ziffernmäßige Verschiebung in der Stärke der Fraktionen. Die Liberalen kommen infolgedessen auf 57 Mandate und haben damit genau die Hälfte der Mandate inne und werden mit einigen Stimmen der gemäßigten Konservativen in Zukunft wieder das Land beherrschen. Die Konservativen erhielten 13, die Radikalen 20 Mandate und die Sozialdemokraten 24. Die liberale Korruptionswirtschaft, die nur eine kurze Zeit unterbrochen war, kann also wieder beginnen.

Die nächste Folge des Wahlausfalls ist der Rücktritt des Ministeriums Zahle. Es ist klar, daß die Liberalen das Ministerium übernehmen. Aber ungewiß ist, ob sie vorläufig nur ein Geschäftsmministerium, in das sie auch die Konservativen mit einbeziehen, oder ob sie sofort ein reines Parteiministerium bilden. Es fehlt ihnen an geeigneten Kräften. Neergaard, der frühere Ministerpräsident, hat infolge seiner Rückgratlosigkeit alle Autorität verloren, und Christensen, der Freund und Beschützer Albertis, muß sich im Laufe der nächsten Woche vor dem Reichsgericht wegen seiner Handlungen als Regierungschef zugunsten Albertis verantworten. Nun ist es fast ausgeschlossen, daß er verurteilt wird, wenn es auch klar zutage liegt, daß er die Schwindereien Albertis begünstigt hat. Aber durch die Neugestaltungen der inneren politischen Situation, durch die Wiedererlangung der Macht seitens der Liberalen ist eine Verurteilung Christensens ausgeschlossen. Auf alle Fälle ist die Zeit für diesen liberalen Demagogen nun wieder gekommen. Wer wollten die Liberalen auch sonst nehmen? Die liberale Partei ist sehr arm an Köpfen, sie muß Christensen haben, ohne den sie eine ziel- und planlose Bauernpartei ist. Hat doch der König vor nicht ganz einem Jahre selbst gesagt, wenn auch allerdings in einer Zwangslage, daß er Christensen für sehr geeignet halte, im Ministerium zu sitzen. Daran werden sich die Liberalen halten und jeden „Einbruch mit“ dieser königlichen Erklärung abfertigen. Daß dann auch wieder der andre Intimus Albertis, der frühere Minister des Innern, Berg, der mit Christensen vor dem Reichsgericht erscheinen muß und der jetzt von dem Radikalen besiegt wurde, wieder auf dem Ministerstuhle seine politische Auf-erhebung feiern wird, darf ebenfalls als sicher voraus-gesetzt werden.

Daß die verbündeten Radikalen und Sozialdemokraten nicht den geringsten Gewinn an Mandaten zu verzeichnen haben, hat zweierlei Ursachen. Seitens der Gegner wurde eine Agitation geführt, und zwar mit so ver-logenen Mitteln wie niemals zuvor. Zuerst schilderten sie eine Dänemark drohende Invasion seitens Deutschlands so lebhaft, als ob diese schon vor der Tür stünde. Danach hatten bereits geheime Agenten im Auftrage Deutschlands Verhandlungen geführt wegen Ankaufs eines Stück Landes an der Küste in der Nähe Kopenhagens, um so die Möglichkeit einer Landung deutscher Truppen zum Ueberfall Kopenhagens zu bewerkstelligen. In Wirklich-keit waren die Agenten Vertreter einer Kapitalistengesell-schaft, dänische und deutsche, welche dort eine Kalk-brennerei errichten will. Diese und andre Wahllügen machten das Volk ängstlich, aber noch mehr der Sozial-isten schreden, den man den Bauern einzujagen verstand. Scharfweise verließen die Bauern die radikale Partei und stimmten gegen die Parteiparole für den Militarismus. Unter diesen Umständen hatte unsre Partei nur in den drei Kopenhagener Kreisen Vorteil von dem mit den Radikalen eingegangenen Kompromiß. Dagegen haben unsre Genossen überall Stand gehalten, konnten aber in mehreren Kreisen die Flucht der Kleinbauern nicht wettmachen, so daß auch die Radikalen nur auf ihrem alten Stand blieben. Einzig und allein die Disziplin-losigkeit und Fahnenflucht der als radikal geltenden Kleinbauern verursachte das nicht zufriedenstellende Resultat.

Unsre Partei gewann fünf Kreise und verlor ebenso-viel, die Radikalen gewannen 6 und verloren 6, die Kon-servativen gewannen 1 und verloren 8, die Liberalen ge-wannen 13 und verloren 6. Also allein die Konservativen tragen die Wahlkosten. Im ganzen wurden zirka 140 000 Stimmen abgegeben, davon erhielten die Anti-militaristen 160 000, die Militaristen 180 000. Man darf also ruhig behaupten, daß das Land nach wie vor zur Hälfte antimilitaristisch ist, trotz der wüsten Agita-tion der Militaristen.

Aus der verflochtenen Wahl aber werden unsre dänischen Genossen gesehen haben, daß auf Verbündete aus den bürgerlichen Reihen kein Verlaß ist. Selbst wenn die Führer sich die redlichste Mühe geben, die Massen selbst folgen der Parole nicht. Es wird die nächste Aufgabe unsrer dänischen Bruderpartei sein, selbst die Aufklärung der Kleinbauern in die Hand zu nehmen, erst dann kann sie vor einer Fahnenflucht dieser Elemente sich sichern. In Dänemark sind die Kleinbauern der ausschlaggebende Volksteil, wer diesen in seinen Reihen mußern kann, dem gehört die Macht im Lande.

Deutsches Reich.

Das Herrenhaus und die preussische Wahlrechtsvorlage. Am Sonnabend genügte das preussische Herrenhaus der durch die Verfassung vorgeschriebenen Formalität, zum zweitenmal über die Wahlrechtsvorlage abzustimmen. Der Aktus ging glatt ohne Diskussion von statten und ergab die Annahme der Vorlage mit 127 gegen 82 Stimmen. Vor drei Wochen lautete das Stimmen-verhältnis 140 gegen 94 Stimmen, es ist also fast genau das Gleiche geblieben. Nur schwänzten diesmal von der Ja-Seite 13, von der Nein-Seite 12 Mann.

Die Vorlage geht jetzt wieder aus Abgeordneten-haus, das sich am nächsten Freitag mit ihr zu befassen hat, und wo nun die Herren Nationalliberalen Farbe bekennen müssen. Herr Bethmann-Hollweg markiert inzwischen den starken Mann. Er läßt versichern, daß er sich eine Abänderung der Vorlage durch das Ab-geordnetenhaus nicht gefallen lassen wird. — Der gute Bethmann! Was er sich nicht alles einbildet.

Die Hauptversammlung des Deutschen Flottenvereins trat gestern in Berlin zusammen. Der Präsident des Flottenvereins, Großadmiral v. Koester, führte im Bericht unter anderm aus:

In Artikeln mannigfacher Art ist auch die Abrüstungsfrage besprochen worden. Es macht mir aber den Eindruck, als ob die Begeisterung der Anhänger für diese rein individuelle Frage nachzulassen im Begriff sei, und daß man namentlich die prakti-sche Unmöglichkeit einer Einschränkung der Rüstungen mehr und mehr einzusehen beginnt. (Sehr richtig!) Solange das Seebeuterecht und die Blockade noch nicht abgeschafft sind, wird man sich trotz aller möglichen Abkommen, Schiedsgerichtsverträge und internationaler Konferenzen doch nicht in absoluter Sicher-heit bewegen können, wie dies auch in den englischen Parlaments-debatten klar und deutlich zum Ausdruck gebracht ist.

Wir erinnern Herrn Großadmiral v. Koester an den Antrag unsrer Reichstagsfraktion, die noch im Jahre 1909 forderte, daß „eine internationale Verständigung der Mächte zur gegenseitigen Begrenzung der Rüstungen zur See, sowie zum Verzicht auf das Seebeuterecht baldigst in die Wege“ geleitet werde. Auf der letzten internatio-nalen Seekriegsrechtskonferenz in London wurde im ver-flossenen Jahre demgegenüber ein Seebeuterecht geschaffen, das unter dem Vorwande der Kriegstörtenverände über-haupt alle Waren, sogar Chronometer, dem Seebeuterecht unterwirft. Der deutsche Rechtslehrer, Universitäts-professor v. Bar, hatte nun im Dezemberhett der Deu-t-schen Rundschau ausdrücklich festgestellt, daß dieses ungeheuerliche Seebeuterecht zu einer weiteren Ver-mehrung der Flottenausgaben führen müßte und daß die Haltung Deutschlands gegenüber den englischen Ab-rüstungsanträgen diese Verschärfung der Lage verschuldet habe. Wenn also Herr v. Koester gestern versuchte, die Blockade und das Seebeuterecht für die Rüstungen ver-antwortlich zu machen, so hat er damit eben nur die Ver-antwortung der Herrschenden Deutschlands festgestellt.

Nationalliberale in Not.

Eine Vertrauensmännerversammlung der fortschrittlichen Volkspartei in Marbach erklärte die Aufstellung eines eignen Kandidaten bei der Erstwahl im zweiten württembergischen Reichstagswahlkreis für erforderlich. Das Mandat des Kreises wurde durch den Rücktritt des Nationalliberalen Johannes Sieber erledigt. Sieber erhielt in den Stottentottenwahlen 18 767 Stimmen gegen 15 488 Stimmen des Sozialdemokraten. Für das Zentrum wurden damals 98 Stimmen abgegeben. Nach dem Zerfall des Stottentottenblocks erschien der Besitz der Nationalliberalen bereits ernstlich gefährdet, denn neben der vorausschicklichen Vernehmung der sozialdemokratischen Stimmen-zahl, kam nunmehr auch der vorausschickliche Abgang der konservativen Wähler in Frage. Hierzu tritt der Kon-stanz im nationalliberalen Lager und nun die selbständige Kandi-datur der Linkliberalen. Man darf demnach den Kreis mit ziemlicher Sicherheit auf das zukünftige Gewinnkonto der Sozialdemokratie setzen.

Philosophen des Rechts.

Am dritten Tage des Berliner Kongresses der Inter-nationalen Vereinigung für Rechts- und Wirtschaftsphilosophie hielt am Freitag Dr. Gratewold, Berlin einen Vortrag über die Deportationsfrage. Er erklärte, geradezu fasziniert zu sein von dem Gedanken, „unsere Kolonien“ die notwendigen Arbeits-kräfte auf dem Wege der Deportation von Strafgefangenen zuzuführen. Es sei eine Sünde, gegen 100 Millionen jährlich auszugeben für den Strafvollzug, zumal in den Zuchthäusern und Arbeitshäusern nutzlose Arbeit geleistet werde, damit man den freien Gewerben keine Konkurrenz mache. Der Strafvollzug habe vollständigen Scheitern erlitten. Der Vortragende schloß mit der Aufforderung, es möge sich ein Komitee bilden, um die Deportationsfrage zu studieren und auf die Gesetzgebung ein-zuwirken.

Darauf setzte eine interessante Diskussion ein, in der be-sonders der Schriftführer des deutschen Deportationsverbandes, v. Strang, sich hervortat, indem er gegen die Begünstigung der Strafgefangenen protestierte. „Unsere Gefangenen- und Zuchthäuser — also tief der edle Menschenfreund — sind wahre Paläste mit dem herrlichsten Komfort. Wer es bequem haben will, dem kann man nur raten, ins Zuchthaus zu kommen. Er habe es zu Hause nicht so bequem, daß er morgens nur auf einen Knopf zu drücken brauche, dann komme das Klosett angefahren.“ Zu seiner Beruhigung rüdten einige Staats-anwälte und Regierungsräte mit feinen Enthüllungen heraus. Geheimrat v. Knebel-Dörber, der frühere Referent für den Strafvollzug in Preußen, meinte, daß es im Hotel Adlon oder im Hotel Esplanade doch bequemer sei, als im Zuchthaus. Allerdings seien hygienische Einrichtungen in den Zuchthäusern getroffen, sie seien aber sehr notwendig gewesen. Es fehlt den Gefangenen an der notwendigen Körperbewegung. Früher oder später verfallen langjährige Gefangene fast regelmäßig der Tuberkulose. Auch Besserung wird fast niemals erreicht. Das beweisen die vielen Rückfälligen. Als Redner das Zuchthaus zu Nauargard zum erstenmal revidierte, habe er tagelang vor den Bildern menschlichen Elends, die sich ihm dort entrollten, nicht schlafen können.

Schlesische Verfassungsfreiheit.

Das schlesische Paskeregiment, das mit Vollstrecken um-springt wie ein Taschenspieler mit Gummibällen, wird durch die nachstehend wiedergegebenen beiden Kulturdokumente treffend be-schrieben. Unsere Genossen im Reichstagswahlkreis Sauer-Pandshu-Vollstein haben bei der jetzigen Radwahl sehr unter der Vokalabtreiberlei zu leiden. So gut es geht, beifist man sich mit Wählerversammlungen unter freiem Himmel, das

heißt, wenn der preussische Amtsvorsteher keine Erlaubnis dazu erteilt. Das geschieht aber in den meisten Fällen nicht. Auf ein Ge-fuch um Genehmigung einer Wählerversammlung unter freiem Himmel erhielten unsere Genossen das folgende Schreiben des Amtsvorstehers W r i t z a c h in Pransitz:

Auf Antrag vom 10. d. M., am 10. Mai im Rentischschen Garten zu Pransitz eine öffentliche politische Versammlung unter freiem Himmel abzuhalten, erteile ich Ihnen auf Grund des § 7 des Reichsvereinsgesetzes vom 19. April 1908 die poli-tische Genehmigung nicht, weil anzunehmen ist, daß sich in diese Versammlung viele junge, noch nicht wahlberechtigte Per-sonen drängen werden, welche eine Garantie dafür, daß die öffentliche Sicherheit gewahrt bleibt, nicht bieten.

Es bedarf keiner besonderen Bemerkung, daß diese Art „Be-gründung“ nicht weiter ist als eine leuchtende Anrede, um die wahre Absicht, die Verhinderung sozialdemokratischer Ver-sammlungen, zu bemänteln. Auch zu Wählerversammlungen haben natürlich, so gut wie zu allen öffentlichen Versammlungen außer-halb der Wahlzeiten, alle Personen über 18 Jahren, selbst wenn sie nicht wahlberechtigt sind, freien Zutritt; um aus ihrer Teil-nahme eine „Gefahr für die öffentliche Sicherheit“ abzuleiten, muß man schon preussischer Amtsvorsteher sein. Es kam aber noch besser: Da dieser Bescheid durch die Nachsendung an den inzwischen abgereisten Einberufer zu spät in die Hände der Ge-nossen kam, meldeten diese für Sonntag, den 22. Mai, eine neue Versammlung auf demselben Grundstuck an. Diesmal gina von demselben Amtsvorsteher folgender Bescheid ein:

Auf Zuschrift vom 19. Mai meldeten Sie für den 22. d. M. eine politische Versammlung unter freiem Himmel im Rentischschen Garten zu Pransitz an. Hierzu erteile ich Ihnen die Genehmigung nicht aus folgenden Gründen:

Zwischen den Dienstleuten von Pransitz und Mierberg haben in letzter Zeit Zusammenkünfte aller Art stattgefunden, welche in Tätlichkeiten ausgeartet sind. Es ist anzunehmen, daß diese Personen die Versammlung, zu welcher aus Solda-ten und den umliegenden Orten ein stärkerer Zugang zu erwarten ist, als Gelegenheit zu weiteren Heiberien und Stö-rungen benutzen werden und ist deshalb eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit zu befürchten.

Punttum! Die Versammlung ist verortelt und der schlesische Polizeistaat ist wieder einmal gerettet. Natürlich werden die vorgefunden Behörden des Herrn Amtsvorstehers sich nicht dessen originelle Begründung zu eigen machen können. Aber was die Hauptsache ist: ehe die Beschwerte entschieden wird, ist der Wahl-termin vorüber und der beamtete Sozialistenfresser hat seinen Zweck erreicht!

Noch ein andres Polizeistückchen, das ebenfalls die Ver-sammlungsfreiheit im gelobten Lande der preussischen Schlot- und Krantunter trefflich illustriert, sei hier angeführt. Der Amtsvorsteher von D r o s d n i t z, Kreis Rosel (D.-S.), Pächter des fiskalischen Ritterguts, versagte dieser Tage die Genehmi-gung einer Versammlung mit folgender Begründung:

Die Genehmigung wird verweigert, am genannten Tage findet ohnedies das A b l a s s e statt, wo eine große Volks-masse zusammenkommt. Die zu Gebote stehende Polizei ist nicht imstande, alles zu beaufsichtigen.

Der Amtsvorsteher: J a n e t z i.

Auf die wegen der ungeschicklichen Begründung zum zweiten-mal nachgesuchte Genehmigung zur Abhaltung der geplanten Versammlung ging von demselben Herrn Amtsvorsteher dann folgender klassischer Bescheid ein:

Das Verbot der Versammlung am 10. Mai wird aufrecht-erhalten. Die bereits gesagt, findet am 10. Mai hier selbst der A b l a s s statt, der große Menschenmenge zusammenruft. Durch die Ausperrung der Bauarbeiter ist vorauszusehen, daß zu der angemeldeten Versammlung auch eine große Zahl nicht einheimischer Arbeiter erscheinen werden, und sind des-halb ohne Verhinderungen auf der Dorfstraße zu be-sichtigen.

Gegen diese Verfügung kann Beschwerde beim königlichen Landratsamt in Rosel eingelegt werden.

Berlin, 23. Mai. Im Auswärtigen Amt sind die Ratifikationen zum deutsch-portugiesischen Handelsvertrag vom 30. November 1908 ausgewechselt worden. Der Ver-trag tritt mit dem 5. Juni d. J. in Kraft. —

Die neueste Nummer des Reichsgesetzblatts veröffent-licht das Gesetz, betreffend die Verminderung von Doppel-steuerungen bei Heranziehung zu direkten Kommunal-steuern in verschiedenen Bundesstaaten des Deutschen Reichs.

Zurückgepfiffen? Kürzlich wurde gemeldet, daß das Schreckenskind der Zentrumsfraktion, Abgeordneter Erz-berger, in nächster Zeit eine Sensationschrift über die Novemberkrise von 1908 erscheinen lassen werde. Jetzt teilt die Medienburger Warte nach einer Zuschrift von „zuständiger Seite“ mit, daß allerdings eine solche Schrift zu erwarten sei, doch sei nicht der Abgeordnete Erzberger ihr Verfasser.

Es geht aus diesem Dementi nicht hervor, ob nicht Herr Erzberger doch mit dem Erscheinen der Schrift irgendwie in Ver-bingung steht; er braucht ja nicht gerade als Verfasser zu zeichnen. Offenbar hat der vielgeschätzte Zentrumsjournalist von seiner Partei einen Wink bekommen, sich in dieser Frage nicht zu weit vorzuzugew.

Politische Prozesse. Rechtsanwalt Schüdning will jetzt den Oberst Gädde wegen dessen Ausführungen auf dem demokrati-schen Parteitag in Köln verklagen. Auch der frühere Regie-rungsrat Martin beabsichtigt, nach einer Meldung der Welt am Montag, die Königsberger Hartungsche Zeitung zu verklagen, weil diese ihn wegen seines Buches über die „Deutschen Wacht-haber“ dreifache Geschichtsfälschung vorgeworfen hatte. In einer längeren Zuschrift an die Rheinisch-Westfälische Zeitung hält Martin alle seine Angriffe auf die deutschen Diplomaten aufrecht und fordert Bülow und Genossen auf, ihn zu verklagen. Jeden-falls kann die Klage Martins zu interessanten Verhandlungen führen.

Am Prozeß Hellfeld gegen den russischen Botschafter ist wieder eine gerichtliche Entscheidung ergangen. Der Hauptmann o. D. und Waffenhändler Hellfeld hatte bekanntlich wegen einer an-gebliehen Forderung für Waffenlieferung im russisch-japanischen Krieg russisches Geld bei dem Bankhaus Wendelslohn in Berlin pfänden lassen. Das Auswärtige Amt erhob den Kompetenz-konflikt, worauf Hellfeld auf Durchführung des Pfändungsver-fahrens gegen das russische Bankhaus bei dem Hause Wendelslohn klagte. Das Landgericht Berlin I beschloß, dem Antrage des Klägers nicht stattzugeben, da infolge Erhebung des Kompetenzkonflikts das Verfahren bis zur Entscheidung dieses Konfliktes ruhen müsse und über die Zulässigkeit der Erhebung des Kompetenzkonflikts nur dieser Gerichtshof beschließen könne.

Ein Arbeiterkandidat. Im Kreise Bochum wollen die Nationalliberalen, da er für sie doch ein für allemal verloren ist, für die nächsten Reichstagswahlen einen „Arbeiterkandidaten“ aufstellen. Wer zu dieser Ehre des Durchfallskandidaten aus-ersehen war, wurde nicht gesagt, es sollte Stillschweigen darüber beobachtet werden, da sonst die gegnerische Presse voraussichtlich

Aber ihn in ungehörlicher Weise herfallen würde. Nun ist der Name doch bekannt geworden: der sogenannte Arbeiterkandidat ist der Schullehrer Tegender aus Bern, der zugleich Vorsitzender evangelischer Arbeitervereine (Hochmeyer-Aktion) ist.

Zu einem wirklichen Arbeiter reicht's bei den parlamentarischen Geschäftsführern der industriellen Großkapitalisten eben nicht, und wenn sie ihn gleich hätten, dürften sie ihn doch nicht aufstellen.

Abgeblüht. Bei den Breslauer Straßendemonstrationen am 8. Februar war auch der Handlungsgehilfe Schwedt ganz zufällig unter die Demonstranten geraten. Auf dem Christophorusplatz ging die Polizei äußerst rücksichtslos gegen die Demonstranten vor. Im Publikum entstand über das blinde Zuhören der Polizei eine begeisterte Aufregung, die sich in heftigen Rufschreien gegen die jädehshwängenden Helden Luft machte. Das tat auch Schwedt und deshalb wollten ihn zwei Kriminalpolizisten, die sich aber nicht legitimieren wollten, festnehmen. Schwedt wehrte sich mit allen Kräften gegen seine Festnahme und verlangte die Legitimation zu sehen. Einem hinzukommenden Schutzmann folgte Schwedt ohne weiteres zur Wache. Trotzdem die beiden Polizisten nicht gefählich vorgingen, stellten sie dennoch Strafantrag wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt. Das Schöffengericht überzählte sich von dem ungeleglichen Vorgehen der beiden Kriminalpolizisten und sprach Schwedt vom Widerstand gegen die Staatsgewalt frei, weil niemand verpflichtet sei, sich von Zivilisten, die sich nicht legitimieren, abführen zu lassen. Damit er aber nicht ganz leer ausgeht, brante man dem Angeklagten wegen groben Unfugs 6 Mark Strafe auf.

Kleine politische Nachrichten. Die Kommissare, welche von Tunis und der Türkei insolge der Zwischenfälle an der italo-türkischen Grenze zu Ende des vorigen Jahres ernannt wurden, unterzeichneten am 19. d. M. ein Abkommen, welches die Grenzlinie festsetzt. — Der Staatskommissar der bayrischen Bodenkreditanstalt gibt bekannt, daß insolge Differenzen im Aufsichtsrat der Aufsichtsrat seine Stelle niedergelegt hat und die Direktion ihre Stellung kündigt. — Louis Roth, bisher Premierminister der Transvaal-Kolonie, hat den Auftrag, das erste Ministerium der Südafrikanischen Union zu bilden, angenommen.

Persien.

Russische Heere in Persien.

Täbris, 22. Mai. Nach einer Meldung aus Urmia wurden dort orthodoxe Syrier von Persern überfallen, mißhandelt und einige von ihnen in Haft genommen, jedoch später durch die Wache des russischen Botschafts wieder befreit.

Nach Urmia gelangte telegraphisch ein Ruf aus dem Obermusketeer in Rehschah, in dem die Muselmanen zur Beseitigung der dem Scheriat widersprechenden Konstitution aufgefordert werden.

Diese Nachrichten sind handgreiflich darauf berechnet, ein russisches Eingreifen in Persien als im Interesse der Ruhe und Ordnung liegend erscheinen zu lassen.

Belgien.

Die Wahlen.

Brüssel, 22. Mai. Heute fanden zur Erneuerung der Hälfte der Sitze die Wahlen zur belgischen Kammer statt. Gewählt wurde in 85 Bezirken, die bisher vertreten waren durch 50 Liberale, 23 Sozialisten und 12 Katholiken. Die Wahlen fanden in Brüssel, Antwerpen und Namur sowie hauptsächlich in den flandrischen ländlichen Kreisen statt. Bis 16 Uhr abends waren die Resultate aus 9 Wahlkreisen bekannt, in denen 28 Liberale, 12 Liberale und 5 Sozialisten gewählt wurden. Im Kreise Nivelles verloren die Liberalen einen Sitz an das Kartell der Liberalen und Sozialisten.

Brüssel, 22. Mai. Um 11 1/2 Uhr nachts waren folgende Wahlergebnisse bekannt: 40 Katholiken, 17 Liberale, 7 Sozialisten. Ministerpräsident Schollaert wurde in Löwen wiedergewählt. Die Katholiken verlieren einen Sitz.

Türkei.

Steigende Erregung.

Konstantinopel, 21. Mai. Die türkische Presse äußert sich über die Erklärungen des Chefs der provisorischen Regierung Venizelos in der Nationalversammlung sowie über die Ausschließung der Mohammedaner von der Nationalversammlung sehr erregt. Man betont, namentlich sei der Moment gekommen, wo die Osmanen sich selbst ihr Recht verschaffen müßten. Die türkische Flotte müsse sofort in der Subad anlaufen und den Kretern ein Ultimatum stellen. Der nach Smyrna gesandene Rusfi von Kania hat den Sultan telegraphisch die Souveränitätsrechte der Türkei zu mahnen. Der Rusfi richtete ferner im Namen der Mohammedanischen Union Krete an die Albanesen einen Appell in welchem er diese auffordert, ihren kretischen Glaubensbrüdern zu Hilfe zu eilen. Einen ähnlichen Appell richtete der Rusfi an alle türkischen Wilajets. Auf der Insel Rhodos fing man an, die griechischen Waren zu boykottieren.

Konstantinopel, 21. Mai. Wie der Junge Turc meldet, hat die Regierung ein Pferdeausfuhrverbot erlassen.

Die Pforte drängt auf Entscheidung.

Konstantinopel, 21. Mai. Die Note der Botschafter der Krete-Schutzmächte ist von der Pforte mit Verdringung angenommen worden, weil der Standpunkt der Pforte anerkannt wird, wonach nicht der Status quo von 1908, sondern derjenige maßgebend ist, der bei Zurückziehung der türkischen Truppen im Jahre 1898 zwischen der Pforte und den Mächten vereinbart wurde. Die Pforte hat ihre Botschafter beauftragt, die Aufmerksamkeit der Schutzmächte auf die Ankündigung von Venizelos betreffend Bildung einer Armee und die Verschmelzung der Kretabank mit der Griechischen Nationalbank zu lenken. Nach Mitteilungen der Regierung herrscht bei den Schutzmächten die Meinung vor, daß der Zeitpunkt für eine definitive Lösung der kretischen Frage gekommen sei. Nach Ansicht der Regierung ist dies nur auf Grund einer weitgehenden Autonomie möglich. Die türkische Flotte ist in See gegangen, sie soll nach Schließungen im Marmara-Meer nach dem Archipel dampfen und dort kreuzen.

Südamerika.

Belegung der Grenzstreitigkeiten zwischen Peru und Ecuador.
Washington, 21. Mai. Peru hat den von den Vereinigten Staaten, Brasilien und Argentinien ausgehenden Vorschlag, der eine freundschaftliche Bellegung der Grenzstreitigkeiten zwischen Ecuador und Peru anstrebt, angenommen. Die Regierung von Ecuador hat dem Staatsdepartement mitgeteilt, daß sie den Vermittlungsvorschlag in dem Grenzstreit mit Peru annehme.

Sächsische Angelegenheiten.

Nationalliberale Enthüllungen.

Der aus der nationalliberalen Landtagsfraktion ausgeschiedene Abgeordnete Merkel hat eine neue Erklärung in Form eines Flugblattes verbreitet, die für immer einen interessanten Beitrag zur Geschichte des sächsischen Nationalliberalismus bilden wird, weshalb wir sie auch hier trotz ihrer Länge im wesentlichen wiedergeben wollen. Herr Merkel schreibt: „Mein Austritt aus der nationalliberalen Landtagsfraktion ist erfolgt, weil die Fraktionsleitung dem gemäßigten (!) Liberalismus der Regierung gegenüber keine Geltung zu verschaffen wußte, und weil in der Fraktion von Liberalismus

schließlich nicht viel mehr zu spüren war. Zu Beginn der Session, als mehrere Minister des Nationalliberalen Schatz zu Leibe gingen, hat es an schönen Vorfällen nicht gefehlt, aber zu guter Letzt war alles wieder vergeben und vergessen. Man wußte stets mutig zurück und konterbarte alles, was die Regierung wünschte, sobald sie nur mit Nachdruck auf ihrem Willen bestand. . . . Schon von Anfang der Session an bestand eine Art dröhnige elektrische Verbindung zwischen der Regierung und der Führung der Fraktion. Diese Verbindung ist im Laufe der Session nicht außer Tätigkeit gekommen. Kurz und gut, die Regierung machte trotz des angedrohten Konflikts keinerlei Konzessionen wegen einer Reorganisation der Ersten Kammer, und der Erfolg dieser Verneinung war die Annahme der Kapitel über Orden und Gefandtschaften durch die Nationalliberalen. Nur wenige Mitglieder stimmten dagegen. Wegen der Notwendigkeit und Nützlichkeit besonderer sächsischer Gefandtschaften in Wien, München und bei den sächsischen Staaten hatte der Minister in der Deputation vorträge gehalten. Die Tendenz derselben war summa summarum: „Der trotzgehaltene sächsische Partikularismus, er ist noch nicht gestorben, er lebet noch.“ Das genügt den Nationalliberalen, zu erklären: die Ausführungen des Ministers haben uns überzeugt und bestimmt, nunmehr die Ausgaben für die Gefandtschaften zu bewilligen.“

Herr Merkel verwarf sich dann dagegen, daß ihn nicht politische und sachliche, sondern persönliche Gründe zum Austritt aus der Fraktion bewogen hätten, und fährt dann fort:

„. . . Erst der fortgesetzte Unfall der Fraktion und die offene zutage tretende Plebeienerei der Parteilisten gegen die Regierung und die Konserwativen haben mir schließlich den Austritt diktiert. Ich ward zuletzt als liberaler Mann durch mein Gewissen gedrängt, meiner Wege zu gehen. . . . Der Zeitpunkt meines Austritts ist nur auf Rücksichten gegen die Gesamtpartei zurückzuführen. Der Austritt stand für mich seit Wochen unabänderlich fest. Ich hätte bereits am 9. November 1908 Ursache gehabt, politischen Gründe wegen aus der Fraktion auszuscheiden, als sich Mitglieder des Landesvorstandes in die Besetzung der Kammer im Landtage einmischen wollten, nachdem sie kurz vorher im Ständehaus ein geheimes Konzium mit wenigen bevorzugten Mitgliedern der Landtagsfraktion geschlossen hatten. Ich habe die von einer Anzahl Mitgliedern des Landesvorstandes zu Beginn des Landtages sozusagen andenkenswerte Wahl des Abg. Heitner zum Landtagspräsidenten, soweit es in meinen Kräften stand, verhindert und mir von Stunde an die Unnade dieser hohen Herren zugezogen. Ich habe die Wahl sowohl im Interesse der Person des Abg. Heitner, als auch im Interesse der Partei verhindert. Im vorausgegangenen Landtage war Abg. Heitner heftigen persönlichen Angriffen seitens der konservativen Presse ausgesetzt gewesen. Eine Wiederholung dieser verächtlichen Angriffe mußte dem nationalliberalen Landtagspräsidenten erspart bleiben. Aber auch der Wahl Heitners zum ersten Vorsitzenden der Landtagsfraktion habe ich mich widersetzt, weil ich voraussetzte, daß die Partei unter seiner Führung nicht glänzend fahren werde. Alle diese Vorgänge mögen zusammengekommen manchem erklären. Ich habe als ehrlicher Mann das Interesse der Partei ungenügend vertreten. Mit meinen Absichten bin ich größtenteils nicht durchgedrungen.“

„Was die Wahl des Vorsitzenden der Finanzdeputation B anbelangt, so ist es bekanntlich Parlamentsgebrauch, die von den anderen Fraktionen zu einem Amte präsentierten Persönlichkeiten widerspruchlos zu akzeptieren, sobald einmal die Verteilung der einzelnen Kammer unter die verschiedenen Fraktionen feststeht. Ich war von der Fraktion zum ersten Vorsitzenden der Finanzdeputation gewählt worden, aber ich wurde es nicht, weil die nationalliberale Fraktionsleitung weder die freisinnige Volkspartei, noch die Sozialdemokraten von der Präsentation meiner Person zum Vorsitzenden der Finanzdeputation B unterrichtet hatte. . . . Meine Anträge gingen in der Fraktion von Hand zu Hand, bis schließlich niemand mehr wissen wollte, wo sie eigentlich waren. Erst nach öfteren erfolglosen Bitten und schließlich auf schriftliches Ersuchen gelangten sie gegen Schluß des Landtages endlich wieder in meine Hände.“

Herr Merkel stellt weiter fest, daß er nur einmal, und zwar bei der allgemeinen Etatberatung, als Redner „dritter Güte“ „in Aussicht genommen“ worden sei. Heute sei es ausgeklärt, warum er nicht zum Fraktionsredner bestimmt worden sei: weil er nämlich der Fraktionsleitung zu oppositionell war. Abg. Heitner nannte mich einen alten 1848er Demokraten. Anfänglich habe ich nicht darauf geachtet, daß ein großer Teil meiner Fraktionskollegen den Saal mied, wenn ich zum Worte gelangte, daß ich mir selbst verhasst war. Erst von Banknachbarn bin ich dann auf dieses Gebaren aufmerksam gemacht worden, und ich finde es heute auch sehr erklärlich, nachdem mir Opposition „quand même“ aus den Kreisen meiner früheren Fraktionskollegen öffentlich vorgehalten wird. Man wollte vermutlich durch die Abwesenheit bei meinen Reden der Regierung zeigen, daß ich nicht im Auftrage der Fraktion, sondern nur für meine Person sprach. Einen roten Zeitel, wie das einem andern Kollegen geschah, wagte man mir während meines Vortrages doch nicht auf das Pult zu legen. Mir hat die Abwesenheit meiner Kollegen keinen Eintrag getan.

„Die Deutsche Tageszeitung veröffentlichte unterm 18. Mai, nachdem sie die vorstehende Ausführung der nationalliberalen Fraktionsleitung als gewundene Gegenerklärung hinstellt, folgendes: „Es ist jetzt bekannt geworden, daß der Herr, der die Mitteilung in die Böhmische Zeitung und in die Leipziger Neuesten Nachrichten gebracht hat: die nationalliberale Fraktion werde die beiden Staatstitel Orden und Gefandtschaften ablehnen, der Vorsitzende der nationalliberalen Fraktion, Herr Heitner selbst war! Er hatte sich am Abend des betreffenden Tages sogar nochmals erkundigt, ob die Nachricht auch schon den beiden Zeitungen übermittelt worden sei.“ Diese interessante Enthüllung bedarf keines weiteren Kommentars.“

„So arbeitete die nationalliberale Fraktionsleitung, und dabei erlaubt sie sich, mich der Verbreitung falscher Angaben zu bezichtigen. Mir fehlt der parlamentarische Ausdruck für eine solche Handlungsweise und damit schließe ich. Hätte man mich in Ruhe gelassen, hätte man mir nicht falsche Motive untergeschoben, von meiner Seite wäre kein Wort in die Presse gekommen.“

Den Kommentar zu diesen Enthüllungen, die gar keine Enthüllungen sind, bringen wir in der nächsten Nummer.

Der naive Langhammer.

Herr Abg. Langhammer versendet an die Presse folgende Erklärung der — Tag: „Wir haben Kenntnis von den Vorwürfen, die seit Januar 1909 unangekündigt gegen Herrn Langhammer anlässlich des Verkaufs seiner Fabrik an die Zapeten-Industrie-Gesellschaft von verschiedenen Seiten erhoben worden sind. Auf Grund unserer genauen Sachkenntnis und noch maliger Prüfung des Sachstandes erklären wir, daß die gegen Herrn Langhammer erhobenen Vorwürfe, u. a., daß er von und „gekauft“ worden wäre, unrichtig sind. Der Verkauf seiner Fabrik vollzog sich vielmehr nach streng soliden, kaufmännischen Grundregeln, insbesondere auf Grund vorliegender Taten. Wir sind auch der Ueberzeugung, daß er sich weder vor noch während, noch nach den Verkaufsverhandlungen einer Handlung schuldig gemacht hat, die vom kaufmännischen oder moralischen Standpunkte aus anfechtbar gewesen wäre. Im Gegenteil, nach dem Verkauf hat er erfolgreich mitgewirkt (?), zwischen der Zapeten-Industrie-Aktien-Gesellschaft und den Mitgliedern des Vereins Deutscher Zapetenfabrikanten sowie der Händlerschaft ein „Kartell“ zustande zu bringen. Dieses Kartell ist auf derselben Grundlage aufgebaut, wie dasjenige des früheren Vereins Deutscher

Zapetenfabrikanten, dem Herrn Langhammer seinerzeit länger als zehn Jahre ehrenamtlich und erfolgreich, zum Nutzen der ganzen Zapetenbranche, vorgestanden hat.“

Diese Erklärung ist gezeichnet: Berlin, den 18. Mai 1910. Zapeten-Industrie-Aktien-Gesellschaft: Thomas. Sie ist ganz zweifellos bestellte Arbeit und hat deshalb nicht die geringste Bedeutung und ist deshalb natürlich auch nicht im geringsten geeignet, Herrn Langhammer zu entlasten. Das hätte sich Herr Langhammer auch sagen können.

Archäologische und „verschleierte“ Bettelei.

Der christliche Staat wird wieder einmal durch eine Verhandlung vor dem Schöffengericht zu Dresden gegen einen armen Krüppel, der wegen Bettelns verhaftet war, beleuchtet. Der Angeklagte, ein in den zwanziger Jahren stehender Mann, hat beide Beine erfroren und muß nun auf Stelzen durch das Leben humpeln. Ein trauriges Los, das das Mittelstadium jedes Menschen erwecken müßte. Der Krüppel muß sich sein Brot verdienen, obwohl Tausende mit gefunden Gliedern nach einer Arbeitsgelegenheit auspähen. In den kältesten Wintertagen sah man ihn mit seinem Strohholzflecken an der Hauptpost stehen. Manche gab ihm hin und wieder einige Pfennige, ohne Waren zu entnehmen. Eines Tages vollerte er die Prager Straße, hin und wieder stehen bleibend, um sich auszuruhen. Mitleidige Menschen gaben ihm ein Almosen. Die Polizeidirektion schickte ihm dafür aber eine Strafverfügung über 7 Tage Haft, gegen die er richterliche Entscheidung beantragte. Der Genarm, der ihn angezeigt hatte, bestätigte, daß der Mann den Passanten weber den Hut noch die Hand hingehalten habe, um sie zur Hergabe der Almosen zu veranlassen. Die Geber hätten dies aus freien Stücken getan. Bei der Polizei seien aber Beschwerden darüber eingelaufen, daß sich der Krüppel auf der Prager Straße mit seinen Strohholzflecken aufhalte, und deshalb habe er die Weisung erhalten, den Mann anzuzeigen. Das Gericht erwiderte schon allein in der Annahme von Geschenken den Tatbestand des Bettelns. Wenn der Angeklagte auch die Passanten nicht um milde Gaben angeprochen oder sie durch entsprechende Gebärden zur Hergabe von Geschenken veranlaßt habe, so habe er doch durch sein fürsperliches Gebahren die Aufmerksamkeit des Publikums auf sich gezogen. Das sei nichts anderes als „verschleierte Bettelei“. Da der Angeklagte aber in einer Notlage gehandelt haben mag, habe das Gericht die Strafe auf vier Tage ermäßigt.

So gesehen im Zeitalter der Humanität im „christlichen“ Kulturstaate Sachsen!

Internationales Eisenbahnerrecht. Der Reichsanzeiger berichtet: Der anerkannt glänzendste Einfluß, den das internationale Uebereinkommen vom 14. Oktober 1890 auf den europäischen Güterverkehr ausgeübt hat, liegt den Gedanken nahe, auch den Personen- und Gepäckverkehr auf den Eisenbahnen international zu regeln. Die hieraus gerichteten Bestrebungen, die bis zum Jahre 1898 zurückreichen, haben zwar von vornherein allseitig Anklang gefunden, vermochten indes bisher ein greifbares Ergebnis nicht zu zeitigen. Neuerdings ist in der Angelegenheit ein bedeutender Schritt vorwärts getan. Der schweizerische Bundesrat hat durch das Zentralamt für den internationalen Eisenbahntransport den Entwurf eines internationalen Uebereinkommens über den Personen- und Gepäckverkehr aufstellen lassen und, nachdem sich die beteiligten Staaten mit der Beratung einverstanden erklärt hätten, zu einer Konferenz nach Bern eingeladen, die voraussichtlich im nächsten Frühjahr zusammentreten wird. Bei dem Wohlwollen, das ausnehmend alle Staaten der Sache entgegenbringen, darf man hoffen, daß die Beratungen zu einem befriedigenden Ergebnis führen werden. Zu dem schweizerischen Entwurf sind von deutscher Seite Vervollständigungsvorschläge in Aussicht gestellt worden, die das Reichseisenbahnamt inwieweit im Benehmen mit den beteiligten Ressorts ausgearbeitet hat. Den geänderten Entwurf hat das Amt, wie wir erfahren, vor kurzem den meistbeteiligten Bundesregierungen zur Prüfung überandt, ihn auch dem Deutschen Handelsrat und andern Vertretungen von Handel, Industrie und Landwirtschaft mitgeteilt, um den Interessen schon jetzt Gelegenheit zu geben, sich über die für unser Verkehrsleben bedeutsame Angelegenheit zu äußern.

Der sächsische Oekonomierat. Im Bezirksausschuß der Amtshauptmannschaft Chemnitz kam gelegentlich der Beratung von Elektrizitätslieferungsverträgen der Gemeinden Niederdorf und Reinerdorf mit der Zwifauer Elektrizitäts- und Straßenbahngesellschaft auch eine den Gemeinden günstige Bestimmung mit zum Vortrage. Danach sollten die Gemeinden 5 Prozent von der Höhe der Abrechnung erhalten, wenn die Einnahme den Betrag von 25 000 Mark jährlich übersteige. Hierzu bemerkte Herr Oekonomierat Schubert auf Cuba, der frühere Landtagsabgeordnete, daß die Elektrizitätsgesellschaften den Gemeinden, bezw. den Abnehmern von Elektrizität eine indirekte Steuer auferlegen, von der sie erst bei einer gewissen Höhe der Einnahmen einen kleinen Teil zurückgewähren. Sie seien die Herren in den Gemeinden, sobald diese erst die langfristigen Verträge eingegangen seien. Die Gemeinden „huppten“ eben zu schnell. Und dann ging es los. Er bemerkte, daß der elektrische Punkt von oben herab gekommen sei, ohne elektrisches Licht ginge es gar nicht mehr, das koste den Gemeinden einen Haufen Geld, die Steuern würden immer höher auf. Sein ehemaliger Landtagskollege, Fabrikant Merkel, in Rabenstein, hielt ihm entgegen, daß zum Segen des Kleingewerbes doch auch elektrische Motoren angeschlossen würden und dadurch die elektrische Kraft auch dem Mittelstande dienstbar gemacht werde; dieser Vorteil sei nicht zu unterschätzen. Und der Vorsitzende bemerkte, daß diese Bestimmung über die Rückvergütung doch günstig für die Gemeinden sei und diese die Rückvergütung gut und gern mitnehmen könnten. Das wollte dem Herrn Oekonomierat aber nicht einleuchten. Man tat ihm schließlich den Gefallen, die Beschlußfassung über die Verträge auszusetzen, um sie erst durch einen Sachverständigen prüfen zu lassen. Als der Herr Oekonomierat noch im Landtage saß, war er nicht so ängstlich wegen der Steuererhöhung; da hat er mit beschloffen, den Prozentsatz Einkommensteuerausgleich zu verweigern. Bei der letzten Wahl befand er sich mit unter den hinausgewählten Reaktionären.

Sächsische Eisenbahnfinanzen. Die vorläufig festgestellten Verkehreinnahmen der sächsischen Staatsbahnen im Monat April 1910 betragen 12 808 800 Mk. oder 559 200 Mk. mehr als im gleichen Monat des vergangenen Jahres, wovon 4 051 800 Mk. (891 400 Mk. weniger) auf den Personenverkehr und 8 847 000 Mk. (950 000 Mk. mehr) auf den Güterverkehr entfallen. Die gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres im Personenverkehr eingetretene Mindereinnahme beruht darauf, daß das Osterfest mit dem herkömmlich starken Verkehr 1909 in den Monat April, dieses Jahr aber in den März fiel. Ungünstig beeinflusst wurde der Personenverkehr im April d. J. weiter durch die wenig guten Witterungsverhältnisse. Die Mehrereinnahme im Güterverkehr ist zu einem Teil auf allgemeine Steigerung des Verkehrs, zum andern darauf zurückzuführen, daß wegen des Osterfestes in den April dieses Jahres zwei Werktage mehr fielen als in den gleichen Monat des Vorjahres. Die Gesamteinnahme der sächsischen Staatsbahnen vom 1. Januar bis 30. April d. J. betragen nach vorläufiger Feststellung 49 084 441 Mk. mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Hierzu trugen der Personenverkehr 15 957 188 Mk. (1 500 000 Mk. mehr) und der Güterverkehr 33 127 253 Mk. (2 005 600 Mk. mehr) bei.

Dresden. Durch eine Verordnung der Kreisbauernschaft wird das Ausverkaufswesen neu geregelt. Hiernach ist vor der Ankündigung eines jeden Ausverkaufs bei der Ortspolizeibehörde über den Grund des Ausverkaufs und den Zeitpunkt seines Beginns Anzeige zu erstatten, sowie ein genaues Verzeichnis der auszuverkauften Waren einzureichen, dessen Einsicht jedermann gestattet ist. Auf Caiffon- und Inventurausverkäufe, die in der Ankündigung als solche bezeichnet werden und im ordentlichen Geschäftverkehr üblich sind, finden diese Vorschriften keine Anwendung. Die Ausverkäufe sind nur in der Zeit vom 1. Januar bis mit 15. Februar und vom 1. Juli bis mit 15. August statthaft. Die Dauer eines jeden Ausverkaufs darf einen Zeitraum von vierzehn Tagen nicht überschreiten.

Neuauflage. Der Stadgemeinderat hat kürzlich den Buchdruckerfaktor Römer zum Bürgermeister gewählt, obgleich sich auf die öffentliche Ausschreibung eine große Anzahl beruflicher Bewerber gemeldet hat. Die Wahl ist wahrscheinlich erfolgt, weil man mit dem letzten Bürgermeister, der ebenfalls Buchdrucker war, gute Erfahrungen gemacht hat.

Kleine Nachrichten aus dem Lande. Durch niedergehende Kohle vermindert und getrübt wurde auf dem Zittauer Kohlenfeld Gottes Segen der Firma Buchheim u. Reipnitz der 27 Jahre alte Bergmann Max Klinger aus Oberdorf. — Am Freitag hielt im Niederdorf zu Ebersbach ein Grünzeughändler mit einem geborgten Pferd (Schimmel) eines Freundes, um eine Pferdefuhrte auszuführen. Als der Schimmel angeschirrt dastand, begab sich der Grünzeughändler nochmals ins Haus zurück. Bei seiner Rückkehr erwartete ihn ein unerwarteter Anblick, aus dem Schimmel war ein Knappe geworden. Das Tier war schließlich unruhig geworden und war mitsamt dem Wagen in die dicht vorüberfließende Spree gefloren. Der Fall ist weniger wegen dieser Farbenänderung, als wegen der Schüsse, die sich aus dem Vorgang auf die Verunreinigung der Flüsse ziehen lassen, bemerkenswert. — Ein vermählter Lehrer, für dessen Aufführung von seinen Angehörigen in Dresden eine größere Belohnung ausgesetzt worden war, ist in der Nähe auf Blau Weiser Kirch als Leiche aufgefunden worden. Er hatte vor etwa drei Wochen seine Wohnung verlassen und war seitdem nicht wieder gesehen worden. Der Tod seiner erwachsenen Tochter und Krankheit seiner Ehefrau hatten den Unglücklichen schwer mütig gemacht. — Beim Inneanstrich eines Dampffessels in der Automobilfabrik zu Zeuzen bei Meißen verunglückten zwei Arbeiter dadurch, daß die in dem Kessel angeammelten Gase durch die bei der Arbeit verwendete Laterne zur Explosion gebracht wurden. Durch diese trug der eine der Arbeiter ganz erhebliche Brandwunden an den Beinen, Armen, der Brust und am Halse davon, während die Verletzungen des andern nicht so gefährlicher Natur sind. — In Laura bei Burgstädt scheuten die Pferde des Outobestigers G. Raumann vor einem herannahenden Automobilomnibus und gingen durch. Raumann, der vorher abgestiegen war, um die Pferde zu führen, blieb im Gestränge hängen und wurde dabei in gefährlicher Weise verletzt; der Hinterkopf war vollständig zerschlagen, die Glieder waren sämtlich gebrochen, so daß der Bedauernswerte, ein hoher Schläger, bald verstarb. Die scheuen Tiere wurden ohne Mühe aufgehallen.

Hus den Nachbargebieten.

Konsumvereinsbekämpfung durch Handelskammern.

Wie schon so viele andre Handelskammern, haben auch die beiden Handelskammern in Sildburghausen und in Reiningen Eingaben an das sachsen-meiningische Ministerium ausgearbeitet, worin u. a. hervorgehoben wird, daß seit dem Jahre 1895 im Herzogtum sich die Zahl der Konsumvereine mehr als verdoppelt, ihre Mitgliederzahl sich verdreifacht und ihr Umsatz sich vervierfacht hat. Die Kaufmannvereine haben sich in derselben Zeit fast verdoppelt, ihr Umsatz in Kolonial- und andern Waren ist nahezu auf das Neunfache gestiegen. Die Handelskammern müßten jedoch auch feststellen, daß die Zahl der im Hauptberuf tätigen Waren- und Produzentenhändler sich um den sechsten Teil und die Zahl der im Nebenberuf Tätigen sich um fast das Doppelte vermehrt hat. Während in dieser Zeit eine Bevölkerungszunahme von 12.89 Prozent eingetreten war, ist eine Zunahme von 29 Prozent der Kleinhandlöhler festzustellen gewesen. Trotzdem fordern die Handelskammern von der Regierung ein Verbot der Beteiligung von Beamten an der Verwaltung und Geschäftsführung der Konsumvereine und Einführung von Normalbestimmungen für den Geschäftsbetrieb der Konsumvereine unter staatlicher Kontrolle.

Nichts ist besser geeignet, das Ungerechtfertigte der ständigen Klagen des Kleinhandels über die Konkurrenz der Konsumver-

eine darzutun als die Tatsache, daß 1895 der Entwicklung der Konsum-, landwirtschaftlichen und Handwerkerergenschaft die Zahl der im Hauptberuf tätigen Waren- und Produzentenhändler im Herzogtum Meiningen von 1895 bis 1907 sich um 20 Prozent vermehrt hat, während die Bevölkerungszunahme nur 12.89 Prozent betrug. Die Verwaltungen der meiningischen Konsumvereine werden sich diese Zahlen gut merken und sie bei ihrer Abwehr gegen die Annahmen der Krämer gebührend verwenden.

Eisenach. Dem Schulvorstand ist eine Vorlage zugegangen über die Einführung der allgemeinen Fortbildungsschule für Mädchen nach dem Vorbild Jena's. Danach sollen alle im Gemeindebezirk wohnenden oder beschäftigten Mädchen verpflichtet sein, nach Vollendung des volksschulpflichtigen Alters zwei Jahre lang die Mädchen-Fortbildungsschule zu besuchen. Befreit vom Besuch der Schule sollen die Mädchen bleiben, die nachweisen können, daß sie schon eine Bildung erlangt haben, die dem Lehrziel der Fortbildungsschule entspricht oder darüber hinausgeht oder aber, die das Lehrziel durch andre Unterrichtsanstalten oder durch Privatunterricht erlangen.

st. Aus Sachsen-Weimar. Die milde Stiltungen entstehen, zeigt die im Lande von den Gemeinden zusammengekauften „Spende“ anlässlich der Wiederverheiratung des Großherzogs. 134452 Mk. sind zusammengekauften, vom Großherzog und seiner Frau ist die Summe auf 200000 Mk. erhöht worden und soll nun als Wilhelm-Ernst-Feodoren-Stiftung zur Förderung „wohlthätiger und gemeinnütziger“ Zwecke verwendet werden.

Gotha. Durch den Fortgang des Landtagsabgeordneten und Redakteurs des Gotha'schen Volksblattes, des Genossen Joss, war im Wahlkreise Gräfenroda eine Nachwahl nötig geworden. In dieser ist wieder ein Sozialdemokrat gewählt worden. Von 42 Wahlmännern gaben 36 ihre Stimme für den Geschäftsführer Kühn-Vera ab, der somit gewählt ist.

Sof. Am Freitag nachmittag zwischen 3 und 4 Uhr wollte der Fabrikdirektor Georg Müller in Helmrechts hierher fahren. Zwischen Neupoldgrün und Wölbattendorf, bei einer starken S-Kurve der Straße, gelang es dem Chauffeur nicht mehr, mit dem Wagen herumzukommen. Er fuhr in den Graben, wobei das Automobil gegen eine Telegraphenstange stieß. Direktor Müller, der aus dem Automobil springen wollte, wurde dabei an die Stange geschleudert, und es wurden ihm Arme und Beine gebrochen. Außerdem erlitt er im Unterleib schwere Verletzungen und starb nach einer Viertelstunde. Die andern Insassen, der praktische Arzt Dr. Reukbörfer und der Kaufmann Georg Lent aus Helmrechts, die auch heraufgeschleudert wurden, kamen mit ganz geringen Verletzungen davon. Der Wagen, der erst tags zuvor angeschafft worden war, wurde zertrümmert. Es war seine erste und letzte Fahrt.

Gerichtslaal.

Landgericht.

Wechselfälscher. Der 37 Jahre alte Schmied und Gastwirt Emil Franke aus Volkmarndorf, der drei Wechsell in Gesamthöhe von 3000 Mk. ausgefälscht und den Namen seines Schwagers, des Gutsbesizers B. in Müllich eigenhändig zum Akzept benutzt hatte, wurde wegen Urkundenfälschung zu sechs Monaten Gefängnis und zwei Jahren Ehrverlust verurteilt.

Eindbrecher und Fehler. Auf der Anklagebank saßen während zweier Tage fünf Personen, um sich wegen mehrerer schwerer Diebstähle und Hehlerei zu verantworten. Angeklagt waren: der Schlosser Bruno Wilhelm Alexander Krause, der Dachdecker Hermann Robert Claus, der Arbeiter Bruno Richard Herzog, die Witwe Kuhn und deren Tochter Frau Hartmann. Den Angeklagten werden Einbrüche in Wohnungen in Dessau, in der Kaiser-Wilhelm-Straße, und in Villen in der Lindhardt zur Last gelegt. Der Wert der gestohlenen Gegenstände, meist Bettwäsche, wird auf weit über 2000 Mk. geschätzt. Die Verhandlung ergab nicht in allen Punkten den schlüssigen Beweis für die Schuld der Angeklagten, weshalb sie teilweise von den ihnen zur Last gelegten Vergehen freigesprochen wurden. Es wurden verurteilt: Krause zu drei Jahren einem Monat Zuchthaus, fünf Jahren Ehrenverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht, Claus erhielt vier Monate Gefängnis, Herzog eine Woche Gefängnis. Frau Kuhn wurde zu drei Monaten und Frau Hartmann zu zwei Wochen Gefängnis verurteilt.

Eine äußerst durchschlagende Wirkung erzielte der Fleischer Alfred Schw., der bei einer Christbescherung, die die Freie Vereinigung der Fleischergehilfen im Eldorado am Hohnenjahrstag feierte, einige Billen mit Abführwirkung in den Wein tat. Die Billen wirkten denn auch nach kurzer Zeit berartig durchschlagend, daß die ganze Gesellschaft krank wurde und einzelne Mitglieder sich nicht getrauten, die verschwiegenen Dertex zu verlassen. Ein junges Mädchen, das besonders hart mitgenommen war, hat die Sache angezeigt und Schw. wurde wegen Nahrungsmittelfälschung und fahrlässiger Körperverletzung angeklagt. Er wurde wegen des üblen Scherzes zu dreißig Mark Geldstrafe verurteilt.

Unrettbar verloren. Der 48 Jahre alte Buchhändler Oskar Richter hat wegen einer Anzahl Betrügereien bereits viele Male Strafen, darunter auch langjährige Zuchthausstrafen erlitten. Am 4. September v. J. hatte er abermals das Zuchthaus verlassen und war mit 11 Mark Bargeld nach Leipzig gekommen. Es war ihm zwar gegliickt, eine schlecht bezahlte Arbeitsstelle zu bekommen, aber wegen eines anonymer Briefes glaubte sein Unternehmer ihn wieder entlassen zu müssen, da er dem alten Zuchthäuser nicht traute. Zwar beschäftigte er ihn vorläufig noch mit Adressenschreiben, aber der dabei erzielte Verdienst war so gering, daß R. Schulden machen mußte und schließlich nicht aus noch ein wußte. Nun verfiel der Mann wieder in seine alten Fehler. Er versuchte in fünf Fällen durch schwindelhafte Angaben sich in den Besitz von Büchern zu setzen, um durch deren Verkauf zu Gelde zu kommen. Weiter hat er eine Provision von 50 Mk. dadurch erschwindelt, daß er einen Buchhändler in Schleußig, für den er Inserate sammelte, fingierte Aufträge übermittelte. Als die Betrügereien R. ans Tageslicht kamen, wurde er verhaftet. Bei seinem ersten Verhör verschwie er seine Vorstrafen. Vor dem Gericht nach dem Grunde hierfür gefragt, meinte der Angeklagte, der Herr Untersuchungsrichter sei so freundlich zu ihm gewesen, deshalb habe er sich geschämt, seine Vorstrafen einzugestehen. Der Mann, dem nun abermals eine lange Freiheitsstrafe bevorstand, weinte über sein verlorenes Leben, über sein Schicksal, das zum Teil durch eigene Schuld selbst geschmiedet, mit dem seine Person zum andern Teil aber unabwendbar verketet ist. Der ehemalige Zuchthäuser gilt eben als vogelfrei und er wird in der Regel nach dem Lauf der Dinge in der bürgerlichen Gesellschaft nach kurzem Widerstand wieder hinter die Gefängnismauern verbannt. So erging es auch dem R., der unter Annahme mißdeutender Umstände zu zwei Jahren vier Monaten Gefängnis verurteilt wurde. Wenn der Mann nach zwei Jahren wieder in die Freiheit zurückkehrt, so beginnt das traurige Spiel selbstverständlich von neuem, vorausgesetzt, daß der Mann nicht inzwischen verblödet und in einer Irrenanstalt seine Tage beschließt.

Falsche Beurkundung. Der Brandversicherungsinspektor Ernst Paul Kaldrack in Leipzig hatte im Auftrage der Dresdner Brandversicherungskammer Grundstücke abzuschätzen und zu katastrieren. Für seine Bemühungen bei entfernter gelegenen Grundstücken standen ihm Kilometergelder zu, die er natürlich auch liquidierte. Aber es wird ihm zum Vorwurfe gemacht, daß er diese Kosten, damit es besser aussehe, auf verschiedene Tage verteilt hat, während er nach Vorschrift hätte genau die Tage angeben müssen, an denen er die Katastrierungen vorgenommen hat. Von Betrügereien ist sonach keine Rede, wohl aber von Frisierungen der Einschätzungsprotokolle, die als öffentliche Urkunde im Sinne von § 348 St.-G.-B. anzusehen sind. Der Angeklagte gab zu seiner Entschuldigung an, daß er stark nervös gewesen sei infolge von Ueberarbeitung, die sich notwendig

Kaufhaus Gebr. Joske

SONDER-ANGEBOT

Damenhüte und Blumen

Wir hatten Gelegenheit, einen grossen Posten Damenhüte und Blumen ganz besonders billig zu erwerben und stellen diese von Montag zu folgenden enorm niedrigen Preisen zum Verkauf:

Ein grosser Posten	Hutformen	In vielen Formen und Geflechten				Ein grosser Posten	Hutblumen	Piquetts und einzelne Rosen etc.			
		Serie I	II	III	IV			Serie I	II	III	IV
		25	45	75	95			25	45	75	95

Ein grosser Posten	Garnierte Damen-Hüte	mit reicher Seiden-, Tüll- und Blumengarnitur etc.			
		Serie I	II	III	IV
		2.50	3.50	4.50	5.50

Der sonstige Wert obiger Artikel ist weit über das Doppelte.

Ungarnierte Kinderhüte	2.65 bis 75	48	Garnierte Kinder-Hüte	mit Band u. Schalengarnitur 5.50 bis 1.75	95	Kinder-Matrosen-Hüte	mit Einfass. schöner Rippsband-Garnitur	1.25	68				
Batist-Häubchen	mit Stickerei-Valenotennes-Einsätze	65 bis 85	45	Knaben-Waschkäppchen	weiss und farbig, mit Bordüre	75	48	Sporthüte	schicke Formen	1.65	1.45	85	
Kinder-Sonnen-Schirme	mit schöner Kante, Spitze-Valent	72	48	38	Damen-Sonnenschirme	schöne Dessins	3.95	2.45	1.25	Damen-Reise-Mützen	in Tuch und Rippskappe	2.25	1.95

machte wegen starken Arbeitsandranges, weshalb auch ihm sowie sämtlichen Beamten der Urlaub verweigert worden war. Nur dem Oberinspektor Baurat Wolf sei Urlaub gewährt worden.

Sanitätsrat Dr. Thierich befandete, daß der Angeklagte sich von ihm habe untersuchen lassen und daß er bei ihm Neurasthenie in erheblichem Grade vorgefunden habe, die sich bei Leuten einzustellen pflege, die ohne Urlaub durcharbeiten müssen. Wenn er aber gewußt hätte, daß der Angeklagte, dessen Stellung durch die falsche Beurteilung erschüttert war, mit dem Zeugnis seine Pensionierung betreiben wollte, so würde er den Angeklagten abgewiesen haben. Nach mehrstündiger Verhandlung wurde K. zu der Mindeststrafe von einem Monat Gefängnis verurteilt.

Reichsgericht.

Der Dienstherr hat kein Recht, dem kontraktbrüchigen Handlungsgehilfen die Tätigkeit bei einer Konkurrenzfirma zu untersagen. Diesen Grundsatz stellte der 1. Zivilsenat des Reichsgerichts in einem am 12. März verkündeten Urteile auf. Eine Firma K. hatte den Beklagten als Direktor angestellt, der Beklagte war aber vor Ablauf seines Kontraktes abgegangen und hatte eine Stellung bei einer Konkurrenzfirma angenommen. Die Firma K. klagte nun gegen den Direktor A. auf Feststellung, daß der Anstellungsvertrag noch zu Recht bestehe, sowie auf Erfüllung des Vertrages, und erzielte beim Landgericht Hannover und beim Oberlandesgericht Celle ein obliegendes Erkenntnis. Dieses wurde auch vom Reichsgericht bestätigt. In einem bestimmten Punkte jedoch hob das Reichsgericht das Vorderricht auf und erkannte dahin, daß die Firma K. mit ihrem Antrage auf Beurteilung des Beklagten, sich jeder Tätigkeit bei der Konkurrenzfirma zu enthalten, abzuweisen sei. Die Entscheidungsründe, soweit sie diesen Punkt betreffen, sind von allgemeinem Interesse. Sie lauten: „Unter Berufung auf die Entscheidung des Reichsgerichts, 3. Zivilsenat, vom 20. September 1907, hat das Oberlandesgericht ausgeführt, der Erfüllunganspruch des Prinzipals gegen den Handlungsgehilfen beschränke sich nicht auf das Verlangen, daß dieser seinen Vertragspflichten positiv durch Leistung der versprochenen Dienste nachkomme, sondern umfasse auch negativ das Recht auf Unter-

lassung jedes Verhaltens, das diesen Pflichten zuwiderläuft. Es hat hiernach auch die Beurteilung des Beklagten, sich jeder Tätigkeit bei der . . . (Konkurrenzfirma) zu enthalten, wie sie das Landgericht ausgesprochen hat, gebilligt. Der erkennende Senat hat diese Rechtsauffassung nicht für zutreffend erachtet. Die Vereinigten Zivilsenate haben durch Beschluß vom 24. Januar 1910 ausgesprochen, daß dem Prinzipal ein klagbarer Anspruch gegen den Handlungsgehilfen, der den Dienst vor Ablauf der Dienstzeit verläßt, während der Zeit, in der er sich um Dienste fernhält, einem andern Prinzipal seine Dienste zu leisten, kraft Gesetzes nicht zusteht. Die Verpflichtung des Handlungsgehilfen ist auf ein positives Tun gerichtet. Dieses bildet den Inhalt seiner Leistung. Die Erfüllungsklage des Prinzipals erschöpft sich in dem Anspruch auf die Leistung; er hat nicht daneben noch einen besonderen Klageanspruch auf Unterlassung des mit der Leistung Unvereinbaren. — Die Klägerin hat keinen Anspruch darauf, daß Beklagte während der Zeit, in der er seinen Vertragspflichten gegen sie nicht nachkommt, seine Arbeitskraft brachliegen lasse. Sie kann daher auch nicht die Beurteilung des Beklagten begehren, sich jeder Tätigkeit für die . . . (Konkurrenzfirma) zu enthalten. Mit diesem Klagebegehren war die Klägerin daher abzuweisen.

Quittung.

Für die ausgesperrten Bauarbeiter gingen bei uns ein:

Bereits quittiert	4022.19
Vom Paradieswirt in Dörsch	3.00
Freie Turner, Stahmeln, Doppelkopf	1.75
Zafelglasbranche, Bepfischung in Entzich, durch H. Scherbel u. Müller	6.20
Aus Monachia, Ager	5.00
Modau, Kaffe Eck	2.60
Trinkgeld bei der Landung des Luftballons Balküre	1.00
Schwitz, vom Arbeiteradfahrerverein (Abt. Zentrum)	2.00
3 Mann und Wirt, Stammtisch Jüdische Eck, Gerberstr.	2.00
Zwei Extratouren beim Pfingstbier, Kleinleina	6.80
Deffentliche Volksversammlung in Dörsch bei Dürrenberg, Distrikt Lehna-Altranstädt	8.80
Ueberschuß von einem Galeriebillet im Alten Theater	1.35
Radsporfest des Radfahrervereins Vorwärts, Schönefeld	18.08
Ausschwimmen, Arbeiterschwimmverein	5.50
Grüne Aue, Böhlitz-Ehrenberg, Kellner Nr. 2, durch J.	1.00

Brüdergeld, Großermuth, Radfahrerverein (Abteilung Kleingehöher)	1.75
Turnverein L. Thvorstodi, Anturmen im Schiffchen	3.80
Zwei Kräfte aus den Hlasmerten	1.60
Doppelkopf, Böttcher, Volkshaus	1.85
Riese Frei Heil II, Turnverein L. Ost	3.00
Aus dem Bahnschlößchen, durch B.	1.50
Ein Auf	1.00
Welf er sich um die obdachlosen Kollegen gekümmert hat	3.00
Gemeindearbeiter, Strohmann, Volkshaus	1.10
Von den Radfahrern aus Gumbstein bei Besichtigung der Leipziger Volkshausherberge	3.00
Doppelkopf nach der Versammlung in der Mühle	1.00
Entzich	1.00
Stammtisch Gemütlichkeit im Restaurant Weistern, L. Lindenau, durch St.	1.80
Stammgäste in der Kneipe, Braustraße	3.15
Doppelkopfklub Illusion	3.00
Von den Arbeitern der Firma Grahl u. Pech, durch H. G.	13.05
Gemischter Chor Leipzig-Süd und Gäste am 22. Mai im Radbühl, Connewitz	3.35
Summa:	4120.02

Leipzig, 23. Mai 1910. Die Expedition.

Beim Rauchen.

Es ist gewöhnlich und gewiss den meisten Frauen unvorstelllich, dass so viele Männer am Rauchen Gefallen finden können. Und doch muss ein eigener Genuss darin liegen, den sogar manche Frau nicht gerne mehr missen möchte.

Selbst die Zigarre gut oder schlecht, so bleibt nach dem grösseren oder kleineren Genuss derselben im Munde und Rachen des Rauchers jedesmal ein unangenehmes kratzendes Gefühl, das nur zu leicht sich festsetzt und in hartnäckigen Rachenkatarrh übergehen kann. Dessen zu verhüten, gibt es kein besseres und zugleich angenehmeres Mittel als gleich nach beendeter Zigarre, Zigarette oder Pfeife einige Wybert-Tabletten im Munde langsam zergehen zu lassen. Sofort verschwindet die unangenehme Beigabe des Rauchens, der Mund und Atem werden wieder frisch und angenehm. Jeder Raucher sollte daher Wybert-Tabletten beständig bei sich führen. Wybert-Tabletten können in allen Apotheken in Originalschachteln à 1 Mk. bezogen werden.

Depots in Leipzig: Engel-Apotheke, Markt 12; Albert-Apotheke, Emilienstr. 1; Börsen-Apotheke, Hallische Str. 12; Germania-Apotheke, Promenadestr. 9; Hirsch-Apotheke, Grimmscher Steinweg 23; Hof-Apotheke, Hauptstr. 9; Johannis-Apotheke, Gabelsbergerstr. 2; Banstädter-Apotheke, Hauptstr. 17; Sonnen-Apotheke, Südfeldstr. 1; in Anger: Hubertus-Apotheke; in Eutritzsch: Anna-Apotheke; in Gohlis: Schiller-Apotheke; in Möckern: Blücher-Apotheke; in Paunsdorf: Apotheke von O. Meyer; in Plagwitz: Sophien-Apotheke; in Reudnitz: Bismarck-Apotheke; in Reudnitz-Thonberg: Schwanen-Apotheke.

Kathreiners Malzkaffee
wird seiner unerreichbaren
Vorzüge wegen in allen
Ländern getrunken.

[2250*]

Jeden Dienstag: Schweineschlachten Beethovenstr. 11.*

Versuchen Sie bei mir Ihr
Glück

Ziehung 1. Klasse 158. Königl. Sächs. Lotterie
am 15. und 16. Juni

Eile tut not

Leipzig **J. G. Herrmann** Lindenau
Kohlenstr. 4 Rud.-Sack-Str. 1

[10081*]

Qualitäts Cigaretten
Zigaretten
größte Auswahl, empfiehlt
Bernh. Grotkau, L.-Connewitz
Bernh. Grotkau, Bornaische Str. 36.

Reparaturen
an Uhren jed. Art, nur
streng solide Ausführ.
u. unter Garantie bei
Gustav Kaniss
Uhrmacher, Tauchaer Str. 6.

Konsumverein Leipzig-Plagwitz u. Umgeg.
Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.

Unsere geehrten Mitglieder geben wir bekannt, dass wir
Salon-Briketts
Kraft und Helene, bewährte Marken
bis auf weiteres liefern, **frei Haus** in sämtlichen einverleibten
Vororten, per Zentner mit **70 Pfg.**
und **halbeselbstabholung** in unserem Heizmateriallager
L.-Plagwitz, Naumburger Strasse 26 65 Pfg.

Knörpel-, Würfel- u. böhm. Braunkohle
zu den billigsten Tagespreisen.

Wir möchten nicht unterlassen, unsere geehrten Mitglieder
darauf aufmerksam zu machen, dass jetzt die günstigste Zeit zum
Bezuge von Heizmaterial ist, da Bestellungen sofort erledigt
werden können. [10280*] **Der Vorstand.**

Kleiner Anzeiger.

Vermietungen.

Osten.
Stötteritz, Mölkauer Str. 7, sind
sof. mittl. Wohnungen zu verm.

Westen.
Plagwitz, Jahnstr. 48, II. L., kleines
Sogis f. 220 Mk. umf. halbj. f. a. v.

Leipzig-Kleinzschocher
sind 2 schöne Part.-Wohnungen,
3 Stub., gr. Ka., Kü., Ke. u. Bod.,
Gärtchen u. Veranda, eine davon
mit Bad, pr. 1. Juli für 425 Mk.,
bezl. 450 Mk., zu vermieten. Zu
erfr. Bahnhofstr. 29, II. r. u. 33, II. l.

Verkäufe und Käufe.

Schönes Zinshaus
mit mittleren Wohnungen in
Stötteritz zu verkaufen. Off. u.
B. 1113 an die Fil. Stötteritz.
Ziegenmühl. bft. Saugfingnahr.,
Imal j. f. f. Co., Meusdorfer Str. 16.

Schuhwaren
erztl. Gelegenheitskäufe, billig.
Vo. Mariannenstr. 92 (Steinladen).*

Halt! Zabel, nur wen. getr. Mah-
anzüge v. 6.50 Mk., Palet. v.
3.50 Mk., Sof. v. 1.50 Mk., Lauf. Gie.
Kummers Monatsgard.-Gesch. Steinh. 10. l.
Kleiderstoffe, Blusen, Tisch- u.
Bettwäsche, Koffer u. Gewichte u.
and. mehr. Eisenbahnstr. 145, I. Kein Laden.*

Achtung! Nur von feinsten
Gerrsch. Million.,
Kavaliere, Stu-
denten wenig getrag. Sachen,
feinste Naharbeit, reine Wolle
Anzüge 4.70-100 8, 12, 16, 24
Sommer-Überzieher
teilweise auf Seide gearbeitet.
Hosen, Jacketts spottbillig.
Eleg. Gesellsch.-Anzüge
sehr billig auch leihweise.
Mandel
Tauchaer Str. 22, I. *

Beacht. Sie bitte m. Schaufenster!
Nur
Glaser's Monatsgard.-Gesch.
Ranstädter Steinweg 39, I. kl. Lad.
empf. sich für die Frühjahrs- und
Herbst-Anzüge v. 3.25-10.50 Mk.
S.-Überzieher v. 4.50-15.00 Mk.
Herbst-Überzieher v. 6.50-16.50 Mk.
Herbst-Hosen v. 0.90-6.25 Mk.
Burch-Anzüge v. 4.75-16.00 Mk.
Anaben-Anzüge v. 1.25-6.50 Mk.
Frack und Gesellschafts-Anzüge
auch leihweise. [1367*]
Naharbeit f. Elektrische m. verputzt.

Teppiche
mit kleinen Webstühlen, spott-
billig zu verkaufen.
Salzgässchen 7, Hof I. *

Reelle neue Betten
Gebett 12.50, 14, 18, 25, 33 Mk.,
b. Selmar Kraft, Vindenu, Markt.

Neue Wirtschaft verkauft billig
Steingl., Klarastraße 6, pt. I. *

Küchen-Handtücher
grau, gestümt, à Stück 30 Pfg.
Ellaab. Haldorn, Dorobitzerstr. 2.

Hygien. Frauenartikel
sowie Brosch. Kinderlegen u. sein
Ende 30 A, bei Warenkauf umsonst.
Auf Bestellung komme ins Haus.
K. G. Otto, Schl., Seumestr. 88, pt.
Schrank, Sofa, Bettstelle m. Matr.
verkauft billig Co., Brielt. 11, p. I. *

Gartenmöbel Triumph-Stühle, Chaiselongue,
Reisekoffer z. billig. Auerhards Hof.
E. H. u. D. Rad b. v. Rathausstr. 14, III. l.
ff. Damenrad b. St. v. p. St. 5, III. l.
Roter Kinderwagen m. G. M.
billig zu verk. Lind. Meuserstr. 14, pt.
Sport-Sitz- u. Liegewag.
für 2 Kinder, Verbed. G. M.,
fast neu, verl. Könnertstr. 2, p. r.
S. u. Gsch. Wg. Habet 50. Tel. 6974.
Gute Waschgefässe kaufte man
R. Gemeindeftr. 42, F. Werfel. *

Puppenwagen, fast neu, G. M.,
extra groß. Könnertstr. 2, p. r.

Grüdenofen zu verkaufen.
Vindenu, Spittastraße 1, I. r.

H. Käferstein
Neuschönfeld, Kirohstr. 77
In seiner Sommer-
rücken sowie alle
Butterarten in
feinster Mischung.
Kavaliere sind
erhalten bei Ab-
nahme von 5 Pfund Großpreise.
Zubehör mit Nr. 100 Stück
1 A. Chinesische Nachtigallen
und Zierbögel in großer Aus-
wahl. Aquarien und Terrarien,
Tiere, Pflanzen, Sand, Erde. *

Fensterglas aller
Art
Glashandlung, Eisenbahnstr. 142. *

Aquarien
u. all. Zubeh., Fische, Pflanzen etc.
Ist. zu bekannt billigt. Preis! *
A. Glaschker, Tauch. Str. 26, Tel. 13339.
Hohl- u. Tafelglas es gen. es detail.

Gr. Auswahl prämi. Kanarienvögel,
Gezäuber, Riffkästen,
Nester, Charpie, Eierbrot, hochf.
Sommerfrücht., sow. alle Sort. pa.
Vogelfutter empf. Max Kraft, Querstr. 17.

Möbel aller Art kaufte Schödel,
Vindenu, Auerleitenstr. 46, pt. r. *

Alt-Gummi
von Fahrrädern, Pneumatik,
Lustschläuche, Bierflaschenginge,
Bälle, Gummischuhe sowie alle
Sorten Vollgummi kauft
Hermann Wrack
Leipzig, Friedrich-Rift-Strasse 4
Nähe Krystallpalast. [10351*]

Arbeitsmarkt.

**Schlosser- u. Klempner-
Lehrlinge** [10218*]
juden Schumann & Levering
G. m. b. H. Weissenfeller Str. 68

und Arbeitsburschen.
3. Mädchen tagtägl. a. Aufw. gef.
Plagwitz, Karl-Hofe-Str. 81, II. r.

4 Holzarbeiter zum Rundholzschnelden
mit Werkzeug auf
Bahnhof Rückmarsdorf gesucht.
Zu melden Dienstag vormittag im Bahnhofskafeteria
Rückmarsdorf. [10880]

Tüchtiger Gürtlermeister
der vollständig mit der Baubeschlagbranche vertraut, wird
gesucht von
Gretsch & Co., Baubeschlagfabrik
Feuerbach-Struttgart. [10848*]

25 Kräftiges Oftermädchen für
den ganzen Tag sofort gesucht.
Däberitz, Diokastr. 67.

Saubere Aufwartung, 17-21
Jahre alt, f. d. ganz. Tag gef.
Zeilstr. 53, III. reobts.
Plättlernende gesucht.
10845] Fichtestr. 23, pt.

Unterricht.
Privat-Tanzunterricht jeder Zeit
H. Papst, Dufourstr. 22 *
Spez. f. ältere Damen u. Herren.

**Wer bildet jungen Mann zu
tüchtigem Redner**
aus? Off. u. P. 48 an die Exped.
Wöblius, Pl., J. Schöb. Str. 23, erb.

Vermischte Anzeigen.
Granatarband m. Kettch. verl. v.
Hospitalstr., III. Theat. ob. i. Theat.
Höb. Jäger, Tauch. Str. 19/21, G. p.

Ihre Anzüge
m. wie neu gereinigt u. gebügelt,
Anzug 2.50 Mk. Abholung u. Zu-
sendung frei. Postkarte genügt an
Wäscherei „Udine“ Döllitz-Leipzig.

Kammerjäger Leipzig, Antonstr. 14.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 23. Mai.

Geschichtskalender. 23. Mai 1488: Savonarola in Florenz gehängt und verbrannt (* 1452). 1818: Ausbruch in Prag: Beginn des Dreißigjährigen Krieges. 1707: Der Naturforscher Karl von Linné in Roshult (Schweden) geboren (* 1707). 1830: Der Geograph Alfred Kirchhoff in Erfurt geboren (* 1807). 1880: Der Geschichtsschreiber Leopold v. Ranke in Berlin gestorben (* 1795). 1908: Der Dramatiker Henrik Ibsen in Christiania gestorben (* 1828). 1908: Der Vorwärts veröffentlicht Schönes Urkundenfälschung. 1908: Der französische Dichter François Coppée in Paris gestorben (* 1842).

Sonnenaufgang: 3,56, Sonnenuntergang: 7,58. Monduntergang: 3,32 vorm., Mondaufgang: 7,27 nachm.

Wetter-Prognose für Dienstag, den 24. Mai. Nordwestliche Winde, zunächst heiter, später Zunahme der Bewölkung, etwas kälter, kein erheblicher Niederschlag.

Der Finanzkalles in den Kirchengemeinden.

Die Begehrlichkeit der Arbeiter ist ein ständiges Kapitel, über das nicht zuletzt die Herren Geistlichen am lautesten zu reden pflegen, wiewohl sie gerade am wenigsten Ursache dazu hätten. Denn nach den Kirchenhaushaltplänen für das Jahr 1910, die den Stadtverordneten zur Beratung vorliegen, sind fast lediglich die Erhöhung der Geistlichengehälter Schuld an der fortwährenden Steigerung der Fehlbeträge. Die Kirchenhaushaltpläne lassen erkennen, daß die durch Kirchensteuern zu bedeckenden Fehlbeträge beinahe in allen Kirchengemeinden gestiegen sind, weshalb sich in verschiedenen Gemeinden eine Erhöhung der Kirchensteuern notwendig macht. Das wird selbst dem Rat der Stadt Leipzig zu viel, er hat beschlossen, von Kircheninspektionen wegen die Kirchenvorstände anzuhalten, in einem weiteren Steigen der durch Kirchensteuern zu bedeckenden Fehlbeträge künftig mit Entschiedenheit entgegenzuarbeiten.

Diese Mahnung erscheint um so notwendiger und verdient deswegen auch besondere Beachtung, weil der Gesamtfehlbetrag, das heißt der Betrag, der durch Steuern aufzubringen ist, auf 1 103 138,88 Mk. gestiegen ist, davon entfallen auf die Verbandskirchen 687 307,36 Mk., auf die Bezirkskirchen 415 831,52 Mk. Gegenüber dem Vorjahr haben die Steuerzahler den netten Betrag von 64 082,03 Mark mehr zu entrichten. Eine Summe, die für die Steuerzahler nach der letzten Finanzreform im Reich und bei den erhöhten Lebensmittelpreisen doppelt ins Gewicht fällt. Der Grund des Anwachsenden der Fehlbeträge liegt, so sagt der Rat der Stadt Leipzig, „in dem Bestreben der Kirchengemeinden, ihren Geistlichen und kirchlichen Unterbeamten ein den wirtschaftlichen Verhältnissen angepaßtes reichlicheres Einkommen zu gewähren.“ Nun sind die Einkommen der kirchlichen Unterbeamten keineswegs so hoch, daß sie verdienen; besonders hervorgehoben zu werden. Wurde doch u. a. ein Pfarrer an der Nikolaikirche bisher mit 700 Mk. und wird infolge der Aufbesserung künftighin mit 800 Mk. entschädigt. Die Bemerkung von dem reichlicheren Einkommen der Unterbeamten hat sich wohl auch nur eingeschlichen, um die Aufmerksamkeit von den hohen Gehältern der Geistlichen anzulenken. Denselben Geistlichen, die von Berufs wegen die Entfagung predigen, die aber die Hand bei jeder passenden, oft auch unpassenden Gelegenheit recht weit aufmachen. Selbst in der Vorlage des Rates klingt ein leiser Ton des Bedauerns über die Steigerung durch, wenn gesagt wird: „Die Steigerung ist zurückzuführen auf die Wirkung der neuen Gehaltsordnung, gegen die sie (die Stadtverordneten) Bedenken nicht erhoben haben.“

Die Zunahme der Kosten für den Religionsbetrieb sind am häufigsten in der Nikolaikirchengemeinde. Nicht weniger als 13 060,30 Mk. beträgt die Erhöhung gegenüber dem Vorjahr, bei einem Gesamtetat von 72 331,65 Mark. Aber auch andere Gemeinden erfordern ganz bedeutende Mehraufwendungen. So die Philippusgemeinde in Lindenau 7791,00 Mk., die Lutherkirche 7039,86 Mk., die Mariuskirche 5744,75 Mk., die Andreaskirche 5200,47 Mark u. s. f. Der Prozentsatz der persönlichen Kirchenanlagen ist dementsprechend auch größer geworden. Nach dem früheren städtischen Normalsteuerfuß betrug er z. B. in der Philippuskirche im Vorjahre 15,5 Prozent, in diesem Jahre dagegen 18,5 Prozent.

Der Fehlbetrag bei den Verbandskirchen hat sich um 13 850 Mk. verringert; das hat seinen Grund darin, daß die im Jahre 1909 „außerordentlich für zu erwartende Gehaltserhöhungen eingestelltem 12 000 Mk., nachdem nunmehr beim Verbands die neue Gehaltsregelung durchgeführt ist, wegfallen konnten und daß die Deckungsmittel um 1950 Mk. gestiegen sind.“ Gleich wie in Gewerbebetrieben werden alljährlich zur Bildung einer „Betriebskasse“ für den Verband Mittel zurückgelegt. 10 000 Mk. müssen die Steuerzahler dafür aufbringen, 20 000 Mk. ebenfalls Steuergrößen, werden als Beihilfen an die dem Verband nicht angehörenden Kirchen Leipzigs ausgegeben.

So spiegelt sich der Religionsbetrieb in Leipzig im Lichte der Haushaltpläne wider. Fortwährend die Erhöhung der Kirchensteuern, die noch dazu zum größten Teil von solchen Steuerzahlern getragen werden, die innerlich längst mit der Kirche gebrochen haben. Der Zwang der heutigen Gesellschaft, oft aber auch die Nachlässigkeit läßt sie trotzdem bei der Kirche verbleiben und weiter dafür zahlen. Das wird nicht eher anders, als nicht, der Forderung der Sozialdemokratie entsprechend, die Religion zur Privatsache erklärt wird.

Säuglingschutz.

In München tagt zurzeit der zweite deutsche Kongress für Säuglingsfürsorge unter sehr zahlreicher Beteiligung von Redatoren, Behörden und Vereinigungen aller Art. Neben den üblichen Vorträgen, die einen gewissen Teil Zeit in Anspruch nahmen, sprachen Finanzminister Dr. Braun-Darnstadt, Professor Dr. Schlochmann-Diffendorf und Regierungsrat Viktor-Darnstadt über den Säuglingschutz in der Reichsversicherungsordnung. Dabei erfuhr der Entwurf der Reichsversicherungsordnung eine ziemlich scharfe Kritik. Es wurde

ganz besonders die Halbheit verurteilt, die sich in dem Entwurf und seiner Begründung zeigt, und betont, daß, wenn der Gesetzgeber selbst Säuglingsfürsorge für ein wichtiges Gebiet erachtet, er auch dafür sorgen müsse, daß derart wichtige Bestimmungen nicht in das Belieben eines Kassenvorstands oder einer mehr oder weniger säuglingsfeindlichen Generalversammlung gestellt werden. Die deutsche Vereinigung für Säuglingschutz, alle Vereine und Gesellschaften, welche dem gleichen Zweck dienen, alle sozial denkenden Männer und Frauen mischten sich jetzt rührend und dafür eintraten, daß der Reichstag zum mindesten die fakultativ gedachten Bestimmungen in obligatorische Leistungen verwandelt. Die Leistungen der Krankenversicherung bilden das Fundament aller Bestrebungen, die die Lage von Mutter und Kind bessern und die allzu große Säuglingssterblichkeit verhindern sollen. Alle Redner kommen zu dem Schlussergebnis, daß die Mehrleistung kein Hindernis sein könne für die Durchführung der angeregten Forderungen, die auch nicht übermäßig hoch sein würden. Auch Schwangerschaftsunterstützung bei Arbeitsunfähigkeit der Schwangeren sei als obligatorische Leistung zu fordern.

An die Referate schloß sich eine längere Besprechung. Die Besprechung sah aber von einer Beschlußfassung ab.

Der 2. Punkt der Tagesordnung lautete: Reichsamensgesetz. Ausgehend von der Tatsache, daß die minderbemittelten Frauen ihre gesunde Muttermilch, die für das Gedeihen des eigenen Kindes bestimmt ist, gezwungen werden, für Geld dem Sprößling der Wohlhabenden zu überlassen und damit ihr eigenes Fleisch und Blut den Nachteilen der künstlichen Ernährung überlassen, stellte der Referent, Professor Dr. Keller, folgende Forderungen auf:

1. Die Ammenvermittlung erfolgt nur durch staatlich anerkannte Anstalten, welche die Verantwortung für die Gesundheit und Stillsäugigkeit der Ammen und für den Schutz des Ammenkindes tragen.
2. Nur wenn die Uebertragung ansteckender Krankheiten auf die Amme ausgeschlossen ist, wird die Amme an eine Familie abgegeben. Neben dem begutachtenden Arzt ist die Dienstherrenschaft verantwortlich und haftbar, wenn eine Uebertragung eintritt.
3. Vor Ablauf von drei Monaten nach der Entbindung darf keine Person eine Stelle als Amme übernehmen oder als Amme angenommen werden.
4. Die Anstalt übernimmt die Vormundschaft über das Ammenkind sowie auf Kosten der Dienstherrenschaft die Versorgung und ärztliche Beaufsichtigung des Ammenkindes bis zu dessen zweitem Lebensjahr.
5. Ueber das Schicksal des Ammenkindes hat jede Anstalt der Aufsichtsbehörde eine einwandfreie Statistik vorzulegen, deren Ergebnis für die weitere Erteilung der Vermittlungserlaubnis maßgebend sind.

Waffenjammer.

Es geht vorwärts! Der Sozialismus macht Fortschritte auf allen Gebieten. Prassend strömt von dem morschen Bau der heutigen Gesellschaftsordnung ein Pfeiler nach dem anderen. Nun beginnt auch ein Träger zu wanken, der den staatlichen Machthabern als sichere Stütze galt: die Kirche. Wie selten eine Organisation hat die christliche Kirche es verstanden, sich zu einer Herrschaftsorganisation auszubilden, die entweder den Bedürfnissen ihrer eigenen oder solchen Machthabern dienste, die sich ihrer zu bemächtigen wußten. Das Proletariat hat also alle Veranlassung, mit der Bekämpfung der weltlichen Machthaber sich gegen die Kirche zu wenden. Bedauerlich doch die Zeit des aufsteigenden Christentums eine Zeit trüblichsteigenen geistigen Niederganges. Zunahme der lächerlichsten Unwissenheit und blindesten Aberglaubens. Mit dem Aufsteigen des Sozialismus und dagegen zu bemerken, glänzende Fortschritte der Naturwissenschaften, rasche Zunahme der Bildung in den von der Sozialdemokratie erfassten Volksmassen. Mit der Zunahme der Bildung aber ist eng verbunden eine zunehmende Entkirchlichung der Massen, um ein Wort der Post zu gebrauchen. In einem Zeitartikel, der diese faulste Ueberlieferung trägt, unterliegt das Blut die Ursachen dieser „Entkirchlichung“ und macht Vorschläge die dem Uebel steuern sollen. In dem Artikel heißt es:

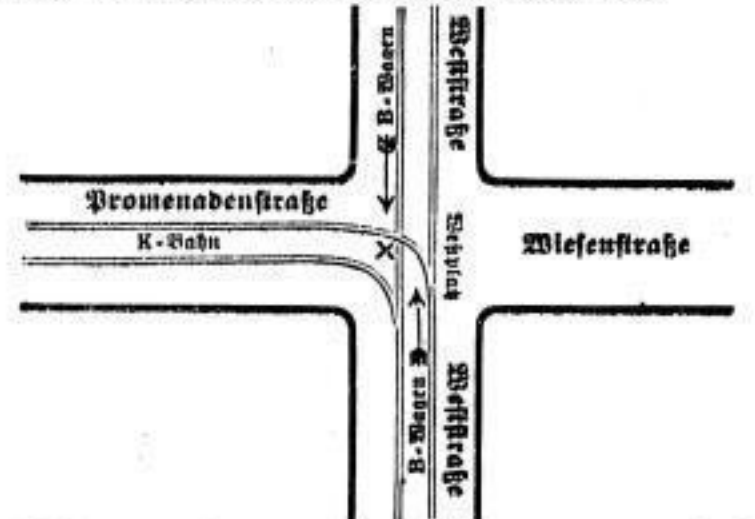
Es ist keine Frage mehr: Wir stehen vor einer zunehmenden Entkirchlichung der breiten Massen. Das wird nicht allein durch die von Jahr zu Jahr steigenden Austritte aus der Landeskirche bewiesen, sondern auch durch die immer mehr fehlende Ziffer der Teilnehmer an Abendmahlstischen durch die wesentliche Verminderung des Absatzes von Bibeln und vor allem durch den zahlenmäßig bedeutenden Rückgang des Nachwuchses im Pfarramate, durch den die Besetzung oder vielmehr Nichtbesetzung von Pfarrstellen geradezu zu einer Kalamität geworden ist. Einige Zahlen mögen die Größe der ganzen Bewegung erläutern, wobei allerdings zu bemerken ist, daß für 1900 absolut zuverlässige Zahlen noch nicht vorliegen. Jedenfalls sind die Austritte aus der preussischen Landeskirche, die im Jahre 1900 2228 betragen, nunmehr auf jährlich rund 20 000 gestiegen. Der Bestand des Abendmahles ist in den letzten 15 Jahren um durchschnittlich 12 v. H. gesunken. Ueber den Abgang von Bibeln besetzt keine zuverlässige Statistik für Preußen allein. Für das Reich aber hat die Sachliche Hauptbibelgesellschaft für sich allein von 1900 zu 1907 einen Rückgang von 50 000 neuen Testamenten und 3500 Volksbibeln festgestellt. Der Jahresbedarf an „Anwärtern des geistlichen Amtes“ für die älteren preussischen Provinzen beträgt rund 250. Während 1895 noch 312 Kandidaten ordiniert wurden, ist diese Zahl bis 1907 auf 185 und seitdem wahrscheinlich noch weiter gesunken. In noch größerem Maße hat die Zahl der Theologiestudierenden abgenommen. Das sind bedenkliche Zeichen und man kann verstehen, wenn Freunde der Kirche diese Bewegung in ihrer Gesamtheit als sehr ernst betrachten.

Freilich will die Post nicht anerkennen, daß es sich um ein Abwenden von der Religion überhaupt handelt, vielmehr wende sich der größte Teil der Ausgetretenen andern religiösen Sekten zu. Auch der Steuerpolitik der Kirche dünne keine Schuld beigemessen werden, denn erstens verurteile die Austritte Kosten und eine Menge Schereverien, die man sich der Kirchensteuer halber nicht auflade und dann wären in Gemeinden mit hohen Kirchensteuern weniger Austritte zu verzeichnen, als in solchen mit niederen Kirchensteuern. Die Schuld sei in den zu großen Kirchengemeinden zu suchen, die eine persönliche Stellung zwischen Geistlichen und Kirchenmitgliedern erschweren. Zum Schluß sagt die Post:

Der Weg, den die Kirche hier gehen muß, ergibt sich von selbst. Ihre Organisation muß durchgreifend geändert und viel reicher gegliedert werden. Vor allem aber darf man in der Kirche nicht auf die Gemeinde warten, sondern deren Mitglieder müssen aufgesucht und herangezogen werden. Die werbende Tätigkeit der Kirche, besonders vertreten durch den Geistlichen und durch die Stadtmissionare, darf nicht einen Augenblick aussetzen. Der Uebel Müß wird vergebens sein. Die kapitalistische Produktionsweise hat die Produktionsmittel des Wissens durch den Aufbruch ungewein verbilligt und den Massen zugänglich gemacht. Wo die Bildung sich ausbreitet, muß Dummheit und Aberglaube weichen. Und so wird in den Kreisen, die von der Kirche am heftigsten begehrt werden, immer lauter der Ruf erklingen: Heraus aus der Kirche!

Straßenbahnunglück.

Gestern abend, gegen 10 Uhr, ereignete sich auf dem Westplatz durch einen heftigen Zusammenstoß zweier Wagen der Straßenbahnlinie B, Leuzsch-Bayerischer Bahnhof, ein größliches Unglück, bei dem etwa 15 Personen mehr oder minder stark verletzt wurden: einer der Fahrgäste, der 44 Jahre alt, in Altenburg geborene und zuletzt in der Seeburgstraße 80 wohnhaft gewesene Handelsmann Franz Grundig, brach bei dem Wagenzusammenprall beide Beine und mehrere Rippen; einige Stunden nach seiner Entlassung ins Krankenhaus St. Jakob ist er an den Verletzungen gestorben. Auch andre Verletzte mußten sich in ärztliche Behandlung begeben. Der Zusammenstoß wurde dadurch herbeigeführt, daß der eine B-Wagen, von Leuzsch kommend, am Westplatz durch falsche Weichenstellung in das Gleis nach der Promenadenstraße einbog und nun auf den von der entgegengesetzten Seite kommenden B-Wagen mit voller Wucht aufstieß. Stehe die untenstehende Skizze. In den beiden Wagen wurden die Vorderperren fast abgerissen und die Schelben zertrümmert.



Bei dem ungeheuren starken Verkehr an Sonntagen, und noch dazu an den Kreuzungspunkten, ist die Weichenstellung durch besondere Weichensteller unbedingt notwendig. Es ist jetzt leicht zu sagen, der Führer hätte aufpassen sollen. Man merke sich einmal die Zeit, als das Unglück passierte, abends 10 Uhr. Der Wagenführer hatte vielleicht, ja sogar wahrscheinlich, schon eine lange angestrengte Dienstzeit den Tag hinter sich, fand wahrscheinlich auch bei den vollbesetzten Wagen zwischen den Fahrgästen eingeklemmt, wie man es so oft beobachten kann, so daß er sich kaum rühren konnte. Da von ihm noch eine absolut sichere Weichenstellung zu verlangen, ist doch zu viel. Erwägt man diese Umstände alle, so ist der Schuldige, wenn danach gesucht wird, bald gefunden: die Profitgucht. Es ist schon bei dem an sich schweren und aufreißenden Dienst ein mehr als unbilliges Verlangen, die Wagenführer sollen auch noch an verkehrreichen Kreuzungspunkten die Weichenstellung mit besorgen. Hier muß mit der Straßenbahnverwaltung und mit der Gesellschaft ein ernsthaft Wörtlein geredet werden. Die Straßenbahnverwaltung leichter und schwerer Art in Leipzig sind so zahlreich, daß sie mit dem Umfang des Verkehrs in keinem Verhältnis mehr stehen. Diese Tatsache allein hätte eigentlich die Aufsichtsinstanzen schon dahin bringen müssen, den Ursachen nachzugehen. Jede Entlastung des Dienstpersonals fördert die Betriebssicherheit. Aber da Haupt's. Sobald das Personal Mene macht, die Dienstzeit zu verkürzen, wird nicht den Ursachen nachgegangen, die zu dem Verlangen führen, sondern der Kapitalistenprogenstandpunkt heraufgeholt: „Wem's nicht paßt, ziehe seine Strassel.“ Damit ist aber dem Publikum so wenig gedient wie dem Straßenbahnpersonal. Uebrigens ist das große Unglück auf dem Westplatz gestern nicht das einzige, das passierte; in der lebenden Stunde hat sich auch noch ein auf dem Augustusplatz ereignet. Dort wollte ein Herr auf einen Straßenbahnwagen springen, stürzte jedoch ab und geriet unter den Anhängewagen, von dem er überfahren wurde. Er trug eine schwere Verletzung davon und wurde von Samaritern nach der Sanitätskuche gebracht.

Beichtigung. Mit Berufung auf das Preßgesetz fordert der Hilde-Verlag in Berlin von uns, daß wir für ihn nachstehende Gratisklame bringen sollen:

In der Nummer vom 6. Mai der Leipziger Volkszeitung wurde in einer Notiz, die „Herr Raumann“ beistellt ist, die Behauptung aufgestellt, daß das Standard-Werk Friedrich Raumanns Demokratie und Kauterium jetzt als Matulatur verkauft werde, und daß der Geschäftsführer des Verlags der Hilde mit einer Neuausgabe keine Eile habe. Diese Behauptung ist in allen Teilen unwar. Das Buch Demokratie und Kauterium ist niemals als Matulatur verkauft worden, wohl aber auf dem Wege des regulären Verkaufes schon seit längerer Zeit vollständig vergriffen. Eine Neuausgabe des Buches wird vom Verlag becks, sobald der Autor dazu die nötige Zeit findet. Aufverlag der Hilde, G. m. b. H., Berlin-Schöneberg.

Mehr Polizeihunde verlangt das Polizeiamt. Zurzeit besitzt das Polizeiamt 6 Hunde, 5 für die Straßengefährte und 1 für die Kriminalpolizei; vier weitere Hunde sind im Privateigentum von Schulgelehrten, die sie gegen Erstattung der Unterhaltungskosten für Polizeizwecke zur Verfügung stellen. Diese Anzahl soll aber dem Bedürfnisse nicht genügen, es sollen daher 3 bis 4 dreifarbte Hunde nachgeschafft und in einem Hundezwinger untergebracht werden. Begründet wird die Mehranschaffung damit, daß „für den die Kunde machenden Schulmann nicht nur zu seiner persönlichen Sicherheit gegen Uebermacht, sondern auch zur Aufführung von Willkür, Vogelstellern, Kamptieren usw. die Mitführung eines Hundes von großem Werte“ sei. Die Steuerzahler sollen zu diesem Zweck 1500 Mk. aufbringen, vorausgesetzt, daß die Stadtverordneten der Vorlage des Rates ihre Zustimmung geben.

Die Errichtung einer Sparkassenstelle auf dem Johannisplatz, im Grundstück Nr. 4/5, ist vom Rat geplant. Bekanntlich hatte der Rat im Februar den Stadtverordneten eine Vorlage unterbreitet, in verschiedenen Stadtteilen vier Sparkassen einzurichten. Für die letzte waren bisher geeignete Räume nicht zu beschaffen gewesen. Die einmaligen Kosten im Betrage von 6814 Mark sowie die laufenden Ausgaben im Betrage von 3306 Mark sollen nun von den Stadtverordneten bewilligt werden.

Der Halleische Komet ist gestern abend auch in Leipzig mit blohem Auge gesehen worden. Wie uns mitgeteilt wird, war er in der zehnten Abendstunde am westlichen Himmel zu sehen. Doch

entkürzte er gewaltig. Wer da geschofft hatte, ein heftigendes Gestirn mit glänzendem Schweif zu sehen, der wollte es gar nicht glauben, daß der unsichtbare Fiedel der Komet sein sollte. Er präsentierte sich nur als etwa kegelförmiger Nebelfleck ohne scharfe Umrisse; vom Schweif war überhaupt nichts zu sehen. Hätte der Mond nicht hellleuchtend am Himmel gestanden, man hätte annehmen können, er scheint trüb durch dicke Wolken. Wer den Komet jetzt beobachten will, muß ihn also als neblige Masse ziemlich tief am westlichen Abendhimmel suchen.

Konferenz der deutschen Berufsvormünder. Die Tagung der deutschen Berufsvormünder findet nach Beschluß des ständigen Ausschusses selbständig — ohne Anschluß an eine andere Tagung, die sich diesmal nicht ermöglichen ließ — statt, und zwar in Berlin am 24. und 25. Oktober. Die Verhandlungen beginnen am 24. Oktober morgens und füllen die Vormittage der beiden Tage aus. Die Nachmittage sind für Besichtigungen und Führungen vorgesehen; am ersten Abend findet eine Diskussion über praktische Einzelfragen der Berufsvormundtschaft statt, wie sie schon bei früheren Tagungen von vielen Berufsvormündern gewünscht wurde. Anfragen und Mitteilungen für diese Diskussion werden schon jetzt erbeten. Für den letzten Abend ist eine geistliche Zusammenkunft vorgesehen. Der Erziehungsausschuß wird von der Deutschen Zentrale für Jugendfürsorge in Verbindung mit den Berliner Mitgliedern und der Stadtverwaltung gebildet. Auf der Tagesordnung stehen: 1. Berufsvormundtschaft und Säuglingssterblichkeit. Berichterstatter: Stadtrat Kochler, Leipzig, Professor Dr. Keller-Charlottenburg. 2. Erziehungsvormundtschaft. Berichterstatter: Direktor Dr. Volligkeit, Frankfurt a. M. 3. Berufsvormundtschaft und Fürsorgeerziehung. Berichterstatter sind noch nicht endgültig bestimmt. 4. Einzelne Berichte von Vereinsvormundtschaften, sowie verschiedene kleinere Berichte.

Die Milchversorgung der Großstädte. Um die Versorgung der Städte mit Milch aus den Landbezirken zu erleichtern, werden bekanntlich die Milchtransporte mit besonderer Beachtung zu den gewöhnlichen Frachtfähigen für Stadgut befördert. Neben die Milchfuhr nach Dresden, Chemnitz, Leipzig, Plauen, Freiberg, Jittau und Zwickau ist jetzt eine amtliche Statistik erschienen. Danach wurden nach Dresden im Jahre 1906 44 000 073 Kilogramm, 1907 44 583 043 und 1908 48 000 381 Kilogramm Milch eingeführt. Damit steht Dresden weit an der Spitze aller Städte. Für Leipzig erstreckt sich die amtliche Statistik nur auf die sächsischen Staatsbahnen, es kann sich hier also nur um ein Teilresultat handeln. Nach diesem wurden nach Leipzig 1906 17 678 104, 1907 19 058 080 und 1908 21 679 428 Kilogramm Milch befördert. Dann folgt Chemnitz mit 16 200 091 und 17 600 455 bzw. 19 200 453 Kilogramm Milch. Für Plauen stellte sich der Milchbedarf 1906 auf 8 330 193, 1907 auf 8 172 000 und 1908 auf 8 140 118 Kilogramm Milch. Nach Freiberg wurden in den gleichen Jahren 471 397, 574 470 und 602 638 Kilogramm, nach Jittau 202 141, 191 933 und 271 846 Kilogramm und nach Zwickau endlich 1 614 497, 1 820 500 und 1 919 917 Kilogramm Milch eingeführt.

Verhaftung eines Falschmünzers. Ein Falschmünzer wurde in der Person eines 50 Jahre alten Kaufmanns aus Delitz in Schlesien ermittelt und festgenommen. Er erschien in einem Schokoladengeschäft der Münzberger Straße, kaufte eine Kleinigkeit ein und leistete mit einem Zweimarkstück Zahlung. Der Verkäuferin kam das Geldstück verdächtig vor und sie setzte, kurz nachdem der Käufer den Laden verlassen hatte, einen Malldiener davon in Kenntnis. Der Beamte konnte den Mann noch stellen und der Wache in der Riebigstraße zuführen. Hier stellte sich heraus, daß das Zweimarkstück ein Falschstück war und daß der Mann noch weitere Falschstücke bei sich führte. Er wurde der Polizei übergeben. Bei einer Durchsicht seiner Wohnung in der Dufourstraße förderte man noch weitere 151 Stück falsche Zweimarkstücke zu Tage, die aus Guß hergestellt sind. Die Münzen tragen die Bildnisse Kaiser Wilhelm II. (1899 und 1907), König Albert von Sachsen (1902), König August von Sachsen (1905 und 1908) und Hamburger Gepräge. Der Falschmünzer gibt zu, schon einen großen Teil Falschstücke verausgabt zu haben. Es ist erwünscht, daß diejenigen, welche derartige Münzen in Zahlung genommen haben, sich baldigst bei dem Polizeiamte melden.

Wieder ein Pampadourtaschenraub! Einer in L.-Gohlis wohnhaften Dame gegen 1/2 11 Uhr in der Hausflur des Grundstück Nordstraße 42 eine Pampadourtasche aus schwarzem Samt gewaltsam entziffen. Dem Täter, einem unbekanntem Mann, gelang es leider, durch die Flucht zu entkommen, bevor sich die Dame von ihrem Schreck erholt hatte. Er wird geschildert als circa 30 Jahre alt, von mittlerer, kräftiger Gestalt, mit hagerem, blaßem Gesicht, ohne Bart. Seine Kleidung bestand u. a. aus dunkelgrauem Jacketanzug, dunkler Mütze. Die Tasche enthielt u. a. ein Sparkastenbuch der Sparkasse I auf den Namen Cecille Schaller lautend, mit einer Einlage von etwa 100 Mk., ein altes grünes Damenportemonaie mit einem Zwanzigmärkstück und kleiner Münze, 2 kleine Schlüssel sowie ein weißes E. S. gezeichnetes Taschentuch. Mitteilungen, die zur Ermittlung des Unbekannten führen könnten, würden der Polizei sehr erwünscht sein.

Die Rettungsgesellschaft (Samaritanerverein) hat im Jahre 1908 einen Fehlbetrag von 7325 Mk. zu verzeichnen. Er hat infolgedessen an den Rat der Stadt Leipzig das Ersuchen gerichtet, einen schon früher gestellten Antrag jetzt zu genehmigen. Der Antrag geht dahin, den von der Stadt geleisteten Jahresbeitrag von 25 000 Mk. dauernd um 10 000 Mk. zu erhöhen und den Fehlbetrag von 1908 zu bedenken. Da der Rat die Erhebungen über die Uebernahme der Tätigkeit des Vereins in städtische Regie noch nicht abgeschlossen hat, schlägt er den Stadtverordneten vor, der Rettungsgesellschaft zur Deckung des Fehlbetrages 6000 Mk. zu gewähren und von der Kündigung des Vertrages vorläufig abzusehen.

Stellenswindel. In Leipziger Zeitungen erscheinen Anzeigen, in denen Stewards (Schiffsteuermann) usw. gesucht werden. Es handelt sich hierbei um großen Stellenswindel. Dazu wird uns nun mitgeteilt, daß wir doch vor diesen Inseraten warnen sollen. Gegen Einbindung von 2 Mark oder gegen Aufnahme von 245 Mark erhält der Beschäftigte weiter nichts als ein Heftchen, heisst: Zur See. Dieses Heftchen ist wahrscheinlich überall für wenige Groschen zu haben. Ein heiliger Schemabrief wiederholt den Inhalt der Broschüre nochmals ganz kurz und enthält nur noch eine Tabelle der Abfahrtszeiten der verschiedenen Dampfer des Norddeutschen Lloyd. Das ist alles für 2—245 Mark. Also die Stellen werden für diesen Preis nicht etwa nachgewiesen, sondern wird dem Stellensuchenden empfohlen, an eine Schiffsgesellschaft zu schreiben, in diesem Falle an den Norddeutschen Lloyd. Von diesem erhält man dann einen für diese Zwecke gleich gedruckten Brief, daß Bedarf an Stewards usw. nicht vorliegt, daß dieser durch erfahrene Leute vielmehr hinreichend gedeckt sei. Nicht anders wird es dem Stellensuchenden auch bei den übrigen Gesellschaften ergehen. Also die, die nicht alle werden, sind das Geld los und trotzdem ohne Stellung.

Warnung vor einem Betrüger. In der Provinz Schlesien und auch in einigen Gegenden des Königreichs Sachsen ist ein Notrührer aufgetreten. Im angeblichen Auftrag der Firma Richard Bong u. Co. verkauft er das jetzt nur 16 Mark kostende Auch Bils, Naturheilverfahren, läßt sich aber dafür 20 Mark bezahlen und verspricht den Bestellern, daß ihnen in einiaen

Tagen das Buch zugehen werde. Die Besteller haben aber dann das Nachsehen. Der Schwindler benutzt zum Ausfertigen der Zusendungen Formulare mit Firmenbezeichnung. Bisher ist er in Bittau, Baugen, Freiberg, Chemnitz, ferner in Breslau, Frankfurt a. S., Grünberg und Wriitz aufgetreten. Beschrieben wird der Betrüger: 28 bis 30 Jahre alt, unterseht, hart, mit rötlichem Spitzbart. Er soll Brille oder Klemmer tragen und sächsischen Dialekt sprechen.

Unfälle auf der Straße. Am Sonnabend stürzte ein 12-jähriger Knabe beim Herumklettern auf dem Bräuengeländer des Schrebersteiges auf die mit Steinen angelegte Böschung des Eifersteiges und schlug sich den rechten Arm auf.

In der Marienstrasse lief am Sonnabend abend ein sechs-jähriger Knabe direkt gegen einen Motorwagen der Straßenbahn. Der Knabe wurde umgerissen und erlitt Quetschungen der Beine und der Brust.

Auf der Kreuzung der Neuhörsen Hallischen Straße und Pindentaler Straße in L.-Gohlis stieß am Sonnabend ein Protogehir mit einem Straßenbahnwagen zusammen. Beide Fahrzeuge wurden leicht beschädigt.

Am Augustusplatz glitt gestern gegen abend ein Mollerreisitzer bei Auffrängen auf die Straßenbahn ab. Er kam zu Falle und geriet mit dem linken Fuß unter das Schuttbrett des Anhängewagens, wobei er einen Knochenbruch davontrug.

Selbstmorde. Erschossen aufgefunden wurde im Revierort Hohen des Emmewitzer Holzes ein junger Mann, dessen Persönlichkeit noch nicht festgestellt werden konnte. Der Tote ist ungefähr 20 Jahre alt, schlank, hat dunkelblondes Haar, Anflug von Schnurrbart und trägt einen grauen Jacketanzug, schwarzen, steifen Hut, blau- und gelbgestreifte Oberhemd, S. H. gezeichnet, und weiß- und graugestrichelte Armatte. Ferner fand man bei dem Toten eine silberne Taschenuhr vor, in deren Deckel der Name L. Schmeier, Eger, eingegraviert ist. Der Leichnam befindet sich in der Anatomie.

Mit Leuchtpistole hat sich in seinem Kontor in der Eisenstraße ein 30 Jahre alter Kaufmann aus unbekanntem Grundem vergiftet. Der Selbstmord wurde heute früh beim Leisnen des Kontors bemerkt.

Wegen begangener Mitteltatsverbrechen wurden ein 27 Jahre alter Unterbeamter aus Altstadt-Vorna und ein 20-jähriger Buchbinder aus Chemnitz festgenommen.

Das entführte Automobil. Mit einem Automobil im Werte von 7000 Mark ist der 29 Jahre alte, aus Biberach gebürtige Schlosser und Chauffeur Wilhelm Böttler aus Stuttgart durchgegangen. Das Fahrzeug trägt die Marke La Metallurgica und die Bezeichnung III A. 119. Es ist rot lackiert, zweifelhig und hat zwei Führersitze, hellrote Räder sowie firschrote Federposten.

Ein Betrüger ist wiederholt in den Wohnungen abwesender Aufseher erschienen und hat von den Angehörigen Geld zu erschwindeln versucht, wobei er erzählte, der Aufseher habe etwas entweilt gefahren und müsse sofort Ersatz leisten. In einem solchen Falle nannte sich der Schwindler Artur Schneider, in einem andern Alfred Schneider. Beschrieben wird er: etwa 30 Jahre alt, übermittelgroß, mit blondem Schnurrbartchen, bekleidet mit dunklem Jackett und Sportmütze.

Religionsdiener worden ist der Leichnam der am 13. d. M. im Eifermühlgraben an der Leisingstraße aufgefundenen weiblichen Person. Die Tote ist ein in der Kaiser-Friedrich-Straße in L.-Gohlis beheimatet gewesenes 26 Jahre altes Dienstmädchen aus Hildburghausen. Es ließ sich über den Beweggrund zu dem zweifellos vorliegenden Selbstmord nichts bestimmtes ermitteln.

Aus der Umgebung.

Sommerfeld. Aus dem Gemeinderat. In der Sitzung vom 19. Mai wurde Kenntnis gegeben von einem Schreiben des Bauinspektors Lubowski, nach dem der Bauunternehmer Pentzsch die Schloßsteinreinigung zwecks Uebernahme der Ortsteilreinigung durch die Gemeinde jetzt nicht vornehmen könne. Schuld an dieser Verzögerung ist natürlich die von den Unternehmern in Szene gesetzte Ausperrung der Bauarbeiter. Der Gemeinderat beschloß gegen die Stimmen der Unausführenden der 5. Klasse, dem Unternehmer einen 14tägigen Aufschub zu bewilligen. — Von hiesigen Geschäftsleuten sind 33 Warenproben entnommen worden, von denen nur zwei unwesentliche Beanstandungen erfahren haben. — Der Gemeinderat beschloß, den Fleischbeschauer nicht als inaktivverweigerungs-pflichtigen Angestellten anzuerkennen. — Betreffs der elektrischen Ueberlandzentrale wurde mitgeteilt, daß die Ringleitung unterirdisch gelegt und vom Leitern Bild am Feldrain entlang nach Sommerfeld und Engelsdorf geführt wird. — Wegen der Aufnahme eines weiteren Darlehens zum Schloßbau usw. sollen zunächst noch Verhandlungen gepflogen werden. — Hierauf wurde das baurechtliche Ortsgesetz weiter beraten. Zu verschiedenen Punkten desselben beschloß das Kollegium Änderungen. Der dritte Paragraph, der von der Anbringung der Kosten zu Beschleunigungszwecken, Fußwegherstellung usw. handelt, wurde aber nicht erliebt, sondern wiederum vertagt. — Da der der hiesigen Gemeinde gehörige Siedelort in der Friedhofshalle untergebracht ist, der neue Totengraber, der den Schlüssel zu dieser Halle hat, aber in Borsdorf wohnt (11), soll, um bei einem event. Unglücksfälle zu jeder Zeit schnellstens den Siedelort requirieren zu können, der Kirchenvorstand ersucht werden, noch einen Schlüssel anzufertigen zu lassen, der vielleicht im Gemeinbeamt aufzubewahren wäre. Auch soll der Kirchenvorstand ersucht werden, die kleine Friedhofstüre nachts verschließen zu lassen.

Modau. In der letzten Gemeinderatsitzung wurde nach Erörterung eines Urlaubsgesuchs mitgeteilt, daß bei der Arbeiterzählung am 2. Mai 456 im Orte beschäftigte Arbeiter gezählt worden sind. — Vom Bericht des Revisionsverbandes wurde Kenntnis genommen. — Da die Gemeinde Wiederbeschäftigung ablehnt, Wasser von Modau zu entnehmen, brauchen in der verlängerten Bahnstraße nur 10 Zentimeter weite Mannesmannrohre eingelegt zu werden, von denen 500 Meter bei Vater in Dresden in Auftrag gegeben werden sollen. — Die Elektrische Straßenbahn hat es wiederum abgelehnt, einen Ausbau der Gleise in der Leipziger Straße vorzunehmen. Die Gesellschaft soll nun ausgefordert werden, die im vorigen Jahre gemachte Bedingung einzuhalten und den Ausbau in der Hauptstraße vorzunehmen. — Der Beitritt zum Deutschen Reichsverband für Landgemeinden und kleine Städte wurde abgelehnt. — Der Vorstand der Ueberlandzentrale fragte an, ob Modau Oberleitung oder Kabel haben wolle; für Kabel soll die Gemeinde die entstehenden Mehrkosten tragen. Der Gemeinderat entschied sich für Kabel, beschloß jedoch, so lange zu warten, bis der Vertrag mit der „Elektrischen“ gelöst ist. — Für das Tür- und Fensterstreichen im Rathaus sowie für das Streichen der Wasserposten sollen Anschläge ausgegeben werden. — Das Meiningen der Heizungsanlage im Rathaus wurde der Firma Rajen übertragen. — Dem Gesuch des Steinsegenmeisters Weisflog um Abgabe von Wasser wurde stattgegeben, unter der Bedingung, daß 20 Pfg. pro Kubikmeter entrichtet werden. — Von zwei Gesuchen um Befreiung von der Pflichtfeuerwehr wurde eines genehmigt, das andere abgelehnt. — Der Vembernung der Wasserwerkordnung wurde zugestimmt.

Thelma. Aus dem Gemeinderat. In Vertretung des erkrankten Gemeindevorstandes begrüßte der Gemeindevorstand H. Kolbe den bei der am 8. Mai stattgefundenen Ergänzungswahl als Ersatzmann gewählten Anführer H. Hülner, der nunmehr an Stelle des verstorbenen Anführer G. Steinert das Amt bis 1914 zu vertreten hat. — Die dies-jährige Grasverpachtung ergab einen Erlös von 58.70 Mk. — Das Gesuch des Fabrikbesizers Blante in Leipzig-Plagwitz, der beabsichtigt, in hiesiger Gasse eine Fabrik mit Wohnhäusern zu bauen und auch um Steuerermäßigung nachgesucht hatte, wurde zurückgezogen. — Auf eine Anfrage des Vorstandes des Gemeindevorstandes für das Elektrizitätswerk Leipzig-Land sprach sich der Gemeinderat für eine Oberleitung aus. — Mit den Besitzwechselabgaben der Gontardschen Erben im Betrage von 2850 Mk. erklärte sich der Gemeinderat gegen eine Stimme einverstanden. — Auf die Eingabe des Rechtsanwalts Dr. Jehme in Leipzig über die Wertzuwachssteuer für Gontards Erben wurde nicht eingegangen. Es soll an der eingestellten Summe festgehalten, eventuell die Sache weiter zum Austrag gebracht werden. — Gegen das Vaugesuch des Milchhändlers Püttger wurde nichts eingewendet. — Das Gesuch von Friedrich Kautz, um Erlaubnis zum Branntweinleinhandel, wurde beschworen. — Ferner wurden sogenannte Grundböse aufgestellt über die Abschätzung des Grund und Bodens resp. Areals zur Einführung der Grundwertsteuer im Orte. Diesmal blieb der Gemeinderat beschlußfähig.

Borsdorf. Aus der Haft entsprungen. Dem Sträfling Paul Hugo Graupner aus Thelma, der von Hohened dem Amtsgericht Laucha zugeführt werden sollte, gelang es, in der Nähe des Gewinneberges seinem Transporteur zu entfliehen. Er rannte durch die Sandgrube und den Park und war den Blicken seines Verfolgers bald entschwunden. Bis jetzt hat man des Flüchtlings nicht wieder habhaft werden können.

Nodelwitz. Der Staat ist wieder einmal gerettet. Der Turnverein Vorwärts in Nodelwitz wollte am 24. April einen Umzug arrangieren und glaubte, dabei auch das Banner des Vereins mitführen zu dürfen. Das die gelben und blauen Farben des Banners etwas Staatsgefährliches an sich haben könnten, daran hätten die Turner nicht gedacht. Man nahm an, daß nach preussischem Unterlandverständnis nur eine Anmeldung des Umzugs beim Amtsvorsteher notwendig sei. Aber weit gefehlt. Zunächst wurde ein Mitgliederverzeichnis gefordert. Nach dem Hinweis, daß es sich gar nicht um eine politische Organisation handle, wurde davon Abstand genommen. Aber auch noch das Banner des Vereins mitzuführen: „Rein, das gibt's nicht.“ Zunächst mußte das frühere Vereinsmitglied, der jetzige Ortspolizist Late in höchst eigener Person in der Wohnung des Bannerträgers die Fahne ausmessen und beschreiben. Der Mann ist nebenbei bemerkt Trichinenbeschauer, und jedenfalls mit Mitleid auf sein scharfes Auge hielt man ihn für sehr geeignet, das verpönte Not zu finden. Kurzum, die Mitführung des Banners wurde vom Amtsvorsteher verboten, mit Rücksicht auf die Gefährdung der öffentlichen Ruhe und Sicherheit. Die Turner konnten nicht begreifen, daß durch die gelb und blaue Fahne, die allerdings auch einige Tage rot enthält, der preussische Staat ins Wanken gebracht werden könnte. Sie legten Beschwerde ein, worauf folgende Antwort kam:

Der Königl. Landrat. Merseburg, den 13. Mai 1910.

Auf die Beschwerde vom 25. v. M. Nach den Ermittlungen sollte bei dem Umzug am 24. v. M. die rote (!) Vereinsfahne mitgeführt werden. Da hierdurch die Gefahr vorlag, daß unter Teilen der Bevölkerung eine weitgehende Erregung verursacht wurde, deren Folgen sich nicht übersehen ließen, war eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit, Ordnung und Ruhe vorliegend und das Verbot des Amtsvorstehers gerechtfertigt. An den Turnverein Vorwärts in Nodelwitz.

Aufreizender konnte die „rote“ (!) Fahne jedenfalls nicht wirken, als dieses amtliche Schriftstück, das die ganz unverständliche Maßregel des Amtsvorstehers entschuldigt. Daß aber mit dieser Art Staatsaktion kein besonderer Staat zu machen ist, hat ansehnend auch der Landrat eingesehen, deshalb mußte das Banner blau-gelb-rot amtlich zur „roten Fahne“ gestempelt werden. Und damit glaubt man eine unhaltbare Maßregel rechtfertigen zu können.

Zwenkau. Waldbrand. In Abtheilung 37 des Zwenkauer Staatsforstreviers, unweit der Koburger Straße, entstand am Abend des 20. Mai ein Waldbrand, durch den ungefähr 30 Quadratmeter dreijährige Kiefernplanken vernichtet wurden. Die Entstehungsurache des Feuers ist unbekannt.

Böhlz. Geisteskrank. Die ledige Marie Anna Belmerhaus, die seit ungefähr acht Tagen vermißt wurde, ist in Leipzig geistig erkrankt ausgeföhrt und in die Erziehungs- und Pflegeanstalt zu Pindarnau eingeliefert worden.

Rötha. Das städtische Freibad ist vom 23. Mai an wieder geöffnet. Die Badegzeiten sind folgende: Für Männer und Knaben Dienstags, Mittwochs, Freitags, Sonnabends und Sonntags von früh 8 Uhr bis nachmittags 1 Uhr, Montags, Mittwochs, Donnerstags und Sonntags von 2 bis 9 Uhr nachmittags und Sonnabends von 5 bis 9 Uhr nachmittags. Für Frauen und Mädchen Montags und Donnerstags von früh 8 Uhr bis nachmittags 1 Uhr; Dienstags und Freitags von 2 bis 9 Uhr nachmittags und Sonnabends von 2 bis 4 Uhr nachmittags. Das Baden der Kinder im Bade der Erwachsenen sowie das Baden im freien Wasser der Pleiße oder des Mühlgrabens innerhalb der Stadtflur ist streng verboten. Zuwiderhandlungen gegen dieses Verbot sowie jede unwillkürliche Beschädigung oder Verunreinigung der Badeanstalt werden mit Geld bis zu 10 Mk. oder Haft bestraft. Im übrigen wird auf die Bekanntmachung vom 7. August 1894, die in den Badegzellen angeschlagen ist, verwiesen.

Delitzsch. Der Schnapstempel. Die beiden Dienstleute Otto B. und Otto G. von Gerbsdorf waren am 14. März zur Stellung gewesen und hatten unterwegs der Flasche fleißig zugesprochen. In sehr „gehobener“ Stimmung trafen sie ihren Freund, den Schmiedegesellen Böhlz, den sie aufforderten, mit ihnen zu trinken. Als Böhlz diese freundliche Einladung ablehnte, wurden die beiden ungemütlich, fielen über ihren Freund her und bearbeiteten ihn mit Häufen und Füßen, daß er erge Beulen und Verletzungen davontrug. Vorgestern hatten sich die beiden Anechte vor dem hiesigen Schöffengericht zu verantworten. Ihre Trunkenheit bewahrte sie vor einer empfindlichen Strafe. Sie wurden zu 15 bzw. 10 Mark Geldstrafe verurteilt.

— Tropykoller als Milderungsgrund. Wegen Beamteneleidigung, Widerstand und Körperverletzung hatte sich vor dem hiesigen Schöffengericht der Kupferschmied Albert J. zu verantworten. Am 24. Februar, früh um 5 Uhr, kam der Angestellte zum Bahnhof, um einen befreundeten Eisenbahnbeamten zu sprechen. Vom Bahnpraktikanten Better, der an diesem Tage die Polizeigewalt auf dem Bahnhofs ausübte, wurde J. gefaßt, sein Freund sei jetzt nicht zu sprechen. Dadurch fühlte sich J. beleidigt. Er schlug den Beamten ins Gesicht und beleidigte ihn auch mit Worten. Vor Gericht machte der Anwalt des Angeklagten geltend, J. habe sich 5 Jahre in Kamerun aufgehalten und sei dadurch sehr leicht erregbar geworden. Das Gericht schien auch der Meinung zu sein, daß der Aufenthalt in den Kolonien aufregbar und zu Hoffnungen genügt mache. Es billigte dem Angeklagten mildernde Umstände zu und verurteilte J. wegen des Widerstandes zu 20 Mk. Geldstrafe oder 4 Tage Gefängnis, wegen Körperverletzung auf 20 Mk. Geldstrafe, eventuell 4 Tage Gefängnis und wegen öffentlicher Beleidigung zu 10 Mk. Geldstrafe, eventuell 2 Tage Gefängnis.

Marktronsfädeln. Wegen Unterschlagung von Geschäftsgeldern ist der Kontorbote der Rauchwaren-Juriderei und -Färberei, Aktiengesellschaft, vormalig Louis Walthers Nachfolger, Kern, verhaftet worden. In kurzer Zeit war es viermal vorgekommen, daß in plombierten Geldsäcken, die Kern von der hiesigen Filiale der Kreditanstalt geholt hatte, angeblich Beträge bis zu 200 Mark fehlten. An der Ehrlichkeit des Kassentoten zweifelte jedoch zunächst niemand, da Kern seinen Posten schon viele Jahre verwaltete, ohne jemals Anlaß zu irgendwelchem Verdacht gegeben zu haben. Andererseits war es kaum möglich, daß an den in den Banken unter Kontrolle hergestellten Geldpaketen wiederholt etwas fehlen konnte. Als sich der Fall wiederholte, wurde im Interesse des Personals Anzeige erstattet. Und nun rückte Kern plötzlich mit dem Geständnis heraus, daß er das fehlende Geld unterschlagen habe. Er habe beim Aufzählen des Geldes an den einzelnen Häufchen, die 50 Mark betragen sollten, immer ein Pfennigstück fehlen lassen. Der Kassierer hatte das Geld, im Vertrauen auf die Ehrlichkeit des Boten, ohne nachzuzählen übernommen und die Differenz erst beim Lohnabrechnen bemerkt.

10. Verbandstag der Friseurgehilfen Deutschlands.

kr. Nürnberg, 20. Mai.

Die Hauptarbeit des Verbandstags ist die vollständige Umgestaltung des Verbandstatuts, wozu vom Hauptvorstand eine Vorlage unterbreitet wurde und zu der eine ganze Menge Anträge vorlagen. Eine Kommission wurde mit der Aufgabe betraut, Vorlage und Anträge einer Vorberatung zu unterziehen. Der Verbandstag erledigte die Angelegenheit in sechsständigen Verhandlungen. Von den gefassten Beschlüssen können nur die wichtigsten hervorgehoben werden. Einmütig wurde beschlossen, daß Mitglieder, die selbständig werden, Mitglied bleiben können, doch dürfen sie keiner Korporation der Selbständigen, mit Ausnahme der Zwangsgewerkschaften, angehören. Fortan werden auch weibliche Mitglieder in den Verband aufgenommen. Die zweite Beitragsklasse, die erst vor einem halben Jahre durch Abstimmung eingeführt wurde, wird wieder beseitigt, wenigstens für männliche Mitglieder, die durchweg wieder 50 Pfg. Beitrag zu zahlen haben; die zweite Klasse mit dem 30-Pfennig-Beitrag bleibt nur den weiblichen Mitgliedern vorbehalten.

Die Unterstützungs-Einrichtungen wurden in verschiedenen Punkten erweitert. Bisher bestanden neben der Streifenunterstützung und Gemahregelunterstützung der unentgeltliche Rechtsschutz bei Prozessen aus dem Arbeitsverhältnis oder aus der Verbandstätigkeit, Erwerbslosenunterstützung bei gewöhnlicher Arbeitslosigkeit, bei ausfallswesiger Sonnabends- oder Sonntagsbeschäftigung und bei Erkrankung mit Erwerbsunfähigkeit, ferner Reiseunterstützung; neuergeleitet werden Reisunterstützung bis zum Betrage von 20 Mark, wobei als besonderer Notfall auch die nach Ablauf der Arbeitslosenunterstützung andauernde Arbeitslosigkeit gilt; Sterbegeld in der Höhe von 20 bis 40 Mark, das auch beim Tode des Ehegatten eines Mitgliedes gewährt wird.

Ein Antrag München, den Verbandstag nur alle drei Jahre abzuhalten, wurde abgelehnt, vielmehr wurde beschlossen, daß der Verbandstag in der Regel alle zwei Jahre, längstens aber binnen 2½ Jahren einzuberufen sei. Die Diäten wurden auf 2 Mark pro Tag festgesetzt, für die Reisetage wird neben dem verauslagten Fahrgehalt noch der halbe Betrag desselben gewährt.

Für größere Verwaltungsstellen kann der Verbandsvorstand mit Zustimmung des Verbandsausschusses besoldete Beamte anstellen, deren Gehalt aus der Hauptkasse bestritten wird.

Beschlossen wurde ferner, für die Verbandsführer einen Kommissar zu den Unterstützungs-Einrichtungen heranzuziehen. Dem Vorstand überwiesen wurde ein Antrag, an die Regierung das Ersuchen zu richten, Haararbeiten in Gefängnissen, Justizhäusern und Korrektilionsanstalten nicht herstellen zu lassen.

Breslau beantragte, den nächsten Verbandstag in Breslau abzuhalten. Dagegen wendete sich der Vorsitzende Eckorn mit dem Hinweis auf die ungünstige geographische Lage, wodurch die Kosten erheblich steigen würden. Es werden nach Dresden und Berlin vorgeschlagen; in geheimer Abstimmung wurde Berlin gewählt.

Es lag ein Antrag vor, einen einmaligen Extrabeitrag von 50 Pfg. für die ausgesperrten Bauarbeiter zu erheben. Hiergegen wendete sich Eckorn, da es mit einem einmaligen Extrabeitrag nicht getan sei, man solle lieber den Zweigvereinen empfehlen, für die Ausgesperrten regelmäßige Extrabeiträge zu erheben. Dieser Antrag wurde angenommen mit dem Zusatz, daß an den Orten, wo durch die Gewerkschaftskartelle die Sammlungen betätigt werden, die Mitglieder sich daran nach Kräften beteiligen wollen. Aus der Hauptkasse wurden 500 Mark für die ausgesperrten Bauarbeiter bewilligt.

Hierauf folgten die Wahlen. Als Verbandsvorsitzender wurde Eckorn, Berlin mit 13 Stimmen bei einer Stimmenthaltung, als Verbandssekretär von Angerer, Berlin, als Kassier Hermann Stadelmann, Altona wiedergewählt.

Die Frage, ob der Verband sich auf dem Kongress einer internationalen Kongress vertreten lassen sollte, wurde bejaht, zum nächsten Gewerkschaftskongress wurde Eckorn gewählt; für den Fall, daß bis dahin der Verband auf zwei Delegierte Anspruch hat, wurde vorsorglich Bernste-Berlin als zweiter Delegierter bestimmt. Zur internationalen Konferenz in St. Gallen wurden außer Eckorn, der als Sekretär ohnehin teilnimmt, Wittmann und Bernste bestimmt. Dem Ersuchen der schweizerischen Bruderorganisation, ihr das Verbandsorgan zum Selbstkostenpreise von 85 Pfg. pro 100 Exemplare zu liefern, wurde angenommen.

Damit waren die Verhandlungen beendet. Mit den üblichen Ansprachen und einem Hoch auf die moderne Arbeiterbewegung wurde der Verbandstag geschlossen.

Aus der Partei.

Braunschweiger Justiz. Zu dem drakonischen Urteil des Braunschweiger Landgerichts gegen den Genossen Brenner, das wir bereits am Sonnabend kurz meldeten, wird uns noch geschrieben:

Nachdem bereits Genosse Besenmeier wegen einiger Volksfreundartikel zu 17 Monaten Gefängnis verurteilt worden ist, hatte sich am Freitag vor der Strafkammer desselben „unbefangenen“ Herrn Landgerichtsdirektors Rossmann, Genosse Brenner wegen eines Artikels im Volksfreund: Die Wägen am Eiermarkt und die Intenpolizisten des Reichswahlvereins zu verantworten. In dem Artikel soll der Landtag beleidigt worden sein. Zum besseren Verständnis sei bemerkt, daß das Landtagsgebäude am Eiermarkt liegt und daß der Reichswahlverein eine Abart des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie ist. Der Artikel enthält eine Kritik des Landtags, von dem gesagt wird, daß er ohne Vollmacht des Volkes mit impertinenter Selbstgefälligkeit und arroganter Amtsmiene das Volk zu regieren sich annehme. Der Landtag treibe Wanzentaktik, mißachte die Wahlrechtsforderung des Volkes usw. Der Staatsanwalt hat 7 Sätze als beleidigend aus dem Artikel herausgeholt und verlangte Bestrafung wegen Vergehen gegen die §§ 185, 186 und 187 des Reichsstrafgesetzbuchs.

Vor der Verkündung des Eröffnungsbeschlusses beantragte der Verteidiger, Genosse Dr. Jasper, die Ablehnung der sämtlichen 7 Richter wegen Beforgnis der Befangenheit und begründete den Antrag mit dem Verhalten der Richter bei den Wahlrechtsprozessen des Genossen Besenmeier, bei dem besonders der Vorsitzende sich parteiisch benommen habe. Zwei der Richter seien zudem Mitglieder des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie, der in dem Artikel auch angegriffen sei. Ueber diesen Antrag hatte die Zweite Strafkammer zu befinden, die ihn nach längerer Beratung ablehnte und die Richter für völlig unbefangenen erklärte.

Auch der weitere Antrag der Verteidigung wurde abgelehnt, den Schriftsteller Delbrück-Berlin als Zeugen für die Steuerhinterziehungsgeschichte der Agrarier, und den Minister Wolf, sowie den Landhygieniker Kloue und einige Landtagsabgeordnete dafür zu laden, daß die Schulverhältnisse im Herzogtum sehr schlecht seien, daß der Landtag über die monatelange Abwesenheit des Agenten im Auslande in geheimer vertraulicher Sitzung beraten habe, daß Anträge und Bittschriften des Volkes auf Wahlrechtsänderung achtlos beiseite geworfen seien, daß der Abgeordnete Kloug in der Landtagsdebatte erklärt habe: „Nicht was der Sozialdemokratie kommt, lehne ich annehmen ab.“ Aus den Aussagen dieser Zeugen sollte bewiesen werden, daß ein solches Vorgehen gegen diesen Landtag nötig gewesen sei. Das Gericht stellte die schlechten Schulverhältnisse des Herzogtums als gerichtsbekannt hin, auch daß die Zeugen im Sinne der Angaben der Verteidigung aussagen würden, und lehnte aus diesem Grunde die Ladung ab.

Der Staatsanwalt beantragte sodann Bestrafung nach § 186 des Reichsstrafgesetzbuchs, weil dem Landtag pflichtwidriges Verhalten vorgeworfen worden sei. Mit sechs Monaten Gefängnis sollte Brenner das büßen. Das Urteil lautet wegen formaler Beleidigung auf 5 Monate Gefängnis mit den üblichen Nebenstrafen. Im Verlaufe von wenigen Wochen sind so über 2 Redakteure des Volksfreund 22 Monate Gefängnis verhängt worden, weil sie in etwas scharfen Worten für die Rechte des Volkes eingetreten sind.

Grober Unfug. Der Verleger und ein Redakteur unseres Frankfurter Parteiorgans erhielten am Sonnabend jeder ein Strafmandat von 30 Mark. Sie sollten groben Unfug verübt

haben, weil sie eine blutige Hofe, eine Trophäe der Polizeimassakers anlässlich einer Wahlrechtsdemonstration, im Schaufenster der Expedition des Blattes ausgestellt hatten.

Vier Prozesse an einem Tage hatte unser Breslauer Parteiblatt wieder einmal zu verzeichnen. Genosse Dars wurde zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt wegen der Kritik eines Urteils der Strafkammer in Hohenfalsa, die wegen eines Jungentretens zwei 12jährige Polenkinder zu einem Jahr bzw. einem Jahr und einer Woche Gefängnis verurteilt hatte. — Genosse Schiller erhielt 75 M. Geldstrafe. Er soll den Fürsten von Pleh, Hans Heinrich XV., dadurch erneut beleidigt haben, daß in einem Prozeßbericht die intimierten Artikel noch einmal nachgedruckt wurden. In zwei früheren, gleichliegenden Fällen waren die Redakteure freigesprochen worden. — Wegen angeblicher Beleidigung eines katholischen Pfarrers wurde dann Genosse Schiller zu 100 M. und Genosse Dars zu 30 M. Geldstrafe verurteilt. Unter Anklage standen hier zwei Artikel, die wüste Schimpfereien des Pfarrers auf die Sozialdemokratie ins rechte Licht setzten.

Eine Konferenz von Delegierten der thüringischen Landtagsfraktionen wird am 10. Juni im Volkshaus in Weimar stattfinden. Als vorläufige Tagesordnung soll über die Regelung des Materialaustauschs beim Schaffung einer Sammelstelle, die Wertzuwachssteuer und die Schiffsabgaben verhandelt werden.

Von Nah und Fern.

Furchtbarer Wollenbruch.

In der Distriktermark hat ein Wollenbruch eine große Ueberschwemmung angerichtet. Eine Anzahl Arbeiterbaracken des Elektrizitätswerks wurden weggerissen. Zwanzig Personen sind ertrunken. Nach einer Meldung der Neuen Freien Presse aus Graz ging über das ganze Raabtal vergangene Nacht ein furchtliches Unwetter mit heftigem Wollenbruch nieder, so daß in kurzem die Raab zu einem reißenden Strom geworden war, der weite Uferflächen überschwemmte. In der Nähe des Weitzer Elektrizitätswerks wurde eine Arbeiterbaracke von den Wellen weggerissen. 19 slowakische Bauarbeiter, die sich in der Baracke befanden, ertranken. Fische wurden 12 Leichen geborgen. Der Schaden des Unwetters wird auf viele Millionen geschätzt.

Brand im Münchner Elektrizitätswerk.

München, 22. Mai. Heute nacht 1/2 Uhr brach in dem städtischen Elektrizitätswerk in der Zweibrückener Straße ein gefährlicher Brand aus. Innerhalb kürzester Frist waren sämtliche Apparate und Dynamos für Licht und Kraft vollständig zerstört. Infolgedessen wurde der Straßenbahnbetrieb und die Straßen- und Hausbeleuchtung unterbrochen. Die ganze Nacht wurde gearbeitet, um provisorische Kabel für den Straßenbahnverkehr herzustellen, der heute vormittag wieder aufgenommen werden konnte. Die Lichtversorgung sollte durch provisorische Anlagen bis heute abend wieder in Ordnung gebracht werden. Der Brandschaden beträgt mehrere Millionen Mark. Das Werk ist außer Betrieb. Verursacht wurde der Brand durch Kurzschluss. Verletzt wurde niemand.

Briefkasten der Redaktion.

N. 111. Eine Frühlingnacht von Theodor Storm, Opus 8, Verlag von Carl Kummer, Leipzig.

Auskunft in Rechtsfragen.

D. 100. Sie können höchstens auf Aufhebung des Pfändungsbeschlusses antragen, da Ihr minimales Einkommen kaum ausreicht, den Unterhalt für Ihre eigene Familie zu bestreiten.

B. 2. in A. Die Forderung verjährt erst in 30 Jahren, die Zinsen können also für die ganze Zeit gefordert werden. Der Gläubiger hat es zunächst nur mit dem Besten des Grundstücks zu tun, der sich dann eventuell mit den andern Erben auseinanderlegen kann. Den Agenten haftbar zu machen, dürfte kaum gelingen.

V. G. Die Forderung muß bezahlt werden. R. 3. 1001. Das Fahrrad kann gepfändet werden. Ebenso die während der Ehe angeschafften Möbel, soweit sie nicht zur Fortführung des Hausstandes notwendig sind.

Küchenzettel der städtischen Speiseanstalten.

Dienstag:

Speiseantritt I (Kohlrabispag): Rind mit feiner Wurst.
Speiseantritt II (Tafelpag): Kartoffelschädelchen und Nudeln mit Schweinefleisch.
Speiseantritt III (Käsepag): Sauerzahn mit Schweinefleisch.
Speiseantritt IV (Aalepag): Rind mit Rindfleisch.
Speiseantritt V (Bismarckpag): Rind mit Nudeln und Salat.
Speiseantritt VI (Rindpag): Rind mit Nudeln und Salat.
Speiseantritt VII (Rindpag): Rind mit Nudeln und Salat.



Kaufhaus Gehr. Joske

Lebensmittel!



Diese
Wochel

Solange
Vorrat!

Bekannt prima Qualität!

Die noch vorhandenen Bestände in **Gemüse- u. Früchte-Konserven** stellen wir in dieser Woche **zu bedeutend reduzierten Preisen zum Verkauf.**

Garantie für jede Büchse!

[10842]

	1-Pfd.-Dose		2-Pfd.-Dose	
Mirabellen	—	68		
Melange	—	90		
Stachelbeeren	40	—		
Birnen	36	—		
Reineclauden	48	80		
Sauerkirschen ohne Stein	—	1.05		
Pflaumen mit Stein	28	38		
Kirschen schwarz, ohne Stein	60	1.10		
Erdbeeren	68	1.15		
Aprikosen	—	1.05		
Früchte-Melange	—	68		
Pflirsiche	72	1.30		
Himbeersaft nach deutschem Arzneibuch 1/1 Flasche			95	

	1-Pfd.-Dose		2-Pfd.-Dose	
Pa. Stangenspargel stark	—	1.75		
Pa. Stangenspargel mittel	68	1.15		
Pa. Stangenspargel dünn	58	1.05		
Schnittspargel mit Köpfen	—	95		
Schnittspargel lange Abschnitte	45	68		
Schnittspargel kurze Abschnitte	38	48		
Leipziger Allerlei sehr fein	40	68		
Leipziger Allerlei prima	45	80		
Junge Erbsen allerfeinste Qualität	93	1.15		
Junge Erbsen extra fein	43	85		
Prima Schnittbohnen	—	28		
Junge Erbsen mittelfein	—	68		
Wachsbohnen	—	38		

Diverses	
Prima Zerelatwurst	Pfund 1.25
Prima Salamiwurst	Pfund 1.25
Braunschweiger Schlackwurst	Pfund 1.60
Prima Braunschweiger Knackwurst	Pfund 85
Büchsenfleisch	Pfund 88
Münchner Ochsenmaulsalat	Pfund 58
„Dies u. Das“ feinsto Danziger Likörmischung Fl. 1.20	
Junge grüne Bohnen	Pfund 35
Erdbeeren	Pfund 48
Stachelbeeren zum Einkochen	Pfund 15
Neue Maltakartoffeln	Pfund 12
Suppenspargel	Pfund 25

Neue Matjes-Heringe . . . Stück 12

Frische Gurken . . . 18 1/2 13

Geräucherter Lachs . . . Pfund 78

Pa. Stangenspargel stark Pfund 35

Abzahlungsgeschäfte

Liebau, Turnerstr. 27, I.

Aluminium u. Emaille

Max Richter & Co., Pl. Zochsch. Str. 67

Apfelweine

Obstweinschänke

Bäckereien, Konditoreien

Cigarrenhandlungen

Schokoladen, Hörtzsch

M. Thierbach

Leipziger Brotfabrik

Rich. Pönick, L. Henricistr. 12

Max Rahmst, Rdn., Gendnerstr. 4

Schmuck, Ernst, M. Hallische Str. 54

Beerdigungsanst. u. Sargm.

Hugo Irmert, Könnertstr. 64

Ernst Köpcke, Lindenauer Str. 5

Otto Bühlert, L. Markstr. 8

W. Stelzger, Go., Eisenachstr. 34

Beleuchtungs-Artikel

W. Jahn, Kehlgartenstr. 42

Bettfedern, Betten, Keilung

Ad. Kirscheberg, N., Reichstr. 50

H. Oldag, Südstr. 2

J. O. Schwartz, Brühl 50, Gg. 1706

J. C. Trübner, Ware, Hospitalstr. 20

Bilderrahmungen

Friedr. Franke, Eisenachstr. 8

Henric & Nagel, Gerberstr. 56

vorm. M. Igel, Einrahmung, Fabrik

G. Kretschman, Spezial, Spiegel u. Bild

Wilhelm Nieding, Kolonnenstr. 3

R. Stadler, Zeitzerstr. 1, Leipzig

Brauereien, Bierhandlg.

Brauerei Burykhanson-Leipzig

Brauerei G. W. Naumann

L. Hartkopf, Comeniusstraße 8

Melonen-Butter

Max, Zweinaudorfer Str. 6

Cacao, Schokol., Kaffee u. Tee

Schokoladen, Hörtzsch

M. Thierbach

Leipziger Brotfabrik

Rich. Pönick, L. Henricistr. 12

Max Rahmst, Rdn., Gendnerstr. 4

Schmuck, Ernst, M. Hallische Str. 54

Beerdigungsanst. u. Sargm.

Hugo Irmert, Könnertstr. 64

Ernst Köpcke, Lindenauer Str. 5

Otto Bühlert, L. Markstr. 8

W. Stelzger, Go., Eisenachstr. 34

Beleuchtungs-Artikel

W. Jahn, Kehlgartenstr. 42

Bettfedern, Betten, Keilung

Ad. Kirscheberg, N., Reichstr. 50

H. Oldag, Südstr. 2

J. O. Schwartz, Brühl 50, Gg. 1706

J. C. Trübner, Ware, Hospitalstr. 20

Bilderrahmungen

Friedr. Franke, Eisenachstr. 8

Henric & Nagel, Gerberstr. 56

vorm. M. Igel, Einrahmung, Fabrik

G. Kretschman, Spezial, Spiegel u. Bild

Wilhelm Nieding, Kolonnenstr. 3

R. Stadler, Zeitzerstr. 1, Leipzig

Brauereien, Bierhandlg.

Brauerei Burykhanson-Leipzig

Brauerei G. W. Naumann

Färberelen, Wäschereien

Hugo Luckner

Pura für Teppichreinigung

Geričke

Fahrräder, Nähmaschinen

Fischhandlungen

F. B. Große

F. B. Große

F. B. Große

F. B. Große

F. B. Große

F. B. Große

F. B. Große

F. B. Große

F. B. Große

F. B. Große

F. B. Große

F. B. Große

F. B. Große

F. B. Große

F. B. Große

F. B. Große

F. B. Große

F. B. Große

F. B. Große

F. B. Große

F. B. Große

F. B. Große

F. B. Große

F. B. Große

F. B. Große

F. B. Große

P. Bagemann

Blauners

Geyer & Schulze

Gläser

A. Lichtenstein

W. Palm

Leipziger Reparatur-Reinigungs- u. Aufbügelp-Anstalt

H. Schrüpler, Soll., Wurzn. Str. 90

M. Strich

M. Tannerl

Hüte, Mützen

Dietsch-Diesing, Aue-Hall-Str. 56

M. Metze, Taucha, Ellenbg-Str. 32/34

Gußlav Müller, Plauenische Str. 17

Horst Schmidt, Brandis, Schleibstr.

M. Schott, Zw.-F-Str. 13, Herren-Str.

Kinematographen

Trianon-Theater

Der Weltspiegel, Li., Kaiserstr.

Schmidts Flora-Theater, Waisef. Str.

Koffer, Lederwaren

K. Blach, Wdmstr. 32, Tauch. Str. 16

Kolonialwaren

Rich. Ahner, Go., Hall-Str. 74

Otto Ahms, L., Hauptstr. 41

Edmund Börner, Bogislawstr. 2

J. Fr. Cuniz, Li., Kulturstr. 22

Karl Dühne, Großsch. Windorf

Paul Dietz, Brandvorwerkstr. 15

H. Dietzsch, Selterh., Edlichstr. 2

Oskar Däge, Wurzn. Str. 83

G. C. Eisenbeck, Kirchstr. 40

Leiter- u. Kinderwagen, Korbw.

Max Kühn, auch einz. Räder

Manufakturwaren

R. Rothmann, Str., Wasserl.-Str. 20

Richard, Oetzsch, Mittelstr.

A. Lämpisch, Böhl.-E., Leipz-Str. 57

A. Neubert, Bogislawstr. 11

Max Schmidt, M. Hallische Str. 41

G. Zschuschke, Großschocher, Hauptstr.

Möbelmagazine

O. Arnold, Klzsch., Klingenstr. 35

G. Bergmann, Soll., Bautz. Str. 1

Alfred Bierig, Taucha

C. Brechtel, via-a-vis Krystallp.

Herrn. Fontus, Go., Hall-Str. 106

C. F. Gabriel, E. Reichstr. u. Goldgr.

H. Hörtzsch, Nürnberger Str. 54

Leipziger Spez.-Möbel-Laderei

Rich. Vieweg, Ludwigstr. 70

Paul Lendel, Li., Aurelienstr. 4

W. Masch, Markantstr., Markt

B. Panzer, Pl., Merseb. Str. 18

Herrn. Pfefferkorn, Großschoch.

G. Pohle, Rabat 7

Arno Pöhner, Co., Pegauer Str. 36

E. Voigt, Markantstr., Parkstr.

Molkereien

Centrale für Milchverwertung

Dessauer Str. Nr. 7

Ernst Dreylich, Sidonienstr. 9

Emilienstr. 4

Bosetr. 4, Go., Gohlisstr. 63

R. Rümmler, Li., Josephstr. 43

H. Sachse, Borsdorfer Bahnhofstr. 13

Josef Schönfelder, Li., Umlandstr. 6

Carl Scholz, Eutritzsch

J. Stechmüller, E. Siem.-u. Glederstr.

Max Straube, Litzsch, Hauptstr. 41

Rich. Thelme, Mück., Hall-Str. 82

F. Tschichner, Naunhof, Langestr. 25b

Ang. Vogel, Schkenditz

W. Weidner, Neuschl., Wurzn-Str. 20

Otto Wille, Eisenachstr. 33

E. Wilsky, Stöhl., Mülkauer Str. 1

Seifenfabrik

Georg Klinger, Petersstr. 48 u.

Sternwartenstr. 10, Tel. 1450

Tanonet, Linoleum, Wachs

Silbermann-Krausche, Querstr. 1

Uhren, Goldwaren

Max Albert, Li., Dommeringstr. 23

Paul Biedermann, Li., Markt 12

G. Bockhardt, Nacht., Zwenkau

Marlin Brief, Zwenkau

Gy. Bruchmann, Demmeringstr. 62

Lindenan, Markantstr.

A. Fischer, Mück., Hallische Str. 41

Oswald Gieseler, Sahlgölchen 7

A. Günzel, Oetzsch, nehb. d. Apotheke

Arno Haas, Eisenachstr. 55

Otto Haendke, N. Eisenbahnstr. 9

Rich. Hartert, Elsterstr. 14

H. Hennings, Böhlitz-Ehrenberg

Hilbert, Leutzsch, Hauptstr. 27

Die Möve.

Bilder aus dem Seelieben von Johan Skoldborg.
Autorisierte Uebersetzung aus dem Dänischen
von Erich Schalkjer.

191

X.

Die Möve liegt gut vertaut in Benedig — den Marmorpalästen am Kanal gerade schräg gegenüber; sie lösch den Teer, den sie im botanischen Meer geholt hat.

In wenigen Stunden sind sie mit der Arbeit fertig. Au Bord ist es still. Sie sind beim Mittagessen. Die Winde ruht und die Ketten rasseln nicht.

Die Post ist ausgeteilt worden. Jeder hat etwas bekommen. Beck studiert einen langen Brief. Der Leuchtmarose grünet, er hat von drei, vier verschiedenen Mädchen Grüße bekommen. Der Koch hat von Nachbars Grete eine Karte bekommen — sie zeigt die Anlagen zu Hause in Vilsbøing, mit der Witte Friedrich VII. im Untergrunde.

Am frühesten aber ist der Jungmann. Er hat von der Schwester des Kochs eine niedliche Karte mit einem freundlichen Gruß erhalten. Er wird nicht milde, diese Karte zu betrachten. Sie ist für ihn ein Erlebnis.

„Wenn wir wieder in den Hafen kommen, will ich Gott verdanken mich, photographiert werden“, sagt er, und spuckt weg.

Für den Steuermann ist auch ein Brief gekommen. Der Stempel ist aus Koldborg. „Sie wird sich für das Schreiben bedanken“, lächelte der Kapitän.

Der Steuermann schmunzelt in den Bart hinein. Nach dem Essen sitzen sie in der Kasse beisammen. Der Steuermann trübselt und räuspert sich. Er kann die Worte nicht finden.

„Hören Sie, Schiffer — hm — darf ich etwas bemerken?“ „Warte!“ Der Kapitän wird aufmerksam, es ist ein aparter Ton in der Stimme des Steuermanns.

„Ja, aber — hm — es bezieht sich sozusagen auf die internen Angelegenheiten.“

„Wir haben zusammen manchen Stoß durchgemacht, Steuermann, also —“

„Ja, das meine ich ja auch. Um! — Sie denken viel zu tief, Schiffer! — Freilich tun Sie das! — Zu schwer! Es geht Ihnen nicht gut in diesem Punkte.“

Pause.

Der Kapitän steht auf den Fußboden hinab: „Jeder ist, wie er ist, und daran wird sich nur wenig ändern lassen, Steuermann.“

„Doch, Schiffer, wenn es nämlich etwas ganz Falsches ist, an das man denkt. Seit der Nacht, als wir an der letzten Küste das Schiff festlegen wollten, habe ich es Ihnen oft sagen wollen, wir hätten aber soviel zu tun und — und — es sind ganz falsche Gedanken, mit denen Sie sich tragen, Schiffer —“

„Ich glaube es gern, Steuermann, aber —“ Er hielt inne, als wenn er überlegte. Er lehnte sich zurück, es war etwas Nerves, Trübsel in seinen schönen Augen.

„Dann lieber er fort.“

„An dem Abend, an dem ich mich mit Marie verlobte, war beim Wasser Kauden große Abendgesellschaft: sie war ja da im Haus. Ich lag mit der Elise sesselbar an der Zementfabrik und sollte am nächsten Tage nach Amerika gehen. Es waren einige herrliche Sommerstage gewesen.“

„Der Gerichtsadjunkt Vernild — Sie wissen, der sich jetzt als Rechtsanwalt in Vilsbøing niedergelassen hat — ja, der schenkt ihr ja heftig die Kur, und das hatte er während der ganzen Zeit getan und vielleicht lange vorher — Sie wissen, wie lieb und hübsch meine Frau war!“ Er sah den Steuermann mit Wärme an. „Um! — Ich hatte ja auch ein Auge auf sie geworfen.“

„Dann trafen wir uns auf der Vordiele — sie und ich.“

„Sie schienen mir zu strahlen.“

„Ich dachte: Es muß jetzt ein Ende haben! Vielleicht dachte ich in dem Augenblick auch gar nichts — ich hob sie ohne weiteres auf meinen Arm. Ich trug sie in den Garten hinaus, ganz bis in die untere Laube hinab, und dort setzte ich sie auf den Tisch im Mondschein.“

„Dann kamen einige von der Gesellschaft. Es gab Dalko. Wir wurden verlobt, und am nächsten Tag wechselten wir Ringe.“

„Aber —“

„War es nun freiwillig von ihrer Seite?“

„War nicht Zwang und Gewalt damit verbunden?“

„Es war ja ein feines, unschuldiges Weib, das vielleicht keine Kraft zum Protest fand.“

„War es wirklich freiwillig, Steuermann?“

Der Kapitän runzelte die Stirn.

„Oder hätte sie im Grunde lieber den andern haben wollen?“

„Das Ganze ging ja Hals über Kopf — ich sollte segeln, wir erhielten Ringe und dann war sie eben gebunden.“

„Nun sitzt sie in der Einsamkeit daheim, ich bin fort. Ist sie durch Zwang an mich gefesselt worden? Seht sie sich nach dem andern? Rüst wohnt er ja dort in der Stadt.“

„Geben Sie acht, Schiffer, was ich Ihnen sage — Sie denken zu tief.“

„Wenn man in der Einsamkeit des Schiffs geht und nur einen Gedanken in seinem Herzen hat.“

„Das ist gleichgültig! Wenn man verheiratet ist, ist man verheiratet, und dann gibt es nichts mehr.“

„So einfach ist es nicht, Steuermann.“

„Man soll es aber auch nicht mehr verwickelt machen, als es schon an sich ist, Schiffer. Ich weiß nur, was Lora gesagt und was Lora geschrieben hat — und das steht, beim lebendigen Salau, felsenfest! Das war geschworen!“

Er steht auf die achtkantige Mahagoniuh, die die Zeit in Minuten teilt.

„Jetzt muß ich zu den Völsarbeiten hinauf.“

Der Steuermann stampft derb und schwer über das Deck hin.

„Jetzt fangen wir an“, sagt er. Die schmutzigen Italiener hatten sich an dem Landungsbock bereit und die peshraunen Seelente gehen an die Winde.

Das Tan gleitet in den Ladungsraum hinab, die Eisenkralle ergreift die Tonne. Holop! Holop! Die Winde läßt an einer Stelle einen pfeifenden Laut hören. Eine Leertone wird in der Öffnung des Raums sichtbar. Die Eisenkralle gleitet wieder herab, die Winde dreht sich, der Teer kommt hinauf.

Eine Gondel legt an der Seite an. Ein dänischer Kunstmaier und seine junge Gesellin. Sie haben das dänische Schiff gesehen, und nun wollen sie doch an Bord.

Die Frau lacht in einer eignen, angenehmen Art, die ihr gut steht. Es klingt in ihrer Kehle. Sie ist schön, mit großen, blauen, kraftvollen Augen und glänzenden Zähnen.

„Guten Tag, Seelente“, sagte sie.

Sie ist so gemütsch. Sie will Ihnen allen die Hand reichen. Der Jungmann steht ihr am nächsten, aber er verdrängt seine Hand, sie ist schmutzig von Pech und Blut.

„Aber freilich“, sagt sie und lacht.

Er lächelt gezwungen, aber sie ergreift rasch seine Hand und drückt sie.

Nachher sieht er unwillkürlich seine Hand an, als ob von dieser Berührung eine Veränderung zurückgeblieben sein könnte. Sie macht die Kunde. Sie hat ein grünes Reformkleid an mit echter Silberspanne und einen Panamahut mit einem langen, flatternden, lilafarbenen Schleier, der bei dem leichten Lustzug in die Luft hinausweht.

Sie bezaubert sie ganz und gar. Sie lächeln ihr so dankbar zu und sorgen ängstlich, daß sie sich nirgend schmutzig macht. Sie schütteln den Kopf, weil sie unter all dem Teer so unbeholfen ist. Aber sie lacht nur, so hübsch.

Sie ist ein Engel des Lichts unter diesen schmutzigen Italienern und peshraunen Seelenten.

Der Maler geht in seinem großen Hut umher und sieht sich alles an — aber der ist ihnen ganz gleichgültig.

Der Steuermann macht heute selbst den Kaffee. Die Gondel wird fortgeschickt.

Als am Abend die Völsarbeit fast beendet war, ruderten Beck und der Leuchtmatrose die beiden Fremden und den Kapitän in der Schiffsjolle an Land.

Aus der Jolle winkte die Dame den Zurückgebliebenen zu, sie winkte mit dem Taschentuch.

Und die Mannschaft winkte dem Boot zu, das unter kräftigen Ruderschlägen wie ein Pfeil zum Markudplag hineinschob.

„Sie war lieb“, sagte der Jungmann träumend.

Beck und der Leuchtmatrose gingen auf eigene Hand los; sie sollten zu einer bestimmten Stunde wieder an der Brücke sein.

Die andern drei gingen in die Straßen mit den großen Väden hinein, wo Kapitän Radmussen unter Führung der Dame für die Angehörigen in der Deimat etwas kaufen wollte.

Als sie fertig waren, setzten sie sich an einen der kleinen Tische vor einem Restaurant auf dem Markudplag.

Der Maler legte den Kopf auf die Seite, um die Sonne recht zu sehen, die durch den goldenen Wein im Glas schien.

„Ich begreife Sie“, sagte Kapitän Radmussen. „Es war hübsch, daß Sie uns an Bord besuchten.“

Sie erhoben die Gläser und tranken.

„Das Seemannsleben ist ein stolzes Leben, Kapitän Radmussen“, sagte die Frau des Malers begeistert.

„Ah — die eine Arbeit ist so stolz wie die andre“, antwortete der Kapitän.

„Nein, das Seemannsleben hat etwas Besonderes“, beharrte die Frau. „So in die Weltmeere hinauszukommen und in die fremden Länder — davon wächst der Mensch.“

„Ah, der Seemann im allgemeinen sieht nicht viel von den fremden Ländern“, antwortete der Kapitän. „Sie wissen ja, in jeder Hafenstadt ist von dem einen Mal zum andern ein Neg ausgepackt, um die Seelente zu fangen. Die meisten bleiben in diesem Neg hängen, gnädige Frau.“

Der Maler warf dazwischen, daß das Meisseleben doch unter allen Umständen zu einer bestimmten Entwicklung führen müsse.

„Ja“, antwortete Kapitän Radmussen und lachte. „Der Negereisende kommt in die Luft. In einer Welle — ja freilich, aber die Landbewohner haben doch ganz andre und bessere Entwicklungsmöglichkeiten.“

„Wieso?“

„Ja, aber der Seemann ist vielleicht bis jetzt noch zu geldesträngig. Sie dürfen nicht vergessen, daß der Seemann nichts hat, nichts liebt, er erlebt seine Zeit ja gar nicht mit. Er ist aus dem Ganzen ausgepackt. Er weiß im Grunde nichts. Ich z. B. weiß nicht, was in Dänemark vorgeht — wie sollte es anders sein?“

„Belangen“, warf der Maler ein.

Kapitän Radmussen schüttelte den Kopf. „Selbst wenn ich Zeitungen bekäme, wäre die Sache damit lange nicht erledigt.“

Nun sagte die Dame ernst:

„Ja, aber das Mitfolgen und all das — das ist ja ziemlich gleichgültig. Es kommt durchaus nicht darauf an, daß das Leben in dieser Weise gelebt wird. Das Leben muß im Augenblick und unmittelbar gelebt werden.“

„Ja, gnädige Frau, dann glaube ich fast, daß der Seemann in diesem Punkte etwas voraus hat. Er weiß, wie kein anderer, einen raschen Griff zu tun — auch ins Leben hinein. Das versteht er.“ Er schlug eilig mit der Hand aus und erwiderte, weil er beinahe die Gläser umgeworfen hätte. „Es kommt ja einfach daher, daß er alle Tage ohne viel Bedenken die Situation beherrschen muß.“

„Sie sind im Grunde — die Frau sagte es langsam — für das Seemannsleben nicht begeistert.“

Der Kapitän lächelte ihr freundlich zu:

„Nein, gnädige Frau, das bin ich wohl Gott nicht. Es ist ein verdammtes laures Brot. Es ist ein Hundeleben. Das ist die Wahrheit. Immer auf dem Wasser herumliegen, Winter und Sommer, Tag und Nacht, während Sie in Ihr warmes Bett gehen — wissen Sie, gnädige Frau.“ Er schüttelte den Kopf.

„Nun sag einmal, Axel“, wandte sie sich an ihren Mann, „ich habe es mir immer so mädchenhaft vorgestellt, bald in Brasilien, bald am Nordpol, bald unter Schwarzen, bald unter Weißen — ist daran denn gar nichts, Kapitän Radmussen?“

„Freilich in jungen Jahren, in der Jugend, weil! Wenn ich aber irgendein Brot an Land finden könnte, dann dürfte für mich segeln, wer da nur immer wollte.“

„Ist das Ihre Meinung?“

„Ja, und derselben Meinung sind fast alle Seelente, wenn sie nicht ganz gelin sind. Vergessen Sie nicht, gnädige Frau — wenn man erst ein Heim hat!“

„Ja, freilich.“ Die Frau richtete ihren Hut ein wenig.

„Sie kommen im Winter doch nach Hause?“

„Das glaube ich nicht; ich war im letzten Winter zu Hause. Es hängt davon ab, wie der Flecker seine Frachtabschlüsse triff. Es können zwei Jahre vergehen, ehe ich mein Heim wiedersehe.“

Die Dame schüttelte ihren hübschen Kopf. „Mein Gott!“

Der Maler aber sagte gemütsch zum Kapitän: „Es ist auch kein Vergnügen, Tag für Tag bei der Frau zu hocken.“

„Wui, Axel!“ sagte die Frau und schlug scherzend nach ihm.

„Ich weiß aber, daß du es so schlimm gar nicht meinst“, sagte sie hinzu und schmeigte sich an ihn.

Der Kapitän lächelte. „Indessen“, sagte er, „wir wollen uns in der kurzen Zeit amüsieren, in der wir zusammen sind. Ich höre, daß es drüben ein Konzert gibt. Wollen wir hinübergehen?“

„Das war ein Vorschlag.“ Der Maler ergriff sein Glas.

„Ein Wort“, sagte die Frau, und erhob die Hand. „Wollen wir drei hier in aller Stille unser Glas auf Frau Radmussen in der Deimat leeren?“

Kapitän Radmussen sah sie mit Wärme an: „Das ist hübsch, gnädige Frau.“

Die Sonne war bereits herunter, als sie den festlich erleuchteten Markudplag verließen. Die Paläste der schönen Stadt standen trübselig am schwarzen Wasser des Kanals entlang.

An der Brücke nahmen sie voneinander Abschied, die dänischen Maler und die dänischen Seelente.

Das Boot entfernte sich über den stillen Kanal, wo eine vereinzelte Gondel den Strom herab trieb.

Als das Boot eine Strecke hinaus war, fiel der Frau etwas ein. Sie sang in den Abend hinaus:

„Es liegt ein feines Land
Mit hellen Buchenwäldern
Am grauen Nereusstrand.
Das Land ist fein, die See ist hart
Es ist das alte Dänemark,
Wo Göttin Freya wohnt.“

Ganz langsam sang sie dieses Lied der Heimat. Und im Boot drüben sangen sie es mit. Heber das Wasser hin konnten sie die Stimme vernehmen, lange:

„Es ist das alte Dänemark.“
(Schluß folgt.)

Kunstchronik.

Intendant Volkner. Der Rat der Stadt hat am Sonnabend Direktor Volkners Besuch um Entlassung aus seinem bis zum 30. Juni 1914 laufenden Vertrag, wie zu erwarten und im Interesse des Herrn Volkner zu wünschen war, für den 1. April 1912 genehmigt. Vom Herbst 1912 ab übernimmt Direktor Volkner vorbehaltlich der zu erwartenden Bestätigung seiner Wahl durch den Magistrat der Stadt Frankfurt a. M. die Leitung der beiden Frankfurter Stadttheater als Intendant. Die Haupt des Leipziger Stadttheaters für die Zeit vom 1. April 1912 bis zum 30. Juni 1913 soll laut Ratbeschluss sofort ausgeschrieben werden.

Wenn wir sagen, daß die Genehmigung des Entlassungsgesuchs im Interesse des Herrn Volkner zu wünschen war, so geschieht das deshalb, weil er in seiner neuen Stellung als Intendant von der Last des verwaltungsmäßigen Apparats so gut wie befreit sein wird. Man weiß, daß diese Last ihn in Leipzig schwer gedrückt und ihm Schwierigkeiten gebracht hat, von denen ihn im vorigen Jahre städtische Hilfe befreien mußte.

Andererseits ist bekannt, daß gerade das verwaltungsmäßige Ungeheiß Direktor Volkners dank dem energischen Zugreifen der Stadt von besonderer Bedeutung für die Weiterentwicklung unserer Stadttheater geworden ist. Ein gewissenhaftes Theatergeschäftsmann hätte sich wohl auch weiterhin unter den früheren Verhältnissen halten können; ein verwaltungsmäßiger Dilettant, der von besten künstlerischen Absichten befeuert war, vermochte es nicht, und so trat die Unhaltbarkeit des bisherigen Verpflegungsmodus, dem Volkner seine Wahl verdankte, frühzeitig. Es ist das Verdienst der Stadtverwaltung, daß sie unter diesen Umständen im vorigen Jahre nicht dabel stehen blieb, Herrn Volkner aus seinen Ämtern zu erlösen, sondern eine Reform des Verpflegungsmodus durchsetzte, die eine freiere Entwicklung der städtischen Theater ermöglichte. Infolge dieser Reform ist es ausgeschlossen, daß bei der Vergebung der Nacht der Stadttheater Volkners proklamierter Grundgedanke: Die Stadttheaterfrage ist in erster Linie eine Finanzfrage, wieder aufgewärmt werden kann, und wir dürfen erwarten, daß künftig für die Wahl des Pächters nicht die finanzielle Leistungsfähigkeit ausschlaggebend sein wird, die, wie wir erlebt haben, nicht vor Überraschungen schützt, sondern die künstlerische Einsicht und das organisatorische Talent. Wir brauchen auch nicht zu fürchten, daß die Zahl der Bewerber um den Direktorenposten gering sein wird; denn das Leipziger Stadttheater ist zurzeit eines der bestbesetzten — tatsächlich sind denn auch schon mehrere Bewerber angemeldet.

Es ist das indirekte Verdienst der Volknerischen Direktionsfähigkeit, daß die Entwicklung vom Gesellschaftstheaterbetrieb zur Kommunalisierung der städtischen Theater Fortschritte gemacht hat, so ist es nun nur noch eine Frage der Zeit, ob auf der einschlägigen Bahn, die unbedingt zur Intendanz führen muß, weiter gegangen wird. Mag man diesmal bei der Verpflegung zu bleiben für gut finden — das Ziel ist gegeben.

Albert Wassermann besah gestern als Professor Crampton sein Gastspiel unter stürmischem Beifall und Jubel der kleinen Wasserburgergemeinde, die sich eingeladen hatte. Sein Crampton ist vom vorjährigen Gastspiel her bekannt. Man weiß, daß diese Charakterstudie in hellem Lichte die strenge Wahrhaftigkeit des Künstlers wie die ganze Feinheit seines menschlichen Bewusstseins zeigt. Gerade diese lebenswerte Menschlichkeit Wassermanns möchte man am Schluß des Gastspiels hervorheben; denn sie ist es, die seine technische Meisterhaftigkeit adelt. Kraft dieser Menschlichkeit vermag er das, was die Größen der naturwissenschaftlichen Kunst und Wert macht: durch die rücksichtslose Darstellung der Verkommenen ihr feines, hartes Leben hindurchschlummern zu lassen. Wenn er den Professor Crampton schildert, zwingt ihn seine Wahrhaftigkeit den Verfall des Zierers auszusprechen, manche meinen überstark, zu betonen. Aber er führt mit der gleichen Hingabe allen Ansichten der freien, schaffenden Künstlerpersönlichkeit und des gutherzigen Menschen, des liebevollen Vaters und Mäters nach, und zeigt insoweit niemals lediglich ein Verfallsbild, sondern eben das Verfallsbild eines Menschen, den wir auch in der Verkommenheit lieben müssen und dem wir es gönnen, daß er, von Freunden bestrahlt, noch einen ruhigen Lebensabend genießen darf. Es gibt Dinge in dieser Darstellung, die schließlich unvergänglich sind, wie jene Schilderung des Gesellschaftsabendbesuchs, das Crampton im zweiten Akt erlebt, als ihm die Nachricht kommt, daß sein Gönner an seiner Tür vorübergegangen, mit jenen vierzig Jahren in der Reife, wo die Verfallsstufen des Unglücklichen sich allmählich in trübster Atmosphäre aufrichtet. Hier wird eine unbeschreibliche Macht feinsten Schillerung niedergeboren hochbegabter Individualität gegeben, wo der kälteste Zuschauer ganz das Zergliedern vermag, gar nicht daran denkt, sondern eben nur dem Erleben sich hingibt.

Wenn wir nun zurückzublicken, so möchten wir zweier Anregungen besonders gedenken, die uns das Gastspiel gebracht hat. Beide betreffen Lebenswerte. In den Sätzen der Gesellschaft, die wir in der Hauptfrage als gesellschaftskritisches Stück zu betrachten gewohnt sind, spürten wir dank Wassermann deutlicher, als literarische Kritik nachzuweisen vermag, wie sehr Rosen auch in der Periode seiner gesellschaftskritischen Stücke von den Charakteren ausging. Und ungewöhnlich und das größte Erlebnis, zugleich so echt Wassermannscher Art wie nur möglich, war der Sogwald in den Gespenstern. Es entspricht dem ganzen menschlichen Wesen Wassermanns, daß er gerade das herausfand, was bisher allgemein, nicht zum wenigsten von Raing, total übersehen war, daß nicht bloß ein Kranke in das Haus der Frau Klina kommt, sondern eben ihr Sohn und daß er aus diesen

beiden Elementen heraus, der Kranke und der Sohn, einen Kampf und eine Entwicklung aufbaute, die der ganzen Gestalt erst Leben gibt und ihr die klare Stellung in der Tragödie anweist.

Alles Technische in Ehren — aber echte Größe darstellerischer Kunst erweist sich doch erst, wenn eine feine Menschlichkeit und dichterische Gestalten so neu schafft, daß wir meinen, nun erst in ihr Wesen eingebracht zu sein.

Jahrbuch der Musikbibliothek Peters II. In der Besprechung, die vor einiger Zeit über diese wichtige musikliterarische Publikation an dieser Stelle erschien, ist noch einiges nachzutragen. Ein Aufsatz von Max Friedländer, dem bekannten Liedforscher, Professor an der Berliner Universität, behandelt von Swieten und das Textbuch zu Haydns Jahreszeiten. Der Artikel gibt einen interessanten Beitrag zu der Frage: Einfluß gebildeter Laien auf Künstler, ein Thema, das einmal eine Separatbehandlung verdienen würde. Die Geschichte liefert nämlich manche und darunter sehr wichtige Beispiele, wie Laien, Dilettanten auf die Entwicklung der Tonkunst erheblichen Einfluß gewonnen haben. Dieser ist natürlich in den meisten Fällen nicht rein musikalischer Natur, sondern bezieht sich auf Ideen, die außerhalb des Bereichs der Musik als solcher liegen können. Die Musik, auf sich allein gestellt, hat die Reizung, einseitig musikalisch zu werden, d. h. sich gegen andere Einflüsse zu verschließen. Wendeb- und auch Höhepunkte in der musikalischen Entwicklung treten etwa dann ein, wenn der Musik neue, außermusikalische Ideen zugeführt werden. Und hier kommt es nicht selten vor, daß Laien die Träger solcher Ideen sind. Das größte Beispiel in der Geschichte der Musik bietet die Oper, die den Spekulationen geistreicher und literarisch gebildeter Herren über das griechische Drama zu einem großen Teil ihre Entstehung verdankt. Einer der ersten Monodisten schlang sich sogar zu dem Anspruch auf, daß er durch den Umgang mit diesen literarischen Kreisen mehr gelernt habe als durch dreißigjährige Beschäftigung mit dem Kontrapunkt. Nichts kann deutlicher den eventuellen Einfluß von Laien auf die Musik demonstrieren als dieser, allerdings einseitige Ausdruck eines bedeutenden Musikers. Der Kontrapunkt, d. h. das ganze musikalische Handwerk, ist eine Sache der Musiker allein, in die er sich von Laien nicht hineinreden zu lassen braucht noch hineinreden lassen wird. Aber sobald geistige Anschauungen in Frage kommen, Anschauungen, die nicht im Bereich des Kontrapunkts, des Handwerks liegen, da kann er auch musikalische Ideen brauchen, und er wird sie zu schätzen wissen. Vielfach handelt es sich dabei um den Einfluß einer Kunst auf eine andere, und da kommt es häufig vor, daß gebildete Laien die Zwischenträger sind. Nicht wenige Musiker sind dann besonders solche, in denen Doppelbegabungen wohnen, werden der direkten Vermittlung anderer weniger oder kaum bedürftig, es ist aber Tatsache, daß gerade hochstehende Musiker fast lieber mit gebildeten Laien verkehren als mit Herabgekommenen.

Doch dies nur nebenbei zur Unterlage für das Verständnis des Aufsatzes über Haydn. Der Baron von Swieten war ein sehr gebildeter Musikliebhaber, dem u. a. auch Mozart, der durch ihn besonders Händel kennen lernte, zu Dank verpflichtet ist. Von Swieten stammen bekanntlich die Texte zu Haydns Oratorien Die Schöpfung und Die Jahreszeiten, d. h. es sind ganz selbständige Bearbeitungen englischer Vorlagen. Daß diese Texte ein Mann geschrieben hat, der das Verfallene von Musikbüchern wirklich versteht, ist immer anerkannt worden, durch den Aufsatz erfahren wir nun aber, daß Swieten auch auf die musikalische Fassung, auf die Komposition Haydns Einfluß ausübte. Es hat sich nämlich das Exemplar des Textbuchs, das Haydn vorlag und in das Bemerkungen von Swieten Hand eingezeichnet sind, erhalten, und ein Vergleich mit dem komponierten Werk zeigt, daß Haydn einen großen Teil der Swietenschen Bemerkungen befolgt, sie also für gut befunden hat. Allerdings erheben sich dabei — Friedländer hat sie allerdings nicht gestellt — zwei Fragen. Erstens: hätte Haydn die Vorschläge auch so ausgiebig verwertet, wenn mit Swieten, einer selbstherrlichen Natur, etwas besser kirchlich offen gewesen wäre, eine Frage, die man angesichts von Haydns devoter Natur wohl erheben darf, und zweitens: wäre Haydn nicht selbst wenigstens auf eine Anzahl gleicher oder doch ähnlicher Einfälle gekommen? Denn manche von ihnen liegen so nahe, denn so durchaus musikalischer Natur, daß man sie Haydn, der denn doch gerade auch in den Oratorien bewies, daß er über einen vorzüglichen Kunstverstand verfügte, ohne weiteres in der Art zutragen kann, ohne daß er der Swietenschen Vorschläge bedürftig hätte. Da ist z. B. die Stelle im ersten Teil, als die Vandale in den Gebirgen andröhen: Einiger, mächtiger göttlicher Gott, wo Swieten die Bemerkung machte, daß ein von der Tonart des vorhergehenden Freudenlieds auffallend verschiedener Ton gute Wirkung hervorzubringen und das Selerisch-Audacitäre des Ausrufs ungemittelt erheben würde. Tatsächlich bringt hier Haydn nach dem D-Dur-Schluss des Freudenlieds einen imposant wirkenden B-Dur-Einsatz, eine der prägnantesten Stellen des Oratoriums. Ob aber Haydn nicht selbst darauf gekommen wäre? Der Freudenchor steht in A-Dur, Haydn beschließt ihn aber in D-Dur, und zwar aus keinem anderen Grunde, als um das A-Dur wirkungsvoll und musikalisch motiviert — D-Dur und A-Dur stehen in idealer Verwandtschaft — zu bringen, und B-Dur ist für Haydn, wie seine späteren Messen zeigen, die Tonart göttlicher Majestät. Mir scheint, diesen spröden B-Dur-Einsatz hätte Haydn wohl auch ohne Swieten gebracht, und so geht es einem noch bei verschiedenen Fällen. Aber dennoch, es ist unverkennbar, daß Haydn manche Anregungen geistiger Art direkt von Swieten bezog, dieser jedenfalls der erste war, der die Ideen hatte. Ohne Zweifel, Swieten besaß einen scharfen Kunstverstand, und bei einer ganzen Reihe trefflicher Einfälle in den Jahreszeiten hat er Vate gestanden. Das Ganze ist eine der treffendsten Beispiele zu dem Kapitel der Verarbeitung fremder geistiger Ideen auf dem Gebiete der Musik. Die Hauptsache bleibt dann eben, daß der Musiker die Fähigkeit, die Ideen vollumfänglich, in die Tat umzusetzen, besitzt.

Es folgen nun noch zwei Aufsätze Hermann Arschmars, von denen ganz besonders der zweite: *Volksmusik und höhere Tonkunst* allgemeinstes Interesse hat. Der erste Aufsatz: *Das Notendruck der Zeumerin*, wendet sich im ganzen mehr an die Wissenschaft, entbehrt aber, wie eigentlich alles, was von Arschmar herrührt, des Zusammenhangs mit der allgemeinen Bildung nicht. Es handelt sich hier um die Beschreibung und wissenschaftliche Glossierung eines handschriftlichen Notenbuchs aus der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts, das einer gewissen Zeumerin gehörte. Das Anliegen geschriebener Notenbücher ist heute etwas ganz Seltenes geworden, noch vor 50 Jahren haben es unsere Eltern ziemlich hart betrieben, im 18. Jahrhundert handelte es sich um etwas ganz Gewöhnliches, und es bleibt nur zu bedauern, daß sich nicht mehr solche Notenbücher erhalten haben. Vieles mag sich hier noch im Privatbesitz befinden, und wer solche besitzt, sollte eigentlich nicht zögern, sie einem Fachmann anzuvertrauen. Denn für die Wissenschaft können derartige Dokumente von oft einzigem Wert sein; sie zeigen, welche Musik damals beliebt war, was wirklich gelungen und gespielt wurde, und das alles gibt den besten Einblick in damaliges häusliches Musizieren. Das Notenbuch der Zeumerin ist im ganzen recht reichhaltig; es finden sich Choräle, Tänze fürs Klavier, eine kleine Harmonielehre, Klavier- und Instrumentalführer verschiedener Art, ferner Gesänge. Unter der Harmonielehre muß man sich nichts Ausführliches denken; es sind ein paar Generalbemerkungen, wie der sogenannte besetzte oder unbesetzte Bass auf dem Klavier mit der rechten Hand auszuführen ist. Denn das war etwas, was jeder Klavierspieler irgendwie können mußte, das gehörte zum Klavierunterricht, und deshalb sind kurzgefaßte

handschriftliche Harmonielehren in dieser Zeit sehr häufig zu finden. Näher auf das Notenbuch einzugehen, erlaubt indessen der Raum nicht; es genügt noch zu sagen, daß sich auch Stücke von Händel und Bach darin finden, und zwar solche, die man bisher noch gar nicht kannte. Dem zweiten Aufsatz *Arschmars* sei noch ein besonderer Artikel gewidmet, da er gerade an dieser Stelle besonderes Interesse hat. Aufmerksamkeit gemacht sei noch auf das Verzeichnis der in allen Kulturländern im Jahr 1909 erschienenen Bücher und Schriften über Musik, das der Herausgeber des Jahrbuchs, Prof. Dr. Rudolf Schwarz, beigegeben hat, eine unentbehrliche Arbeit, für deren Gründlichkeit der Name des Verfassers bürgt.

Fritz Volbach, Das moderne Orchester in seiner Entwicklung. (Aus Natur und Geisteswelt, Sammlung wissenschaftlich-gemeinverständlicher Darstellungen aus allen Gebieten des Wissens.) Leipzig, Verlag von B. G. Teubner. Preis gebunden 1.25 Mark. — Eine entwicklungs-geschichtliche Betrachtung des Orchesters verfuhrte vor dreißig Jahren der französische Musikhistoriker Ravoux mit seiner preisgekrönten Schrift *Histoire de l'instrumentation*, vermochte aber nur mäßige Anregung zu geben. Die kleine Schrift des atabemischen Musikdirektors Volbach zu Tübingen darf daher mit einigem Recht sich als das erste, dem großen Gegenstand ohne wesentliche Lücken behandelnde Werk bezeichnen und wird zweifellos in musikalischen Kreisen mannigfache Beachtung finden. Im einzelnen ist ja auf diesem Gebiete in den letzten Jahren unendlich viel vorgearbeitet worden, und dem Verfasser standen zahlreiche Hilfsquellen zur Verfügung. Nicht alle solche Quellen freilich sind einwandfrei, und der Verfasser ist wohl nicht selten lieber unter den Äußerungen Volbachs geblieben. Im allgemeinen ist es aber das Hauptverdienst des Verfassers, daß er diese Hilfskräfte mit Einsicht zu Rate gezogen hat, was zur wohlthätigen Folge hatte, daß seine Schrift auf der Höhe der geschichtlichen Forschung unserer Tage steht. Hier und da wäre allerdings an Stelle des häufig benutzten Hugo Goldschmidtschen Buches (Studien zur Geschichte der italienischen Oper im 17. Jahrhundert) die Verdichtung und Nachbarschaft von besser orientierenden Einzeluntersuchungen zu wünschen gewesen, wie etwa bei Monteverdi und seiner Umgebung die den Fall angehende Schrift von Alfred Dohy u. a. Die Leistung des Verfassers ist bis zur Betrachtung Händels, dem Volbach von Jochens bereits eine eigene Schrift widmete, rein kompilatorischer Art, und da muß es doch einigermassen wunder nehmen, daß er sich durch seine Hilfsbücher nicht zu einer ausführlicheren und klareren Darstellung der Bedeutung des Generalbasses und des Continuospiels veranlaßt fand. Gerade über diesen Punkt aus einmal von der praktischen Seite her sich etwas näher zu verbreiten, wäre sehr dankenswert gewesen, da ja noch immer selbst in Musikerkreisen hierüber wirre Anschauungen herrschen. Das Volbach gelegentlich über die Bedeutung des Generalbasses sagt, genügt nicht für den Zweck der Schrift, die „gemeinverständlich“ sein soll. Die späteren Kapitel über Bachs und Händels, Haydns und Mozarts Orchester, über die Neuerungen der Romantiker, Wagners und endlich Richard Strauß' sind entschieden fleißig gearbeitet, wenn auch ganz und gar nicht bedeutend. Ich gebe zu, daß es schwer ist, bei so beschränktem Raum über alles, was wichtig ist, etwas zu bemerken, aber Glück und selbst Spöhr, Schumann und Tschaikowsky dürften doch nicht ganz übersehen werden.

Das Bildchen gewinnt noch durch die Zugabe von erläuternden Tabellen und Bildern; wenig Gutes — und dies ist überhaupt der wunde Punkt in so vielen musikliterarischen Schriften — darf der stilistischen Darstellung nachgerühmt werden. Volbach hat sich in seiner Händelbiographie in dieser Hinsicht sehr viel geleistet und sich seither wesentlich verbessert, aber bösen Fioskeln (S. 8: Deutschland war von jeher das Land der Instrumentalmusik, S. 12: Florenz war von jeher die Hochburg des Fortschritt's usw.) und Kaufmannsdeutsch begegnet man leider noch allzuoft. Auch auf dergleichen Dinge hinzuweisen, erscheint mir nicht nebenbei. Von großen Nutzen hätte auch eine als Anhang zu gebende Zusammenstellung der hierher gehörenden Literatur sein können; schade, daß der Verfasser sich das hat entgehen lassen.

Robert Riecht, Das goldene Zeitalter der Klaviermusik. Köln, Verlag von Fritz Elner. Preis 1.50 Mark. — Das man im helligen Abla Humor hat, ist gut und schön; wenn aber das leichte rheinische Blut den Scherz so weit treibt, puren Unfuss unter der Marke ernsthafter musikpädagogischer Bestrebungen in teures Geld umzusetzen, dann sind wir geschiedene Leute. Wie gut, daß ich das einige vierzig Seiten starke Büchlein, von dem ich mir nichts versprach, doch nicht so schnell aus der Hand legte; bei näherem Hinsehen entpuppte sich die Schrift nämlich als ein (vom Standpunkt des ernstesten Kritikers aus gesprochen) geradezu gemeingefährliches Unternehmen, wohl geeignet, wie ich an einem mir befreundeten Dilettanten selber erfahren habe, musikalischen Laien ganz gehörig den Kopf zu verdrehen. Deutzutage glaubt eben jeder von irgendwo hergelassene junge Mensch, der nur einigermaßen sich künstlerisch beschäftigt hat, über die wichtigsten künstlerischen Probleme sich öffentlich äußern zu dürfen, und das ist auf musikalischen Gebiet nachgerade ganz besonders toll. Gott, von ihrem Standpunkte haben ja die Leute recht, nirgends läßt man sich soviel unsinniges Zeug vornehmen als auf dem musikliterarischen Gebiete. Die Musik ist eine so allem Konkreten abstrakte Kunst, eine Sprache des Geheimnisvollen, des Unausprechlichen, daß man dem über ihre Produkte zu Gericht Eigenen, wenn er nämlich einige Erlöse im Kopse hat, die Unfähigkeit zur Kritik nicht gleich anmerkt. Wo aber mit solch plumper Dreifigkeit vorgegangen wird wie in Riechts Träumerei, da wird der Welt bald offenbar, und mit dem größten Nachdruck müssen solche Schillinge an den Pranger gestellt werden. Der Verfasser, ein Schüler Otto Reigels in Köln, der die Widmung der Schrift anzunehmen sich nicht scheute, ist ein wirrer Kopf und nicht im entferntesten reif genug, um eine populäre Auslegung (wenn man schon so etwas haben will) von Beethovens Klavierkonzerten dem Laienpublikum mitzuteilen. Da haben wir uns nun seit Jahren in der Musikwissenschaft bemüht um die Schöpfung einer neuen Zweigwissenschaft, der von Herrn Arschmar begründeten musikliterarischen Hermeneutik — nicht alles nichts! Herr Riecht kommt daher und schreibt im Stile der höchsten Wassersuppen und Tränenbrot der Allgemeinen Musikalischen Zeitung des seligen G. W. Fink der dreißiger Jahre des vorigen Jahrhunderts über die „am tiefsten von aller Musik (!) empfundenen Sonaten Beethovens“. Derartige Leute ist Robert Schumann mit seinem Davidbund natürlich Unst. Aber Aufführung, das ist, was die Leute brauchen, meint Riecht, denn „man spielt Töne, ohne sich darüber klar zu sein, was und diese Töne nach der Auffassung der Tonsetzer verstanden sollen“. Und so will denn der Verfasser höheres Verständnis vermitteln „in der edelsten aller Künste, der Musik“. Gottlob, daß er wenigstens nur von dieser und nicht noch von der „Poesiekunst“, der „Architektonik“ u. a. spricht. Aber nicht zu früh jubelt; noch kommt vor der Behandlung des eigentlichen Gegenstands ein Kapitel: *Kesthetische Betrachtungen über die Sonate in der Musik*. Diesem Titel nach zu urteilen, ist Riecht ein ganz ungewöhnlich von der Natur bevorzugter Mann; denn er kennt augenblicklich auch Sonaten in der Poesie, in der Malerei und wer weiß noch wo. Unklarheit ist überall an der Tagesordnung. Nun aber der eigentliche Stoff. Da kann ich nur mit Beispielen wirken; zwei vollständigen genügen zur Würdigung. Ueber die G-Moll-Sonate, Werk 10, Nr. 1 besetzt Herr Riecht: „Erster Satz: Mahvolle, gedämpfte Leidenschaft. Zweiter Satz: Innigkeit auf dem Grunde eines mit sich verdingten Innern ohne Kampf im Wintergunde.“

Dritter Satz: Eßt Beethovenscher Humor. Lebendig regt sich im Innern, alles ganz eigenartig.“ Fragt sich bloß, bei wem sich ganz eigenartig regt. Ich vermute, beim Verfasser selber. Zweites Beispiel. „Sonate Werk 79, G-Dur. Eine Ari Sonatine, wahrscheinlich für instruktive Zwecke komponiert.“ Erster Satz: Mäßig mit fudidartigem Schluß. Zweiter Satz: Andante G-Moll und ein innerlich kleines, lustiges Finale. Dritter Satz: Vivace schließen die Sonate, welche man ebenfowenig wie die früheren beiden Sonatinen, Op. 49, entbehren möchte, weil jeder Ton, welchen Beethoven geschrieben hat, besonderen Wert für uns besitzt.“

Ein großes Schachkästlein rheinischen Humors könnte ich noch aus dem Riechischen Material herausziehen; um die ganze Schale des Produkts darzutun, will ich nur noch ein paar Sätze herausgreifen. Gerade in der Sonate, meint Riecht (warum gerade da?), werde „uns die Bewegung der Welt erschlossen und zur Schönheit verklärt“; in den verschiedenen Sätzen werde „das subjektive Stimmungsleben der Seele und des Geistes als zusammengehörige Stimmungsbilder in der Form eines großen Tongemäldes vorgetragen“; zu einem solchen Vortrage „eigne sich am besten das Klavier, weil es mit der Melodie die Harmonie verbinde (!), weshalb es von jeher von allen großen Meistern zu ihren größten Kompositionen Verwendung gefunden“ habe. Das ist alles pure Phantasie! Riecht kennt wohl keine Violinsonaten u. a., scheint auch nicht zu wissen, daß die großen Meister vor allem die Form der Sinfonie gepflegt haben, in der „öfters“ das Klavier fehlt. Aus dem dritten Satz der G-Moll-Sonate, Werk 27, 2 glaubt der Verfasser am Schluß herauszuhören, daß sich „die Seele gereinigt habe“, die Sonate, Werk 57, bezeichnet er als „mächtig aufsteigende Riesensonate“, Werk 57 als „dramatische, eigenem Seelenleben Beethovens entnommene Gefühlstragödie“. Doch genug von diesem schauerlichen Produkte! Wir wollen nur wünschen, daß von dem der Schrift beiliegenden Baskettel, auf dem dieses Elaborat schmachtvoll gepriesen wird, niemand Gebrauch macht; es wäre wahrlich Verstandlos an der Kunst. Hinweg mit dem Ganzen!

Neues Theater. Dienstag, 1/8 Uhr: *Uetra*. Mittwoch: *Juchante in Aulis* (neu einstudiert). Donnerstag: *Don Carlos* (Kasselerzählung VII; Marquis von Posa; Herr Böger vom Düsseldorf Stadtheater). Freitag: *Die Wogeme*. Sonnabend: *Sappho* (Kasselerzählung VIII). Sonntag: *Nenzi* (Wagnerzählung I). Montag, 30. Mai: *Wenn der junge Wein blüht*. — **Altes Theater.** Dienstag: *Der Graf von Luxemburg*. Mittwoch: *Wenn der junge Wein blüht*. Donnerstag: *Der Graf von Luxemburg*. Freitag: *Doppelstimmord* (Kunzgruberzählung I). Sonnabend: *Der fidele Bauer*. Sonntag, nachmittags 1/3 Uhr: *Vorstellung für das Arbeiterbildungsinstitut* (Der G'wissenswurm), abends 1/8 Uhr: *Der Feldherrnhölzel*. Montag, 30. Mai: *Der Modelageuner*.

Reinigte Leipziger Schauspielhäuser. Schauspielhaus. Dienstag: *Hafemanns Lächler*. Mittwoch: *Nora* (halbe Preise). Donnerstag: *Wittlarrom*; *In Jüli*; *Das Verhängnisfest*. Freitag: *Das Glück im Winkel* (halbe Preise). Sonnabend, Sonntag unbestimmt. Montag, 30. Mai: *Vorstellung für den Neuen Verein städtischer Beamten* (Das Glück im Winkel). Dienstag, 31. Mai, unbestimmt. — **Neues Operetten-Theater** (Theater am Thomabring). Dienstag: *Wiß Dufelsch* (halbe Preise). Mittwoch: *Vorstellung zugunsten der König-Albert-Jubiläumstiftung sächsischer Staatsbeamten* (In Jüli; Kurmärker und Plarbe; Wittlarrom). Donnerstag: *Das Fürstentum*. Freitag: *Die Fledermaus*. Sonnabend: *Die beiden C.* Sonntag, 1/8 Uhr: *Das Fürstentum*. Montag, 30. Mai: *Die beiden C.* Dienstag, 31. Mai: *Die Fledermaus*.

Battberg-Theater. Montag: *Der Beilchenfresser*. Dienstag: *Der Schlafwagenkontrollleur*. Mittwoch: *Ein toller Einfall*. Donnerstag: *Der Schlafwagenkontrollleur*. Freitag: *Der Vizepapa*. Sonnabend: *Ein toller Einfall*. Sonntag: *Der Vizepapa*.

Albertheater (Hotel Stadt Nürnberg). Abend für Abend *Gastspiel des Berliner Thalia-Ensembles*. Der Graf von Monte, *Christo*, bearbeitet von A. Steinmann.

Die *Weltliche Verlagsbuchhandlung* in Hannover veröffentlicht ein *Preisandachtsheft* zur Erlangung künstlerischer Entwürfe für einen neuen Umfassung zu *Friedrich Heidenloch*, der vor 25 Jahren als erster deutscher Schulheftblock in dem genannten Verlag erschien. Die Preise betragen 400, 300, 200 und 100 Mark. Die Einreichung der Entwürfe hat bis zum 1. September zu erfolgen. Unter den Preisrichtern ist Professor M. Seliger, der Direktor der Leipziger Akademie für graphische Künste.

Notizen.

Eine Anlage gegen die Platane. Die Platane gehört zu den Bäumen, die von Zeit zu Zeit immer wieder verdrängt werden. Während der letzten zehn Jahre hat sich drei- oder viermal der Fall wiederholt, daß jemand die Entdeckung gemacht zu haben glaubte, dieser Baum sei mit der Pflanzzeit behaftet, Krankheiten zu verbreiten. Die Wiederkehr dieser Anlage in den letzten Jahren wäre nicht der einzige Grund, in ihr einen Funken von Wahrheit zu suchen; denn schon in alten griechischen Schriftstellern findet sich die Angabe, daß die Platane eine gesundheitsschädliche Wirkung auf den Menschen besitze. Außerdem läßt sich aus alten Archiven nachweisen, daß früher einmal die Anpflanzung von Platanen in der Nähe von Schulen in Elfsch-Pflanzungen gesetzlich verboten gewesen ist. Jetzt hat sich der englische Lord Walsingham zum Vorzeichen des Kampfes gegen die Platane gemacht, nachdem er seit dem Jahre 1892 jede Nachricht gesammelt hat, die zur Festigung des Verdachts dienen konnte. Es soll danach festgestellt sein, daß überall, wo viele Platane stehen, Erkältungskrankheiten, Husten, Augenentzündungen, Halskrankheiten und eine allgemeine Neigung der Schleimhäute weit häufiger sind als anderswo. Einmal soll sogar ein erster Anfall von Lungenerkrankung im Gefolge einer solchen Erkrankung vorgekommen sein. Als eigentliche Erreger werden gewisse scharfe, spitze Körperchen betrachtet, die von den Platanen beim Aufbrechen der Fruchtknoten ausgeföhren werden. Diese vermischen sich mit dem Strahlenstaub und tötten diesem eine Eigenschaft mit, die in Verbindung mit den Augenlidern und den Schleimhäuten besonders verhängnisvoll wird. Nach den Untersuchungen des Botanikers Henry verbreiten sich in der Umgebung eines Platanenbaums in der betreffenden Jahreszeit viele Tausende jener „Fruchtkörner“, indem sie lange Zeit in der Luft umherfliegen. Der Lancet findet in der Annahme des Zusammenhangs zwischen diesem Naturvorgang und der Entstehung von Krankheiten der bezeichneten Art nichts Unwahrscheinliches, zumal eine ähnliche Wirkung beim Keutleber nachgewiesen ist. Immerhin sollte die Beschaffenheit jener Fruchtkörner der Platane durch eingehende Versuche genauer festgestellt werden.

Die *Maiskrankheit in Ungarn*. Ein großer Teil der Landbevölkerung des südöstlichen Teils von Ungarn lebt vorzugsweise von Mais, und es ist daher nicht überraschend zu hören, daß sich in jenem Gebiet die *Pellagra*, die berüchtigte *Maiskrankheit* Oberitaliens, zu zeigen begonnen hat und sich schnell ausbreitet. Besonders davon betroffen ist die als *Transylvanien* bekannte Landschaft. Das benachbarte Rumänien hatte schon früher das Auftreten der gleichen Krankheit zu beklagen. Es gilt jetzt als feststehend, daß die *Pellagra* durch den Genuß von Mais entsteht, der noch unreif eingeerntet wird und dann bei der Lagerung in *Räuhilf* übergeht. Die ungarische Regierung hat unter den Bewohnern von *Transylvanien*, die meist aus Rumänien herübergekommen sind, Weizenmehl verteilen lassen, um die Krankheit zu bekämpfen.